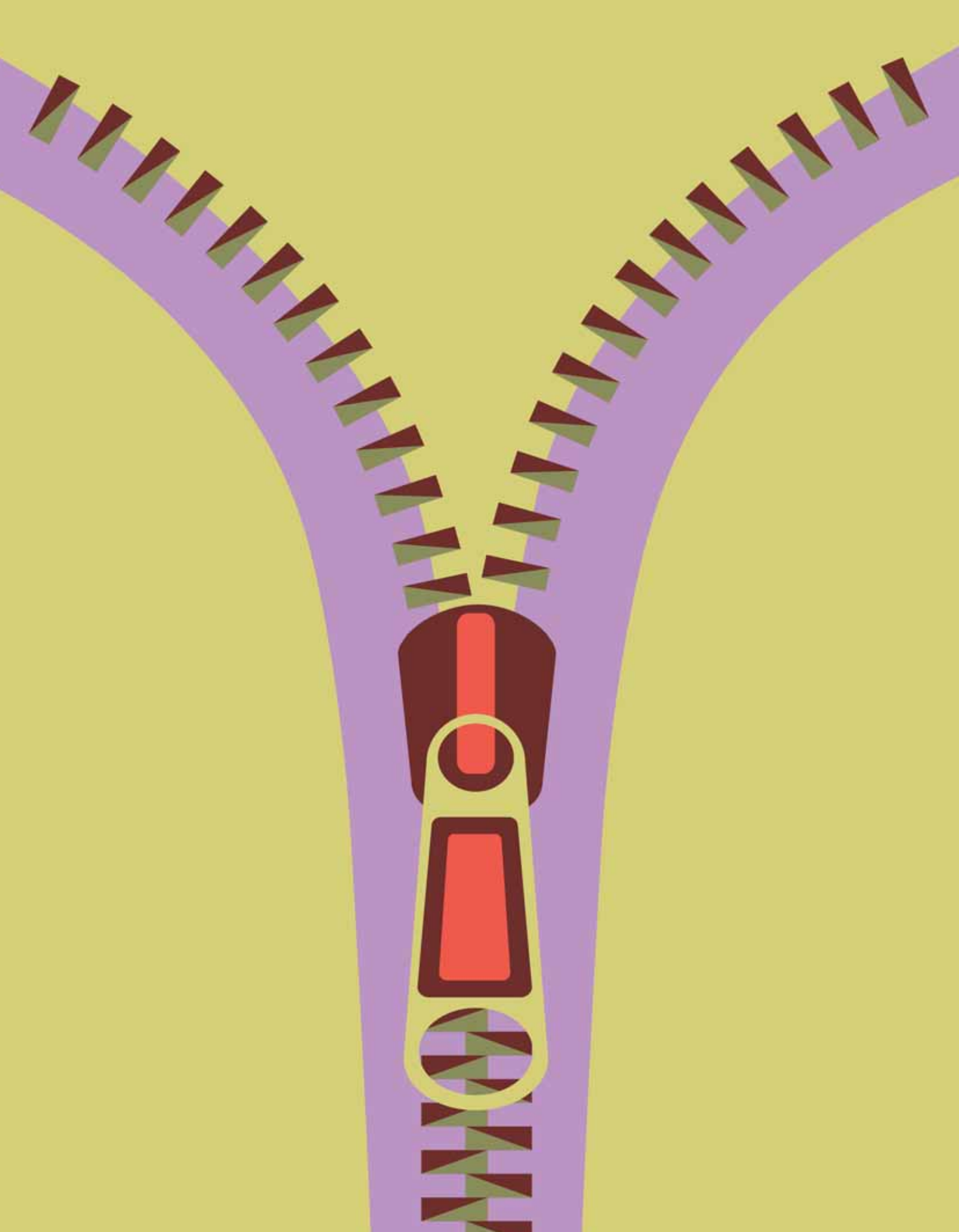


Hinterland

60/2026 9.00 euro

60 shades of Hinterland



Liebe Leser*innen

60 shades of Hinterland. Das haben wir uns für diese Ausgabe auf die Fahne geschrieben. 60 Nuancen, Schattierungen, Farbtöne – ein gemeinsamer Nenner: Seit 20 Jahren berichtet die Hinterland über flucht- und migrationsspezifische Themen. Den Bayerischen Flüchtlingsrat gibt es sogar schon doppelt so lange. Und 20 plus 40 macht bekanntlich sechzig! Da wären wir also wieder. Ein Jubiläum jagt das Nächste. Die erste offizielle Hinterland-Ausgabe mit dem Schwerpunktthema #wohnen erschien im Jahr 2006. Seitdem ist viel passiert, nicht nur im Großen auf der Welt, sondern auch im Kleinen in unserer Redaktion. Alles war dabei – Tod, Scheidung, Abschiede, Umzüge, Hochzeit, Geburt. Der Kreislauf des Lebens hat uns mal ins Schleudern, mal ins Stolpern, jedoch nie ins Stocken gebracht. Viele fleißige und talentierte Autor*innen, Illustrator*innen und Fotograf*innen haben unsere Redaktion unterstützt und tun es auch weiterhin. Dafür ein großes Dankeschön!

Danke auch für die Treue, liebe Leser*innen. Wenn wir uns Begriffen aus dem Kontext der Hochzeitsjubiläen bedienten und jede Ausgabe mit einem Jahr gleichsetzten, so würden wir mit der 60. Ausgabe Diamantene Hochzeit feiern. So wie ein Diamant das Licht in all seine Spektralfarben zerlegt, so bunt ist auch die 60. geworden – sowohl inhaltlich als auch visuell. Die dunklen Nuancen des Farbspektrums beleuchtet Fred Heusser. Dabei bietet er einen Überblick über die Kritik an der Datenkrake Palantir und den Zusammenhang zwischen dieser Überwachungssoftware, den Tech-Milliardären und den US-amerikanischen Rechten. Zurecht kritisiert wird auch die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die im Juni 2026 in

Kraft treten wird. Welche Folgen und Einschränkungen ihrer Rechte diese Reform für Geflüchtete haben wird, erzählt uns Maximilian Pichl im Interview. Asylsuchende werden jedoch nicht nur an den EU-Außengrenzen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten. Demnächst könnte das in München auch am Flughafen in einem extra gebauten Abschiebeterminal Realität werden. Dagegen setzt sich Hannah Sommer entschieden ein. Sie ist Mitinitiatorin der Kampagne Abschiebeterminal MUC verhindern und erzählt im Interview, wie es um die Pläne steht und was getan wird, um dieses Vorhaben zu verhindern.

Mit so viel solidarischem Widerstand schaffen wir es bestimmt noch zur Gnaden- oder Kronjuwelenhochzeit!

Eure facettenreiche Hinterland-Redaktion



Illustration: Ilona Liedl, @ambinini_illustrations >

< Illustration: Marion Blomeyer, lowlypaper.de

inhalt

wohnen

6

Leistungsloser Bodengewinn

An das Thema müsste man auch mal ran

Von Simon Fiedler

nachbarn

8

Illustration Dunia Barrera

anziehsachen

9

Foto Caro Mulert

sex

10

Illustration Susanne Beurer

bayern

12

Werwolf gegen Lenin

Gedenktafel gerettet – dem Hausmeister sei Dank

Von Robert Andreasch

essen

15

Illustration Anton Kaun

rassismus,

hey, migrantifa!

16

Unfairer Schlagabtausch

Du bist Flüchtling, du musst dich hinten anstellen

Interview mit Asif Abdullah Haidary

rassismus

20

Wittgensteins Stufen

Demontage von Nationalismen – Auszüge aus dem Essayband

Von Dubravka Ugrešić

integration

22

Dobrindts Blockade

Er redet von Zahlen, wir von Menschen

Von Arif Abdullah Haidary

arbeit

25

Illustration Oliver Hummel

26

Produktion und Panik

„Das Schreiben ist schon viel Arbeit“

Von Jan Kavka

polizey

27

Brennglas Palantir

Überwachung und Daten, die hässliche neue Welt

Von Fred Heussner

antiziganismus

33

„Wir können nicht alles leisten, was der Staat täglich versäumt“

Was tut sich, wenn sich nicht viel tut

Interview mit Alexander Diepold

alter

38

„Ein Wunder“

Glücklich durch digitale Souveränität im Alter

Von Aida Bakhtiari

sortieren

40

Ich will mich nicht für einen möglichen Krieg vorbereiten

Kreatives Verweigern der Wehrpflicht

Von Christoph Flessa

grenze

42

Invisible Borders

Fotos von Anna McCarthy

paternalismus

44

Flüchtlingsgespräche

Staffel 2 Folge 5

Von Human

unterhaltung

46

Illustration Tröterich

gut vernetzt

47

Von bescheidenen Erfolgen in einer oberbayrischen Kleinstadt

Wie eine kleine engagierte Szene zu einer politischen wurde

Von Stefan Brandhuber

reisen

52

Damaskus und anderswo:

Wiederaufbau zwischen Hoffen und Bangen

Reisebeobachtungen in einer kriegsgeschädigten Region

Von Severin Rapp

sprache

61

vir şpreh'in doç

Sprache lernen

mit Händen und Füßen

Von Gülcan Durak

asyl

62

Eine katastrophale Entscheidung

Für queere Menschen ist die Rechtsberatung essenziell

Von Robert Andreasch

liebe

63

Illustration Lina Bamberg

64

afrika, # was geht

Erneut auf Schleichwegen ins Missionsmuseum

Was hat die Leberwurst mit der Kokosnuss zu tun

Von Thomas Glatz

mob

68

Illustration Pila Sigura

69

Illustration Lisa Neugebauer

sicher

70

Illustration Eva Z. Schmitt

kaputt

71

Gewinner der kaputten Seite

Illustration A. Gave:

privat

72

Illustration Eva Z. Schmitt

abschiebehaft,

abschiebung

73

Neues Abschiebeterminal am Münchner Flughafen?

Nein. Danke!

Interview mit Hannah Sommer

strategie

78

Illustration Eva Z. Schmitt

79

Strategien gegen die Machtübernahme von Rechtstextremen

Sich zusammentun und Kante zeigen

Interview mit Arne Semsrott

stadt, land, flucht

83

Illustration Ysa Shrapnel

gender

84

Illustration Bettina Mechtersheimer

abschiebung, # lager,

dublin III, # europa

86

GEAS observed

Über rückwärtsgerichtete Meilensteine

Interview mit Max Pichl

4 2

90

Illustration Ysa Shrapnel

91
#kriminalisierung
Illustration Anton Kaun

#behinderung
92
Zwei Tafeln
Wie unreflektierter Sprachgebrauch weiter wirkt
Von Laura Pöhler

#zuhaus
93
Illustration

94
Staatenlosigkeit gemeinsam überwinden
Von einer individuellen zu einer politischen Lösung
Interview mit Denis Neselovsky

#jung sein
98
Illustration Bettina Mechtersheimer

#systemrelevant
99
Illustration Lina Bamberg

#raum
100
Illustration Töterich

#lobby
102
Coca-Cola – Ya Basta!
*Sauberes Wasser für einen Konzern, schmutziges für die Bewohner*innen*
Von Hanna Mühlich

#utopie
108
Illustration Susanne Beurer

109
Zitiert und kommentiert
Von Hubert Heinhold

#rausch
110
Illustration Anton Kaun

#geschlossene
gesellschaft, #ungleich
111
Wohin die Gelder fließen
Für jede fucking Dystopie ist immer Geld da
Von Ruth Lieser

#erinnerung
112
Mein Anwalt in Unterhosen
Nachruf auf Hartmut Wächtler
Von Matthias Weinzierl

#fluchtwege
114
Death by the Ocean
Von Guy-El Mabiala

#geld
115
Illustration Emma Eisler

116
#was tun, #geld
„Es ist halt wichtig, das gesamte Ding zu sehen“
Keine Bezahlkarte sondern gleiche Rechte für alle
Interview mit Paul

#paroli
119
„Für jeden, der getötet wird, stehen 1000 andere hinter ihm“
Kein Verzeihen – kein Vergessen
Von Aida Bakhtiari

„Allein machen sie dich ein“
Ton Steine Scherben

*Liebe Freund*innen,
liebe Autor*innen,*

*wenn du denkst, es geht nicht mehr, dann kommt vom Briefkasten die Hinterland her. Und dieses Mal widmet sich unser neues Heft dem Stoff, der unser aller Zusammenleben, mindestens aber die Hinterland - Redaktion seit vielen Jahren am Laufen hält: die Freund*innenschaft.*

*Wir sprechen erstaunlich wenig über diese liebevolle Art des Miteinanders, dabei wäre kaum eine*r von uns heute da, wo wir sind, wären da nicht unsere Freund*innen gewesen. Sie geben uns Halt, holen uns ein Bier und halten uns einen Platz frei. Sie überdauern Jobwechsel, Regimewechsel und Windelwechsel. Freund*innen sind da, wenn der Selbstwert und die romantische Zweierbeziehung in die Binsen gehen. Sie wissen Dinge über uns, die unsere Eltern nie begreifen werden – und hüten Geheimnisse, die wir definitiv nicht in der Hinterland abgedruckt sehen wollen. Freund*innenschaften überstehen Zeiten und Differenzen; die Kleinfamilien, Koalitionen und Königreiche längst zum Einsturz gebracht hätten.*

*Doch was unterscheidet eigentlich die Freund*innenschaft von der Bekanntschaft? Was den Freund vom Bruder? Was die Freundin von der Genossin? Brauchen wir Freund*innenschaft? Wenn ja, wie viel(e)? Wie entstehen Freund*innenschaften? (Willst Du meine Freundin sein?) Und wie vergehen sie? (Wenn wir Freunde wären, dann würdest Du so'n Scheiß überhaupt nicht machen!) Was an ihnen ist politisch? Und wieso schaffen gerade Freund*innenschaften es, über politischen Differenzen zu stehen, für die wir uns im Plenum die Köpfe einschlagen würden?*

*Also, Freundchen, mach es wie die Sonnenuhr, und zähl' die schönsten Stunden nur. Und wenn du damit fertig bist, dann erzählst du uns am besten was von deinen Freund*innen und Genoss*innen. Welcher Freund hat dir auf deiner Flucht geholfen? Welche Genossin hat dir die Frauenbewegung erklärt? Pflegt deine Polit-Gruppe schon lange Zeit eine Freund*innenschaft zu einer anderen Polit-Gruppe? Warum muss man nicht befreundet sein, um solidarisch zu bleiben? Und wer war so ein richtig falscher Freund? All das wollen wir zu einem wunderschönen Freundschaftsalbum zusammenfügen und wie für jedes Heft brauchen wir dafür auch eure schönsten Freundschaftsbilder und -illustrationen.*

Wie immer gilt: In allen vier Ecken, soll Liebe drinstecken! Also ran an den Schreibtisch und rein in die Tasten. Denn ihr wisst ja: Rosen, Tulpen, Nelken, alle Blumen welken, nur die eine nicht, und die heißt Hinterland

*xoxo
Eure Hinterland-Redaktion*

*Ideenabgabe: 28. Juni 2026
Redaktionsschluss: 20. September 2026*

*Schickt eure textlichen und grafischen Ideen an
redaktion@hinterland-magazin.de oder
illustration@hinterland-magazin.de*

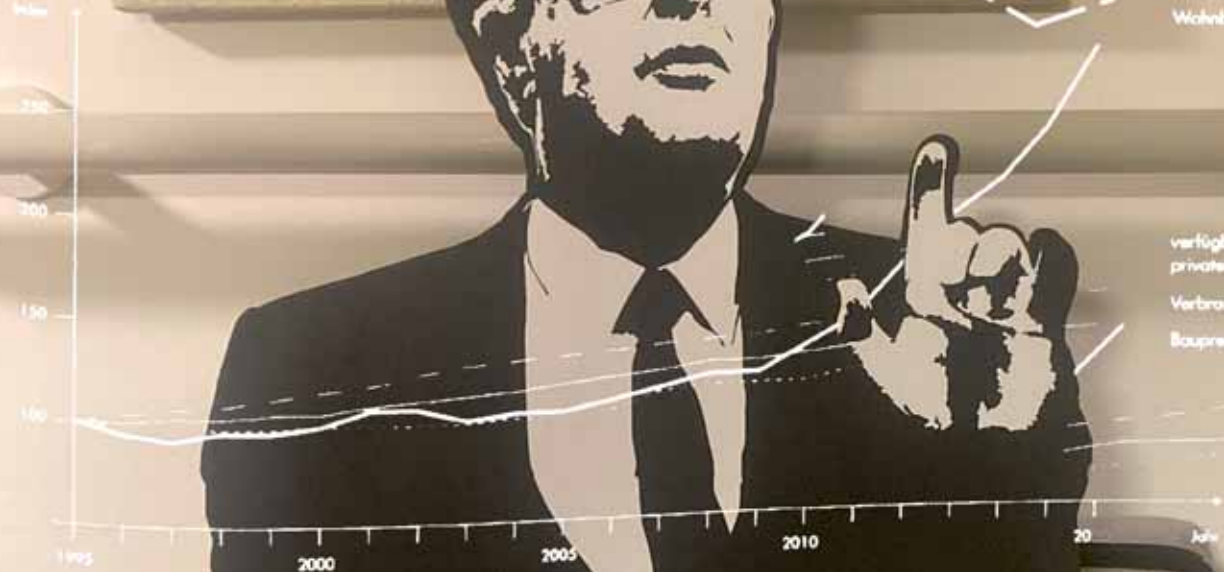
Baupreise, Verbraucherpreise
Einwohner in München

Entwicklung der Wohnbaulandpreise,
Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner

sowie verfügbares

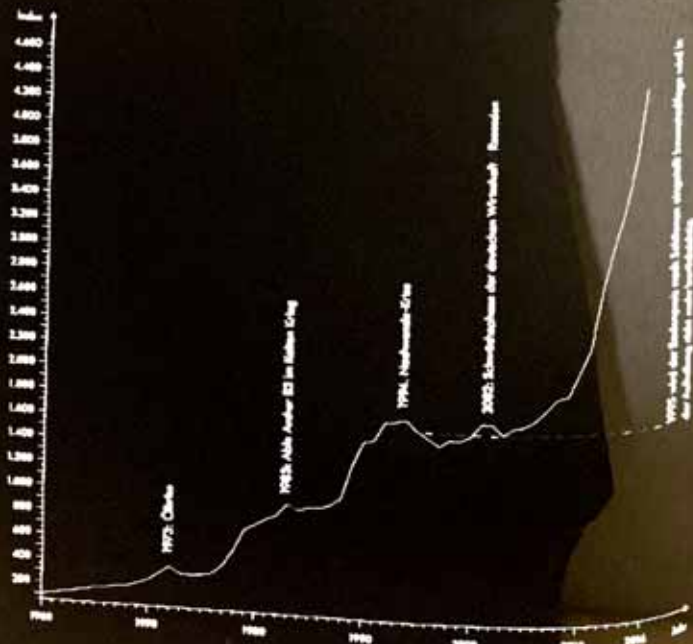
Wohnbaulandpreise

verfügbares Einkommen der
privaten Haushalte je Einwohner
Verbraucherpreise
Baupreise



In Immobilienmärkten 2004 wurden in
den Immobilienmärkten München, Hamburg,
Hofheim, Lind, Wiesbaden, Stuttgart
wie in den Immobilien (Lohnstück) und
Schulung keine Angaben gegeben.

Preisentwicklung von Wohnbauland in München



Grundstückpreise in München
Grundstückpreise in Berlin
Grundstückpreise in Frankfurt
Grundstückpreise in Hamburg
Grundstückpreise in Köln
Grundstückpreise in Leipzig
Grundstückpreise in München
Grundstückpreise in Nürnberg
Grundstückpreise in Stuttgart
Grundstückpreise in Wiesbaden

Leistungsloser Bodengewinn

Zwei Dachdecker stehen mit mir auf einem Flachdach im Münchener Norden und warten. Jemand holt noch etwas aus dem Auto, es dauert. Einer der beiden spricht etwas besser Deutsch als der andere und fragt mich, was das für Häuser seien, hier. Ich antworte kurz und knapp: „Das sind Wohnungen“.

Ich sehe irritierte Blicke, weil die Umgebung offensichtlich nicht dem entspricht, was man von München erwartet. Plattenbauten mitten in einer so reichen Stadt? Die nächste Frage bringt das Missverständnis auf den Punkt: „Wohnen, aber wer? Krankenhaus?“ – „Nein im Gegenteil“, sage ich. Dort drüben sei ja der Olympiapark und hier haben 1972 die Athlet*innen gewohnt und jetzt sind es Eigentumswohnungen. Die Sprache wird gewechselt und erklärt. Die Worte „Olympia“ und „Athlet*innen“ kommen vor. Ich fühle mich noch verpflichtet hinterher zu schieben, dass die Wohnungen hier aber wirklich sehr beliebt seien.

Es wird geschmunzelt und genickt. So hat man sich das offenbar nicht vorgestellt. Und so frage auch ich mich einmal mehr, was genau eigentlich in München los ist, mit dem Wohnraum. Die Grundstückspreise sind an allem schuld (wie aber gar nicht mal alle wissen)! Preissteigerungen werden meist in Prozent angegeben – und hier wird's absurd: Denn in München ist der durchschnittliche Bodenpreis (Bodenrichtwert) seit den Olympischen Spielen 1972 grob überschlagen um mehr als 1.000 Prozent gestiegen, hat sich also mehr als verzehnfacht (und der *Arch +* Artikel, aus dem ich das weiß, ist bereits zehn Jahre alt). Was sich auf dem Grundstück befindet ist

übrigens beinahe egal, ob Gründerzeitvilla, Plattenbau, Unterkunft für Geflüchtete oder halt einfach: Nichts. Der Bodenpreis zieht davon losgelöst mit an, einzig abhängig von der Lage und den Verkaufspreisen in der Umgebung.

Man spricht auch von „leistungslosen Bodengewinnen“, denn Grundstückseigentümer*innen tragen nichts bei und profitieren dennoch. Den Bodenrichtwert kann man übrigens bei der Stadt München über das Portal *BORIS* anfragen – selbstverständlich gegen Gebühren. Einzelauskunft 30 Euro, Dauerauskunft 1.000 Euro! – Alles klar ...

Also, man möchte doch fast sagen: „An das Thema müsste man als Gesellschaft auch mal ran, vielleicht!“ Aber hey, ist nur ein Vorschlag ... und mai, solang´s der Wohnungswirtschaft gut geht, gell. Warum sollte man sich da schon gegen irgendetwas formieren? Die Preise schnellen derweil die letzten 20 Jahre so in die Höhe, wie man es sonst eigentlich nur aus Statistiken zum Klimawandel kennt. <

Simon Fiedler
(M.Sc. Architektur)
fordert, dass Boden
möglichst kein Spe-
kulationsobjekt sein
sollte, sondern ein
gemeinwohlorientiert
zu verwaltendes
Allgemeingut.





Foto: Caroline Mulert



Erotik is everywhere



fNur 'n bisschen abstauben

Werwolf gegen Lenin

1970 zündeten Neonazis an der Lenin-Gedenktafel in München eine Bombe.
Auch dieses rechte Attentat wurde in der Stadt schnell verdrängt.
Und wo ist eigentlich das Denkmal geblieben?

Von Robert Andreasch



Lenin (eigentlich: Wladimir Iljitsch Uljanow) lebte von 1900 bis 1902 unter dem Tarnnamen Herr Meyer in München. Im Schwabinger Untergrund schrieb er das Buch *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* und gab die Zeitschrift *ISKRA* (Funke) heraus, das „neue Organ der marxistischen Bewegung Russlands“.

Eine Gedenktafel für Lenin

Im Februar 1968 stiftete der Konzertimpresario Lothar P. Bock 5000 Mark für eine Münchner Lenin-Gedenktafel, damals das erste Lenin-Denkmal in Westdeutschland. Mit der Studierendenbewegung oder gar linker Hegemonie in München hatte das nichts zu tun. Das Geld dürfte schlicht eine gute Investition gewesen sein für das Geschäft des damals 29-Jährigen, der russische Chöre, Balletttänzer*innen, Musiker*innen und Zirkuskünstler*innen zu Tourneen in die Bundesrepublik holte. Zur *Washington Post* sagte Bock ein paar Jahre später: „Ideology is not my concern. I see this as strictly business. I tell the Russians all the time that I am a capitalist and the reason I do business here is because I like to make money“. Die Münchner Stadtverwaltung hoffte, mit Blick auf die Olympischen Sommerspiele 1972, auf eine Attraktion für Tourist*innen aus dem Ostblock. Der Münchner Kulturreferent Dr. Herbert Hohenemser gab schließlich eine Gedenkplakette bei Karl Oppenrieder in Auftrag. Oppenrieder, der prominente Steinbildhauer vom Nordfriedhof, gestaltete in München viel christliche Kunst. 1962 etwa fertigte er den Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus, der heute auf dem Platz der Freiheit in Neuhausen zu sehen ist.

Es lag nahe, das Lenin-Denkmal in der Siegfriedstraße 14 anzubringen, denn hier hatte der Revolutionär von Mai 1901 bis April 1902 gelebt. Im Jahr 1968 war das Haus im Eigentum der *Pschorr Bräu AG*. Deren Direktor Reinhold Kuebart verweigerte sich den Plänen: „Solange die Berliner Mauer existiert, sei eine Plakette deplaciert“, zitierte ihn damals der *Spiegel*. Und „überhaupt, im Bier sollte man unparteiisch bleiben“. Gut, dass Lenin vor der Siegfriedstraße bereits mehrere Monate in der Kaiserstr. 53 (heute: 46) gewohnt haben soll. Denn das Haus in der Kaiserstraße gehörte *Löwenbräu* und, anders als *Pschorr*, erlaubte das Unternehmen der Stadt, das Denkmal an der Fassade aufzuhängen. Das von Oppenrieder gestaltete Kunstwerk bestand aus einem runden Relief – dem Seitenprofil eines Lenin-Kopfs – und einer Texttafel auf Deutsch und Russisch: „In diesem Haus lebte vom September 1900 bis April 1901 Waldimir Iljitsch Uljanow Lenin, der Gründer des Sowjetstaates.“

Zwei Tage vor dem Maifeiertag, am 29. April 1968, kamen am Vormittag mehrere hundert Menschen an der Kaiserstraße 46 zur Enthüllung zusammen: Der sowjetische Botschafter Semjon Zarapkin, extra aus Bonn angereist, lobte die Münchner*innen für ihre „Achtung vor diesem großen Revolutionär und Staatsmann“. Musik gab es vom berühmten 70-

Der Lenin-Kopf hing noch unbeschädigt über den Bruchstücken

köpfigen *Balalaika-Ossipow-Orchester* aus Moskau sowie von den *Roaga Buam* aus Ismaning. Am Vortag hatte die NPD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 9,8 Prozent der Stimmen geholt und war mit 12 Abgeordneten in den Stuttgarter Landtag eingezogen. Die extreme Rechte war euphorisch und selbstbewusst. Mit Plakaten und Transparenten tauchten Neonazis am Rand der Feierlichkeit auf: „Alle Macht dem Volke – nieder mit der KPdSU!“ und „Kaliningrad wird wieder Königsberg!“ stand darauf zu lesen. Andere verteilten Flugblätter des rechten *Republikanischen Studentenbundes*.

Mit Bomben gegen das Denkmal

Vier Monate später, am 22. August 1968, einen Tag nach dem sowjetischen Einmarsch in die CSSR,



brachten Unbekannte nachts einen kleineren Sprengsatz an der Kaiserstraße 46 zur Detonation. Die Sprengwirkung war zu gering, um das Denkmal zu beschädigen. In der Zeit danach wurde die Lenin-Plakette immer wieder beschmiert und mit Farbbeuteln beworfen. Im April 1970 feierte die Deutsche Kommunistische Partei vor dem Denkmal Lenins einhundertsten Geburtstag. Ein halbes Jahr später gründeten die ehemaligen SSler Erich Kernmayr und Arthur Ehrhardt zusammen mit NPD-Funktionären in Schwabing die bundesweite *Aktion Widerstand*. Rechte

verschiedener Couleur kämpften in diesem Kampagnennetzwerk gemeinsam gegen die Ost-Verträge der Bundesregierung. Eine „Zweckehe“ nannte das Kernmayr, „wie die APO der heimatlosen Linken“. Am 31. Oktober 1970 setzten Tausende Anhänger*innen der *Aktion Widerstand* mit Gewalt einen verbotenen Aufmarsch in Würzburg durch und skandierten die Parole: „Walter Scheel und Willy Brandt – Volksverräter an die Wand!“ Aus der *Aktion Widerstand* sollten in den Folgejahren mehrere Wehrsportgruppen und rechtsterroristische Netzwerke hervorgehen. Die *Wehrsportgruppe Hoffmann* zum Beispiel, aus deren Kreisen der Oktoberfestattentäter hervorgehen sollte oder die *Deutschen Aktionsgruppen*, deren Mitglieder 1980 in Hamburg bei einem rassistischen Brandanschlag Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân ermordeten.



In der Nacht zum 9. Dezember 1970, gegen 3.40 Uhr, zündeten Neonazis erneut eine Bombe an der Kaiserstr. 46. Mithilfe einer meterlangen Holzlatte hatten sie den Sprengsatz genau an der Unterkante des Denkmals verkeilt. Die Wucht der Explosion war so groß, dass am Haus zwölf Fensterscheiben und Glastüren zerbarsten. Die Texttafel des Denkmals

Dieses rechte Attentat wurde schon nach wenigen Tagen und für lange Zeit komplett verdrängt

Robert Andreasch schreibt über die extreme Rechte (gegen deren Willen) und arbeitet bei der antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.).



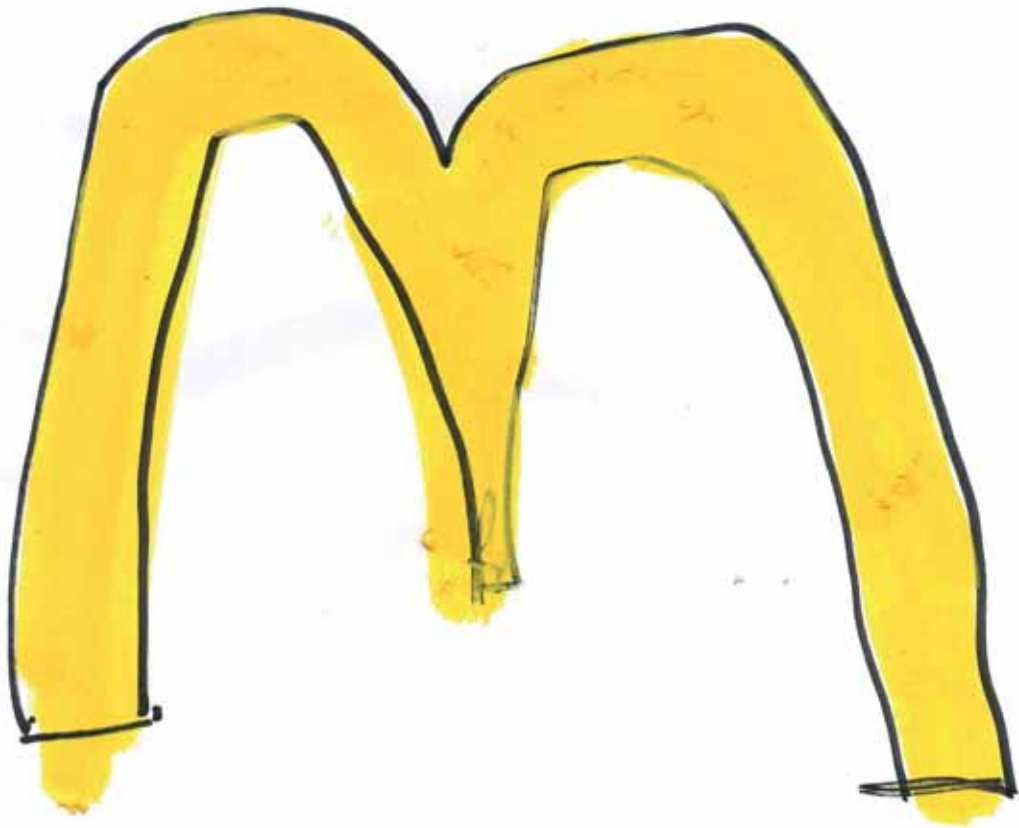
wurde größtenteils zerstört, nur der Lenin-Kopf hing noch unbeschädigt über den Bruchstücken. Die *Abendzeitung* berichtete am Abend, „über Täter und Motiv“ habe die Polizei „noch keine Anhaltspunkte“. Am Folgetag bekannte sich ein anonymes Anrufer gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* als Mitglied des „Werwolfs“ zur Tat. Anlass für das Attentat seien die Verträge von Moskau und Warschau sowie ein Demonstrationsverbot gegen die *Aktion Widerstand* in Bonn. Weitere Anschläge würden folgen, zitierte ihn damals die *Süddeutsche Zeitung*: „Nachdem es der Rechten unmöglich gemacht worden sei, demokratisch und legal zu wirken, sei es notwendig, die Interessen des deutschen Volkes nunmehr auch auf illegalem Weg zu verteidigen.“ In einer Art antiimperialistischer Querfront soll sich der Anrufer dann noch mit den linken, militanten *Tupamaros* solidarisiert haben. Das LKA setzte für Hinweise auf die Attentäter*innen eine Belohnung von tausend Mark aus. Die Täter*innen und Hintergründe wurden jedoch bis heute nie ermittelt. Und wie so oft in der Geschichte Münchens wurde auch dieses rechte Attentat schon nach wenigen Tagen und für lange Zeit komplett verdrängt.

Die *Süddeutsche Zeitung* hatte nach dem Bombenanschlag geschrieben, der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel habe „eindringlich vor der Anwendung und der Verherrlichung von Gewaltmethoden im politischen Meinungsstreit gewarnt“. Die Stadt „werde in geeigneter Form für die Wiederherstellung des früheren Zustands Sorge tragen.“ Letzteres sollte sich schon bald als Lüge herausstellen. Tagelang kümmerte sich niemand um die Bruchstücke der Tafel, die vor dem Haus auf dem Boden lagen. Der damalige Hausmeister der Kaiserstraße, Wolfgang de Haan, fragte schließlich bei der Stadt an und bekam zu

hören, er solle die Trümmer wegwerfen. Das Denkmal wurde nie wieder aufgebaut.

Auf der Suche nach dem Denkmal

2017 schrieb der Münchner Chronist Karl Stankiewicz auf dem Blog *Kulturvollzug*, dass ein paar Teile der Texttafel sich seit 2011 im Freimann Depot des Stadtarchivs befinden würden, aber „ein Teil des Relikts, der modellierte Lenin-Kopf“ sei „ohnehin verschwunden.“ Doch da hat sich Stankiewicz geirrt. Denn de Haan hatte bereits 1970 den historischen und künstlerischen Wert des Denkmals erkannt und es damals mitnichten entsorgt. Jahrzehnte später, im hohen Alter, übergab er die Teile einem anderen Anlieger an der Kaiserstraße, damit das Lenin-Relief auch nach seinem Tod erhalten bleiben möge. Diesen Empfänger, der in diesem Artikel nicht namentlich genannt werden möchte, habe ich auf meiner Suche nach dem Denkmal schließlich kennengelernt. Wir trafen uns im März 2026 und er schilderte mir seinen früheren, gescheiterten Versuch, die Gedenkplatte wieder in der Kaiserstr. 46 anzubringen. Die damaligen Hausbewohner*innen hätten das abgelehnt. Nicht aus antikommunistischen Ressentiments, sondern aus Angst, dass das Haus erneut zum Ziel eines rechten Terroranschlags werden könnte. Danach stiegen wir in den gemauerten Keller an der Kaiserstraße hinab. Und er zeigte mir, was Hausmeister de Haan und er für uns und die Nachwelt erhalten haben: den Lenin-Kopf in einem Karton und, in einem kleinen Schränkchen, Teile der zerstörten Texttafel. <



Unfairer Schlagabtausch



Die Internationalen Wochen gegen Rassismus bieten jedes Jahr einen wichtigen Anlass, um auf Diskriminierung vor Ort aufmerksam zu machen, Betroffenen eine Stimme zu geben und gesellschaftliche Verantwortung einzufordern. Vor diesem Hintergrund spricht *Hinterland* mit Asif Abdullah Haidary über seine Erfahrungen in einem Münchner Verein, Rassismus im Sport und wie dort mit rassistischen Vorfällen umgegangen wird – oder eben auch nicht.

Asif, was war da los?

Ich heiße Asif Abdullah Haidary. Gemeinsam mit meinem Bruder Arif bin ich im Jahr 2015 als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Afghanistan nach München gekommen. Karate, insbesondere Vollkontakt-Karate, war für uns in dieser Zeit immer mehr als nur Sport. Es war Halt, Struktur und ein Weg, uns ein Leben aufzubauen. Über acht Jahre hinweg trainierten wir in einem Münchner Verein, nahmen an nationalen und internationalen Turnieren teil und vertraten dort Deutschland.

Doch parallel zu diesen Erfolgen haben wir über mehr als sechs Jahre hinweg rassistische, diskriminierende und ausgrenzende Vorfälle erlebt. Diese gingen unserer Erfahrung sowie Zeugenaussagen nach klar vom Abteilungsleiter der Karateabteilung des Vereins aus. Die Vorfälle wurden beobachtet. Sie wurden dokumentiert. Und sie wurden dem Verein vorgelegt. Trotzdem blieb der Abteilungsleiter in seiner Position.

Wir hingegen wurden im November 2024 aus dem Verein ausgeschlossen.

Wenn du heute auf diese Jahre zurückblickst, wann hast du zum ersten Mal gemerkt, dass du anders behandelt wirst?

Am Anfang waren es kleine Dinge. Dinge, die man vielleicht noch ver-

drängen könnte. Zum Beispiel, dass der Abteilungsleiter jedem die Hand gab, nur mir und meinem Bruder Arif nicht. Oder dass er Gespräche abbrach, wenn wir dazukamen. Aber mit der Zeit merkte ich: Das ist kein Zufall. Das ist gezielt. Eine Zeugin bestätigte später, dass wir als Einzige diese Art von Behandlung erfuhren, obwohl wir uns immer respektvoll verhalten hätten.

Einige dieser Situationen wurden dokumentiert, etwa ein internationales Turnier im Jahr 2019. Was ist dort passiert?

Das war mein erstes internationales Turnier. Ich war 17 Jahre alt. Es ist im Karate üblich, dass das Teammitglied mit der niedrigsten Graduierung das Mannschaftsplakat trägt. An diesem Tag habe ich das Plakat mit der Aufschrift „Germany“ gehalten. Plötzlich kam der Abteilungsleiter der Karateabteilung, der an dem Tag auch gekämpft hat, zu mir und sagte: „Du bist doch Flüchtling! Auf dem Plakat steht ‚Germany‘, du musst dich hinten anstellen.“ Dann nahm er mir das Plakat ohne mein Einverständnis aus der Hand. Ich hatte Angst, etwas falsch zu machen. Ich dachte, vielleicht gibt es eine Regel, die ich nicht kenne. Also habe ich nichts gesagt und bin nach hinten gegangen.

Mein Bruder Arif hat mich später gefragt, warum ich das Plakat abgegeben hätte. Ich habe ihm

erzählt, was passiert ist. Er war genauso schockiert wie ich. Heute weiß ich: Es ging in diesem Moment nicht um irgendeine Regel. Es ging darum, mir zu zeigen, dass ich nicht dazugehöre.

Was hat dieser Moment für dich bedeutet?

Es war demütigend. Du stehst da als Teil eines Teams, vertrittst Deutschland, und dann sagt dir jemand, dass du das nicht darfst, weil du ein Flüchtling bist. Das vergisst man nicht.

Ein weiteres zentrales Ereignis war ein Gespräch bei einer Weihnachtsfeier im Jahr 2022. Kannst du das beschreiben?

Wir saßen am Tisch, auch mein Bruder Arif und andere Mitglieder der Karateabteilung, und redeten. Am Anfang ging es noch um persönliche Dinge, Familie und Herkunft. Doch dann wurde das Gespräch politisch. Da hat der Abteilungsleiter mich gefragt: „Liegt

Es gibt auch Zeugenaussagen von anderen Mitgliedern. Was sagen diese über den Abteilungsleiter?

Eine Zeugin beschreibt, dass der Abteilungsleiter uns gegenüber auffällig ausgrenzend war, im Gegensatz zu seinem Verhalten gegenüber allen anderen. Ein konkretes Beispiel: Als wir einmal zu spät zum Training kamen – was jedem passieren kann – sagte er im Vorbeigehen: „Wissen die in deren Land, was eine Uhr ist?“ Andere hörten das. Es zeigte, was er über uns dachte.

Eine andere Zeugin, die lange mit uns trainiert hat, sagt ganz klar: Wir waren respektvoll, hilfsbereit und haben andere unterstützt. Sie sagt, sie könne die Vorwürfe gegen uns nicht nachvollziehen.

Es gibt auch frühere Aussagen von anderen, die auf ein länger bestehendes Problem hinweisen.

Ein ehemaliger Verantwortlicher aus der Karateabteilung hat geschildert, dass der Abteilungsleiter schon Jahre zuvor nach einem Wettkampf rassistische Beleidigungen gegenüber einem schwarzen Gegner verwendete. Eine andere Zeugin berichtet von internationalen

Turnieren, bei denen von ihm abwertende Kommentare über Sportler anderer Herkunft gemacht wurden. Das zeigt mir: Diese Haltung entwickelte er nicht erst bei uns.

Ihr habt euch entschieden, gegen sein Verhalten vorzugehen. Was ist dann passiert?

Gemeinsam mit meinem Bruder Arif und mit Unterstützung von Anwälten habe ich einen Antrag gestellt, den Abteilungsleiter

aufgrund seines Verhaltens aus dem Amt zu entbinden. Dazu haben wir Gedächtnisprotokolle, sechs Zeugenaussagen und Beweise vorgelegt. Doch der Antrag wurde vom Verein abgelehnt. Stattdessen wurden wir selbst aus dem Verein ausgeschlossen, ohne Berücksichtigung der Vereinsatzung oder grundlegender rechtlicher Standards. Das zeigt sehr deutlich, welche Machtverhältnisse hier bestehen.

Wie erklärst du dir diese Entscheidung?

Es fühlt sich an, als würde das System sich selbst schützen. Anstatt das Verhalten des Abteilungsleiters zu hinterfragen, wurden wir zum Problem gemacht. Eine Zeugin hat das sehr deutlich formuliert: Es ist unerträglich, dass in einem Sportverein ein solches Verhalten geduldet wird und am Ende die Betroffenen ausgeschlossen werden.

Der Verein bestreitet eure Vorwürfe. Wie gehst du mit den Aussagen in den Schreiben des Rechtsanwalts des Vereins um?

Ich finde sie sehr problematisch, weil sie das Geschehene relativieren. Zum Beispiel steht in einem Schreiben, es handle sich „allenfalls um punktuelle Vorfälle über mehr als acht gemeinsame Jahre.“ Das ist eine massive Verharmlosung. Sechs Jahre wiederholte Vorfälle sind keine punktuellen Ereignisse.

An einer anderen Stelle heißt es: „Die Verknüpfung mit angeblich diskriminierenden oder gar rassistischen Einstellungen ist völlig unangebracht ...“ Unsere Erfahrungen werden vom Verein also nicht nur infrage gestellt, sie werden als unzulässig dargestellt. Und gleichzeitig wird behauptet, es gäbe keine Belege, obwohl Gedächtnis-

Wie Rassismus im Alltag aussehen kann: Nicht nur laut und offensichtlich, sondern auch subtil und strukturell

es an eurer Heimat, dass ihr immer so aggressiv, gewalttätig und kriminell seid?“ Ich lächelte und fragte: „Bin ich aggressiv, gewalttätig oder kriminell?“ „Du nicht, aber die anderen, die hierherkommen, leben von Sozialhilfe und begehen Straftaten“, sagte er. Später wurde es noch direkter. „Du solltest in dein Land zurückgehen“, sagte er zu mir und fragte: „Warum bist du in Deutschland?“ Das war der Moment, in dem mir klar war: Das ist nicht einfach ein Gespräch. Das ist ganz klar seine Haltung.

protokolle, Zeugenaussagen und Schilderungen konkreter Situationen vorliegen. Alles in allem handelt es sich hier um ein strukturelles Wegsehen.

Der Verein wirft euch vor, den Vereinsfrieden zu stören. Wie siehst du das?

Das ist eine klassische Schuldumkehr: Wenn du Diskriminierung ansprichst, wirst du plötzlich selbst zum Problem erklärt. In dem offiziellen Schreiben des Vereins wird sogar behauptet, wir würden sportfachliche Meinungsverschiedenheiten mit Rassismus verwechseln. Aber wie soll man Botschaften wie: „Du bist Flüchtling, du darfst nicht für Germany stehen“, anders als rassistisch einordnen? Wie soll ein „Geh zurück in dein Land“ sportfachlich erklärt werden? Das ist keine sportfachliche Meinungsverschiedenheit. Es ist Diskriminierung.

Was macht das emotional mit dir, nach so vielen Jahren im selben Verein?

Es ist ein Verlust. Karate war unser Leben. Dieser Verein war ein Ort, an dem wir trainiert, gekämpft und Freundschaften aufgebaut haben. Und gleichzeitig war es ein Ort, an dem wir über Jahre hinweg ausgegrenzt wurden. Dieser Widerspruch ist schwer zu verarbeiten.

Was bedeutet dieser Fall über eure persönliche Geschichte hinaus?

Er zeigt ein strukturelles Problem auf. Sportvereine verstehen sich oft als Orte von Integration, Respekt und Fairness. Aber diese Werte müssen auch gelebt werden, nicht nur nach außen kommuniziert. Wenn ein Verein öffentliche Fördergelder wie in unserem Fall erhält, dann trägt er eine öffentliche Verantwortung. Und wenn dann

dokumentierte Vorfälle von Diskriminierung relativiert und Betroffene ausgeschlossen werden, stellt sich eine grundlegende Frage: Wie ernst meint man es mit diesen Werten?

Warum geht ihr jetzt an die Öffentlichkeit?

Weil Schweigen nichts verändert. Wir haben versucht, das intern zu klären. Wir haben Gespräche gesucht, Belege geliefert und Anträge gestellt. All das hat nicht funktioniert. Jetzt geht es im nächsten Schritt darum, dass Menschen sehen, was passiert ist. Dass sie verstehen, wie Rassismus im Alltag aussehen kann: eben nicht nur laut und offensichtlich, sondern auch subtil und strukturell. Und am Ende geht es darum, dass andere Betroffene in ihrer Situation nicht weiter allein sind.

Der Sportverein wirbt auf seinen Social-Media-Kanälen inzwischen mit Posts gegen Rassismus und für Vielfalt. Hat der Verein aus seinen eigenen Fehlern gelernt, und wie geht es weiter im Prozess?

Meiner Meinung nach hat der Sportverein nicht gelernt. Sein neuer Social-Media-Auftritt ist eindeutig Imagepflege und wirkt auf mich wie Augenwischerei. Wenn der Verein sein Schutzkonzept ernst nimmt, sollte er seine Fehler korrigieren und Tätern in den eigenen Strukturen nicht weiterhin einen Platz bieten. <



Wittgensteins Stufen

In den Niederlanden weiß man, wer Kupfer und Bronze ganz besonders liebt. *Die Polen* nämlich. Im Januar dieses Jahres wurden Skulpturen von den Friedhöfen der niederländischen Ortschaften Norg und Vries gestohlen. [...] Die Liste polnischer Sünden ist lang: Alles, was auch nur das kleinste bisschen Kupfer enthält, ist angeblich im Visier der polnischen Diebe. Wenn die Züge mal nicht fahren, *haben die Polen die Kupferkabel herausgerissen*. Wenn es keinen Strom gibt, *haben die Polen die Kupferkabel aus den Windrädern gezogen*. [...] Einer Legende zufolge entdeckten zwei Niederländer den Kupferdraht, als sie sich um eine auf der Straße liegende Kupfermünze stritten. Nun haben sich *die Polen* in die nationale Legende geschlichen. Dabei begehen doch die eigenen Leute in jedem Land den größten Betrug – in den Niederlanden die Niederländer, in Kroatien die Kroaten, in Polen die Polen – und werden dabei vom Mythos geschützt, die anderen, *die Ausländer* würden stehlen und zerstören. Mal sind diese anderen *die Roma*, mal *die Juden*, mal *die Polen*, mal *die Rumänen*, mal *die Serben*, mal *die Albaner*. Und keine Stimme der Vernunft hält verbitterte Niederländerinnen und Niederländer davon ab, ihre polnischen Mitbürger zu beschuldigen, wenn aus ihrem Garten Kohl geklaut wurde. So ist derzeit die Lage. [...]

Im Juni dieses Jahres war ich in Irland. In Dublin ging ich dahin, wo niemand hingeht, nicht mal die engstirnigsten Dubliner: In den Nationalen Botanischen Garten. Er wurde Ende des 18. Jahrhunderts von der Königlichen Gesellschaft Dublins gegründet. Stolz Aushängeschild des botanischen Gartens ist die biologische Vielfalt, die er beheimatet – 17.000 Pflanzen aus der ganzen Welt. Meine Aufmerksamkeit erregten ein paar neben einzelnen Pflanzen steckende Tafeln: *Why is it a problem in Ireland?*, stand dort in großen Lettern, und darunter etwas kleiner die Erklärung, warum die betreffende Pflanze für die irische Umgebung ein Problem sei. Dank dieser lebendig designten „Steckbriefe“ erfuhr ich zum Beispiel, dass die südamerikanische *Gunnera tinctoria* bis zu zwei Meter groß wird und außergewöhnlich invasiv sei. Wo

die *Gunnera tinctoria* auftauche, habe die heimische Flora keinerlei Überlebenschance. Der Tafeltext versicherte mir, diese ambitionierte Pflanze werde bald verboten. Gleiches gelte für den *Riesen-Rhabarber*, was mir sofort einleuchtete: Der bloße Blick auf seine kräftigen Blätter flößt Angst ein. [...]

Eine wahre Schimpftirade musste ich von einem besorgten Taxifahrer über mich ergehen lassen, er wettete gegen florale Emigranten, genauer gesagt gegen eine bestimmte Palmenart (in Neuseeland unter dem wenig romantischen Namen *Cabbage palm* bzw. Kohlpalme bekannt).

„Irland sah nie so aus!“, schnauzte er. „Daran ist nur diese verdammte Palme schuld!“

Tatsächlich ähneln manche irischen Landstriche, besonders wenn die Sonne untergeht, den Vorstädten von Los Angeles.

In Dublin war übrigens eine Lesung geplant, die gar nichts mit meiner Herkunft – dem ehemaligen Jugoslawien, heutigen Kroatien oder Balkan – zu tun hatte. Der sympathische Moderator gestand, keinerlei Bezug zum Thema zu haben, über das ich sprechen würde, er sei von den Organisatoren gebeten worden, die Moderation zu übernehmen, nachdem sie erfuhren, dass seine vor langer Zeit verstorbene Mutter aus Kroatien stammte. Wer weiß, vielleicht hatten die Organisatoren schon mal Kroatien besucht und den Eindruck gewonnen, dass die Menschen dort nur mit ihresgleichen auskommen, vielleicht dachten sie auch bloß, ich würde mich mit einem Iren mit kroatischer Mutter behaglicher fühlen als mit einem Iren, dessen Mutter Iren oder etwas anderes war. Obwohl ich mich wie ein Kohl fühlte, der an der Grenze ohne botanisches Visum aufgegriffen wurde, nahm ich es den gutmeinenden Dublinern nicht übel. Dublin, dessen imposante Brücken beide nach Schriftstellern benannt sind, eine nach Beckett, die andere nach Joyce, hatte für immer mein Herz erobert. Die Kleinigkeit mit der kroatischen Mutter hätte mir überall

passieren können, in dieser Hinsicht denken die meisten Europäerinnen und Europäer ähnlich. Denn Europa ist wie der Botanische Garten in Dublin aufgebaut – alle Menschen tragen ein kleines Schild mit Daten um den Hals, man weiß, woher jemand kommt, wie invasiv jemand ist und wie bereit, die heimischen Arten zu bedrohen.

Und was hat nun Wittgenstein mit alledem zu tun? Im selben Botanischen Garten in Dublin gibt es ein Gewächshaus mit tropischen Pflanzen. Man betritt es über drei hinabführende Stufen. Ludwig Wittgenstein verbrachte die Wintermonate 1948-1949 in Dublin. Eine in die Treppe eingelassene Bronzeplatte behauptet, Wittgenstein habe gern auf diesen Stufen gegessen und geschrieben. Ich setzte mich und dachte nach. Und was dachte ich? Nichts Besonderes eigentlich. Bloß, wie unverbesserlich tribalistisch ganz Europa doch ist, wie geübt in Weltkriegen, sodass ein dritter eigentlich jederzeit möglich scheint, oder etwa nicht?! Diesmal bricht er vielleicht wegen *der Polen* aus, wegen des Letten auf Inis Oírr, wegen der Serben und Kroaten, die sich gegenseitig auf die Grabsteine pissen, wegen der Slowaken, die den Skeletten die Zähne klauen, wegen egal was, doch am allermeisten wie immer wegen Geld. <

*Dubravka Ugrešić, Auszug aus dem Essayband
„Europa in Sepia“
Aus dem Kroatischen von Marie Alpermann
eta Verlag, 2025, 328 Seiten, Hard Cover
ISBN 978-3-949249-26-6*

Dubravka Ugrešić
sezierte den Nationalismus, die patriarchalen Reflexe, die in Politik und Alltag lauern. Dafür wurde sie in Kroatien in den 1990er Jahren angefeindet und ging schließlich ins Exil. Sie erhielt den Österreichischen Staatspreis für Literatur, den Heinrich-Mann-Preis der Berliner Akademie der Künste und den Jean-Amery-Preis für europäische Essayistik. Bis zu ihrem Tod 2023 lebte sie in Amsterdam.





Dobrindts Blockade

Dobrindt ignoriert das Leid der Geflüchteten. Er redet von Zahlen, wir reden von Menschen.
Ein Kommentar von Arif Haidary über die Einschränkungen beim Zugang zu Integrationskursen.

Ich erinnere mich noch genau an meinen ersten Deutschkurs. Ich saß in einem kleinen Raum in München, zusammen mit Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern. Wir hatten wenig gemeinsam, außer einer Sache: dem Wunsch, hier anzukommen. Wirklich anzukommen. Nicht nur physisch, sondern auch sprachlich, gesellschaftlich, menschlich. Deutsch zu lernen war für mich nicht einfach nur ein Kurs. Es war der erste Schritt in ein neues Leben. Heute, viele Jahre später, arbeite ich beim *Bayerischen Flüchtlingsrat*, bin stellvertretender Vorsitzender im *Münchner Migrationsbeirat* und am 8. März 2026 wurde ich in den Stadtrat für die Partei *Die Linke* gewählt. Ich begleite Menschen, die genau dort stehen, wo ich einmal stand und ich sehe mit großer Sorge, wie ihnen gerade genau das genommen wird, was mir damals geholfen hat: der Zugang zu Sprache. Die Kürzungen bei den Deutsch- und Integrationskursen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – politisch verantwortet unter anderem von Alexander Dobrindt und getragen von der aktuellen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD – sind nicht einfach eine Verwaltungsentscheidung. Sie sind ein Einschnitt, ein Bruch und für viele Menschen ein Rückschritt in die Unsichtbarkeit. Sie sind Ausdruck einer Politik, die sehenden Auges Integration erschwert und soziale Spaltung in Kauf nimmt.

Sprache ist Zugang

Wer nie fliehen musste, unterschätzt oft, was Sprache bedeutet. Sprache ist nicht nur ein Werkzeug, um im Supermarkt einzukaufen oder Formulare auszufüllen. Sprache ist Zugang. Zugang zu Arbeit, zu Bildung, zu sozialen Kontakten. Sprache bedeutet, verstanden zu werden und sich selbst ausdrücken zu können. Ohne Sprache bleibst du außen vor.

Ich habe es selbst erlebt: Als ich 2015 nach Deutschland kam, galt mein Herkunftsland als ein Herkunftsland mit geringer Bleibeperspektive. Das bedeutete konkret, dass Menschen aus solchen Ländern keinen Zugang zu Integrations- und Deutschkursen hatten. Ich musste über eineinhalb Jahre warten, bis ich überhaupt einen Berechtigungsschein für einen Deutschkurs bekommen habe. Diese Zeit war geprägt von Stillstand, von Unsicherheit und dem Gefühl, nicht voranzukommen. Erst als ich endlich einen Kurs besuchen durfte, änderte sich meine Situation Schritt für Schritt ins Positive. Deshalb ist es so schwer zu akzeptieren, dass genau diese Möglichkeit nun wieder eingeschränkt wird – obwohl man aus diesen Fehlern längst hätte lernen können.

Die Auswirkungen der Kürzungen der Kurse sind nicht abstrakt, sie sind konkret und messbar. Allein in München verlieren rund 1.200 Menschen ihren Zugang zu Integrationskursen. Etwa 45 Prozent der bisherigen Teilnehmenden sind betroffen, dabei stehen bis zu 250 Kurse vor dem Aus. Die *Münchner Volkshochschule*, einer der wichtigsten Träger solcher Kurse, muss ihr Angebot massiv reduzieren. Das bedeutet weniger Plätze, längere Wartelisten und mehr Unsicherheit. Vor allem bedeutet es aber mehr Menschen, die keinen Zugang mehr haben. Besonders problematisch ist, wen diese Kürzungen tatsächlich treffen. Es sind nicht diejenigen, die die sogenannte Integration „verweigern“. Es sind nicht diejenigen, die kein Interesse haben. Es sind genau die Menschen, die motiviert sind, die arbeiten wollen, die eine Ausbildung beginnen möchten, die ihren Kindern eine Zukunft aufbauen wollen. Viele von ihnen haben keinen festen Rechtsanspruch auf einen Kurs. Das klingt nach einer bürokratischen Kleinigkeit, ist aber in Wahrheit eine massive soziale Trennlinie. Denn genau diese Menschen fallen jetzt heraus – bewusst und politisch gewollt.

Integration wird zur Geldfrage

Ein Integrationskurs kostet bis zu 2.800 Euro. Für viele Geflüchtete ist das eine unvorstellbare Summe. Damit wird Integration faktisch zur Geldfrage. Wer es sich leisten kann, hat eine Chance. Integration wird damit privatisiert. Das widerspricht allem, was Integration eigentlich sein sollte. Integration ist keine individuelle Leistung, die man sich erkaufen kann. Sie ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die unter dem Prinzip der Chancengleichheit steht – und genau dieser Verantwortung entzieht sich die Politik gerade. Ich spreche täglich mit Menschen, die betroffen sind. Menschen mit Fluchthintergrund, die aus Krieg, Gewalt und Folter geflohen sind, erzählen mir von ihrem Wunsch, hier anzukommen, zu arbeiten und unabhängig zu sein. Die gleichen Menschen erzählen mir jetzt, dass ihnen genau dieser Weg genommen wird. Diese Geschichten wiederholen sich. Sie sind keine Ausnahmen, sie sind die neue Realität. Als *Bayerischer Flüchtlingsrat* haben wir gemeinsam mit über 80 Organisationen einen offenen Brief verfasst. Unsere Botschaft ist klar: Diese Kürzungen sind ein schwerer Fehler. Sie bedeuten einen integrationspolitischen Rückschritt, sie verstärken soziale Ungleichheit und sie werden langfristig höhere Kosten verursachen. Die Auswirkungen auf Bildungsträger sind ebenfalls gravierend. Die *Münchener Volkshochschule* steht exemplarisch für viele Einrichtungen in Deutschland. Kurse werden gestrichen, Lehrkräfte verlieren ihre Perspektive, langfristige Strukturen werden zerstört. Besonders problematisch ist die kurzfristige und teilweise rückwirkende Umsetzung der Kürzungen. Kurse, die geplant waren, können plötzlich nicht mehr stattfinden. Lehrkräfte wissen nicht, ob sie weiter beschäftigt werden können. Teilnehmende stehen vor verschlossenen Türen. Das zerstört Vertrauen in staatliche Verlässlichkeit und zeigt, wie wenig diese

Arif Haidary
sitzt im Münchner
Migrationsbeirat
und arbeitet beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat und
sitzt seit Mai 2026
im Münchner Stadt-
rat für Die Linke.



Entscheidung die Realität vor Ort berücksichtigt. Was mich besonders irritiert, ist der politische Widerspruch. Auf der einen Seite wird Integration eingefordert, auf der anderen Seite werden zentrale Instrumente der Integration gestrichen. Das passt nicht zusammen. Wenn wir wollen, dass Menschen arbeiten, sich einbringen und Teil der Gesellschaft werden, müssen wir ihnen die Möglichkeit geben, die Sprache zu lernen. Alles andere ist nicht realistisch. Die Debatte wird oft auf Kosten reduziert, doch das greift zu kurz. Fehlende Sprachkenntnisse haben direkte wirtschaftliche Konsequenzen. Menschen finden keine Arbeit, obwohl sie arbeiten wollen. Qualifikationen können nicht genutzt werden. Gleichzeitig steigt die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung. Gerade in einer Stadt wie München, die dringend Arbeitskräfte braucht, ist das widersinnig und politisch fahrlässig.

Welche Gesellschaft wollen wir sein?

Integration braucht Zeit, Ressourcen und Geduld. Die Kürzungen setzen genau hier an und sparen an der falschen Stelle. Die Folgen zeigen sich nicht sofort, aber sie werden kommen. Mehr Menschen ohne Sprachkenntnisse, weniger Teilhabe, mehr soziale Spannungen. Das ist keine abstrakte Gefahr, sondern eine absehbare Entwicklung – und sie wird politisch billigend in Kauf genommen.

Wenn diese Politik fortgesetzt wird, riskieren wir langfristig nicht nur individuelle Schicksale, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration gelingt nicht allein durch Forderungen. Sie braucht konkrete Angebote und funktionierende Strukturen. Die aktuellen Kürzungen schwächen genau diese Strukturen. Aus meiner Sicht braucht es jetzt eine klare Korrektur. Die Kürzungen müssen zurückgenommen werden, Bildungsträger brauchen Planungssicherheit und der Zugang zu Sprachkursen muss für alle Geflüchtete gewährleistet werden – unabhängig von ihrem Status. Alles andere wird nicht ausreichen.

Am Ende geht es um eine grundlegende Frage: Welche Gesellschaft wollen wir sein? Eine Gesellschaft, die Integration ermöglicht, oder eine, die sie erschwert? Wer Integration ernst meint, darf bei der Sprache nicht sparen. Denn, wenn wir Menschen die Sprache nehmen, nehmen wir ihnen die Chance auf Teilhabe, auf Selbstständigkeit, auf Zukunft. Am Ende verlieren wir damit nicht nur diese Menschen, sondern ein Stück von uns selbst als Gesellschaft.<



Produktion und Panik

Liebe *Hinterland*-Redaktion,

eigentlich wollte ich euch ja einen Artikel zum Thema „Arbeit“ schreiben. Aber ich hatte ganz vergessen, wie viel Arbeit dieses Schreiben doch ist.

Da habe ich tagelang recherchiert, habe Artikel und Studien gelesen, habe theoretische Grundlagen verschlungen, habe die neuesten sozialdarwinistischen Ergüsse der Unionsparteien und ihrer kapitaltreuen Lobbygruppen ertragen müssen. Und jetzt, wo ich vor dem Computer sitze und schreiben möchte: Da schreibt sich nichts. Alles, was ich in Textform bringe, ist schlecht, banal oder schon zimal erzählt. Komplette Schreibblockade.

Gestern wollte ich auf ein Konzert einer der besten Bands der Welt gehen. Stattdessen saß ich vor dem Computer und habe nichts geschrieben. Heute hätte ich vor dem Computer sitzen sollen, bin aber lieber mit dem Hund im Park spazieren gegangen, sitze am Wasser und schaue den Enten zu. Bestes Leben.

Der Kanzler sagt, dass wir mehr arbeiten sollen, weil es der Wirtschaft so schlecht geht. „Wer ist eigentlich dieses ‚wir‘? Ich ganz sicher nicht!“ (Gerhard Polt). Dass die schlechte wirtschaftliche Situation am deutschen Verbrenner-, Öl- und Gas-Fetisch, an verschlafenen technischen Innovationen oder an einer inkompetenten Wirtschaftsministerin liegen könnte, sei einmal dahingestellt. Ich werde mir hier aber nicht den Kopf über Kapitalist*innen, den Staat oder über den ideellen Gesamtkapitalisten, zerbrechen. Nicht hier vor den Enten!

Nein, den Kopf möchte ich mir wirklich nicht zerbrechen. Das wäre dann ein Arbeitsunfall. Im Jahr 2022 gab es weltweit fast drei Millionen Todesfälle durch arbeitsbezogene Krankheiten und direkte Arbeitsunfälle. Allein für Deutschland meldete die *Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung* 423 Arbeitsunfälle mit Todesfolge. Da bleibe ich lieber im Park am See sitzen und schaue den Enten weiter zu. Das ist sicherer. Und besser als Arbeit.

Für diejenigen aber, die nicht arbeiten können oder keine Arbeit finden, wird es mit der neuen Grundsicherung noch schlimmer. Der großartige Joachim Bruhn hat schon zu 2004 über Hartz IV geschrieben, was zur Arbeit genauso richtig ist. Joachim Bruhn sollte ohnehin viel öfter gelesen werden. Auf jeden Fall schreibt er, dass es bei Hartz VI nur vordergründig um Ökonomie geht, sondern um „die Produktion von Panik im Subjekt“. Die Menschen sollen sich ihrer Überflüssigkeit und ständigen Austauschbarkeit bewusst werden. Ohne Arbeitskraft, die er zu Markte tragen kann, ist der Mensch kein Subjekt – so entsteht „eine vom Staat abhängige Menschenschicht“. Und diese Panik erzeugt „die Nazifizierung der Subjekte, die sich in Aggression nach innen und außen äußert“. Je härter die Sanktionen von Hartz IV oder jetzt Grundsicherung, desto stärker der Zulauf zu faschistischer Ideologie. Tolle Aussichten.

Auch wenn Bruhn natürlich recht hat: In mir allerdings löst der Gedanke an Arbeit und Produktion selbst viel mehr Panik aus, als die Drohkulisse der Grundsicherung. Antifaschistische Lifestyle-Teilzeit.

Es tut mir leid, liebe *Hinterland*-Redaktion, ich hätte euch so gerne einen Text zum Thema Arbeit geschrieben – aber ich bleibe lieber hier am See sitzen, habe den Kopf meines Hundes auf dem Schoß und schaue den Enten zu.

Liebe Grüße
Euer Jan Kavka

Jan Kavka
*ist prekär lebender
Schriftsteller mit
Schreibblockade und
sitzt lieber am See
als zu arbeiten.*





Brennnglas Palantir

Was wir von Palantir über die autoritäre Formierung von Staat und Gesellschaft lernen

Die Software-Firma *Palantir* war lange eher ein Thema für Eingeweihte. Vor allem Datenschützer*innen und ihre Gegenspieler*innen aus Sicherheitsbehörden und Überwachungsindustrie beschäftigten sich damit. 2025 hat sich das geändert. Im Fahrwasser von Trumps zweiter Amtszeit wurde *Palantir* einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Insbesondere der Firmengründer Peter Thiel hat es zu erheblicher Prominenz gebracht und gilt als einflussreicher Stratege der globalen Rechten. Doch was tut *Palantir* genau, warum steht es so stark in der Kritik und was bedeutet das für den Kampf gegen die autoritäre Formierung von Staat und Gesellschaft? Von Fred Heussner

Gotham und die Aufrüstung der Polizei

Zunächst ist *Palantir* ein Unternehmen, welches Software herstellt. Die Kund*innen sind staatliche Einrichtungen und große Unternehmen. Der Markenkern des Unternehmens besteht darin, Datenbestände aus verschiedenen Quellen zusammenzuführen und für die Kund*innen analysierbar zu machen. Das ist auch die zentrale Funktion der Software *Gotham*. *Gotham* wird an staatliche Kunden, insbesondere Polizei und Geheimdienste verkauft und soll diesen die Aufklärung erleichtern. Ziel der Anwendung ist es, auf der Basis der vorliegenden Daten strukturelle Muster sichtbar zu machen. Dies geschieht zum Beispiel, indem mit wenigen Klicks Visualisierungen erzeugt werden, die zeitliche Abläufe, räumliche Verteilungen oder Netzwerk-Strukturen abbilden. Auch Personenprofile können in Sekundenschnelle erstellt werden.

In Deutschland wird *Palantir* vor allem im Zusammenhang mit dem Einsatz bei Polizeibehörden diskutiert. Das liegt daran, dass Software von *Palantir* bereits in den Polizeibehörden von Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern eingesetzt wird. Zudem gibt es Bestrebungen, auch weitere Behörden mit der Software auszustatten, etwa in Baden-Württemberg.

Akteur*innen, die den Einsatz unterstützen - etwa die Unionsparteien oder Polizeibehörden - beziehen dabei den Standpunkt, dass die Software die Polizeiarbeit erheblich erleichtert. Dabei wird zum Beispiel auf die Potentiale in der Terrorismusbekämpfung verwiesen. Da *Gotham* stark visuell funktioniert, lohnt es, sich einen visuellen Eindruck zu verschaffen, zum Beispiel in TV-Dokus, wie „Polizei-Software: Können wir *Palantir* ersetzen?“ von Strg+F. Dort führen Polizist*innen vor, wie die in Hessen eingesetzte *Gotham*-Version *HessenData* genutzt wird.

Datenschützer*innen wie die *Gesellschaft für Freiheitsrechte* und der *Chaos Computer Club* sehen die Nutzung sehr kritisch. Auch das Bundesverfassungsgericht hat dem Einsatz in einer Entscheidung aus dem Jahr 2023 enge Grenzen gesetzt. Dabei ist ein zentraler Punkt, dass die Polizei automatisiert auf verschiedene verfügbare Datenbestände zurückgreift. Dadurch werden auch Daten von Opfern oder Zeug*innen eines Verbrechens oder Daten aus dem Zusammenhang von Verkehrsunfällen verarbeitet. Durch die breite Einbeziehung von Daten steigt das Risiko, dass Menschen unschuldig ins Visier von Ermittlungen geraten. Dies gilt insbesondere für marginalisierte Gruppen, die überproportional in den Polizei-Datenbanken vorkommen. Zudem ist der Algorithmus der Software nicht offen einsehbar, es ist also nicht klar, nach welchen Regeln die Daten analysiert und aufbereitet werden.

Neben Fehleranfälligkeit und der Intransparenz, ist die Missbrauchsgefahr ein zentrales Thema, also die Möglichkeit, dass die Software bewusst gegen politische Gegner oder missliebige Bevölkerungsteile eingesetzt wird. Leider sind solche Szenarien keinesfalls unrealistisch. Das arbeitet der Journalist und Aktivist Matthias Monroy im Kontext der brutalen Operationen heraus, die die US-Einwanderungsbehörde ICE gegen Migrant*innen durchführt. Dabei kommen verschiedene Palantir-Produkte zum Einsatz, etwa die Software *ImmigrationOS*. Deren Einsatz beschreibt Monroy so: „Mithilfe der Software können ICE-Beamt*innen ihre Operationen automatisieren – zu den Features gehören die KI-gestützte Zielpersonenpriorisierung, die Echtzeitüberwachung der Person sowie die Koordination von Festnahmen und Abschiebungen. *ImmigrationOS* greift dazu auf Daten der Sozialversicherungs-, der Steuer- und der Migrationsbehörden sowie staatlicher Wählerverzeichnisse zu.“

Die Tech-Milliardäre und ihr autoritäres Projekt

Die Hinweise auf ICE und die Verhältnisse in den USA führen zu einem weiteren zentralen Thema der Kritik, nämlich der strukturellen Verbundenheit zwischen *Palantir* und der US-amerikanischen Rechten. Diese löst Befürchtungen darüber aus, dass sensible Daten in die USA abfließen oder die Abhängigkeit von den USA vertieft wird.

Bejahung von staatlicher Gewalt

Dabei steht in der öffentlichen Debatte vor allem eine Personalie im Fokus: Tech-Milliardär Peter Thiel, der das Unternehmen *Palantir* mitgegründet hat, bis heute ein großer Anteilseigner ist und dem Verwaltungsrat des Unternehmens vorsteht.

Thiel ist klar im rechten Lager verortet. Er hat bereits im Wahlkampf 2016 Trump unterstützt und in den letzten Jahren als zentraler Geldgeber von Vizepräsident JD Vance fungiert. Zudem hat er immer wieder mit hart rechten Positionen Aufsehen erregt. Gerade macht er mit einer Vortragstour von sich Reden, in welcher er über die Abwehr des Anti-Christis fabuliert.

Thiel wird oft einer libertären Strömung zugerechnet und mit politischen Visionen wie Privatstädten in Verbindung gebracht, die auf einen „Exit“ aus bestehenden staatlichen Strukturen hinauslaufen. Wie der kanadische Historiker Quinn Slobodian aufzeigt, haben Thiel und andere Tech-Milliardäre ihr Verhältnis zum Staat in den letzten Jahren aber neu ausgerichtet. Sie haben die staatlichen Behörden - insbesondere die Sicherheitsbehörden - als Konsumenten ihrer Produkte und Förderer technologischer Entwicklung (zum Beispiel Künstliche Intelligenz und Drohnentechnik) entdeckt. Zudem sorgen sie sich um die zunehmende Konkurrenz aus China. Statt den Staat zu verlassen, haben sie angefangen, diesen zu übernehmen. Jetzt bauen sie ihn im Sinne ihrer Interessen um.

Palantir als Schlüssel des Bündnisses von Tech-Konzernen und Trumpismus

Palantir kommt dabei eine Schlüssel-Rolle zu. Das liegt nicht nur daran, dass *Palantir* in dieser Beziehung ein echter Vorreiter ist. *Palantir* wurde früh von dem CIA-Investment-Arm In-Q-Tel finanziert und setzt seit der Gründung stark auf das Geschäft mit Sicherheitsbehörden. Das *Palantir*-Ökosystem ist zudem aktiv am autoritären Umbau des amerikanischen Staats beteiligt. Das zeigt sich etwa an einer Vielzahl von Posten, die *Palantir* mit der Trump-Administration verbindet.

Außerdem ist der *Palantir*-Kosmos ein wesentlicher ideologischer Faktor in der Annäherung von Tech-Industrie und Staat. Tech-Kritiker Jacob Silverman arbeitet anhand der Schriften zentraler Personen wie *Palantir*-CEO Alex Karp oder *Palantir*-CTO Shyam Sankar ein Weltbild heraus, welches er „Palantirismus“ nennt. Dieses findet seinen Fluchtpunkt in einer offenen und unverfrorenen Bejahung des Einsatzes staatlicher Gewalt, welche als zentraler Aspekt der Bewahrung von Sicherheit in einer feindlichen Welt verstanden wird. In dieser Perspektive wird die Aufrechterhaltung der militärischen Vorherrschaft der USA zu einem zentralen Ziel. Dieses Ziel setzt eine massive technologische Aufrüstung und damit ein Bündnis von Tech-Industrie und nationalem Sicherheitsstaat voraus. Insbesondere der so genannten Künstlichen Intelligenz wird dabei zentrale Bedeutung zugeschrieben. Dabei nimmt gerade Alex Karp kein Blatt vor den Mund, spricht schamlos von Tödlichkeit und Tötungen.

Das sind natürlich kalkulierte Tabubrüche, und dabei kein reiner Verbalradikalismus. *Palantir*-Software spielt eine zentrale Rolle für die zunehmend enthemmte US-Außenpolitik. Das wird an einer weiteren Anwendung von *Palantir* offenbar, dem *Maven Smart System*. Dieses wird von den US-Streitkräften zur KI-gestützten Zielauswahl benutzt. Analog zu *Gotham* ermöglicht das System die automatisierte Verarbeitung von großen Datenmengen aus

multiplen Quellen, etwa von Satellitendaten und Geheimdienstberichten. Auf dieser Basis produziert das System Vorschläge für mögliche Ziele. Wie der US-amerikanische Autor und Journalist Kevin Baker beschreibt, verbindet die Nutzeroberfläche Mapping-Tools mit Features, welche bekannter Projektmanagement-Software wie Kanban-Boards ähneln. Es wird gerade extensiv im Iran-Krieg eingesetzt.

Die Affirmation von Gewalt als Mittel der Politik fügt sich in einen allgemeineren Trend. Wie der Politologe Daniel Keil argumentiert, bildet sich im Kontext der gegenwärtigen Krisenkonstellation und nach dem Scheitern der

grün-kapitalistischen Erneuerung eine radikalisierte Form kapitalistischer Herrschaft heraus. Diese basiert auf der kompromisslosen und unvermittelten Durchsetzung von Interessen und der Absage an positive Zukunftsvisionen. Dabei nehmen Tech-Milliardäre wie Peter Thiel oder Alex Karp die Rolle von Vorreitern ein. Eine Radikalisierung findet jedoch in substanziellen Teilen der globalen Wirtschaftselite statt - auch hierzulande.

Und jetzt?

Was bedeutet das jetzt alles? Es ist gut, dass gegen den Einsatz von *Gotham* in den Polizeibehörden geklagt und mobilisiert wird. Und es ist wichtig, dass immer mehr politische Akteur*innen sich gegen die Nutzung von *Palantir*-Software aussprechen, zum Beispiel Justizministerin Hubig (SPD). Zudem ist ein Fortschritt, dass das Bewusstsein für autoritäre Ideologien im US-Technologie-Sektor im vergangenen Jahr deutlich zugenommen hat und dass das Bündnis von Tech-Kapital und Trumpismus auch in massenmedialen Formaten zum Thema gemacht wird.

Letzteres bringt aber auch Probleme mit sich. In der Auseinandersetzung mit *Palantir* und Peter Thiel gibt es eine problematische Tendenz. Diese stellt den autoritären Entwicklungen in den USA demokratische Verhältnisse in Europa gegenüber. Daraus werden Visionen technologischer Abkopplung und europäischer Souveränität abgeleitet. Das zeigt sich, wenn Politikerin Ricarda Lang eine europäische Software als Ersatz für *Palantir* fordert oder bei der Debatte um die

Thiel und Trump – it's a love affair

Beschaffung von Kampfdrohnen vor allem die Rolle von Peter Thiel Kritik erfährt, nicht die Technologie selbst.

Dies ist problematisch, da es die autoritäre Entwicklung verdeckt, die auch in Europa weit vorangeschritten ist. Wie der Soziologe und Autor Thorsten Mense ausführte: „Das Bild, das derzeit von Europa als Hort der Demokratie und internationalen Kooperation, als liberaler Gegenpart den USA unter Trump entgegengehalten wird, ist aber ein Mythos. Denn jene, die in den USA gerade gejagt und deportiert werden, hätten es erst gar nicht lebend nach Europa geschafft.“ Die autoritäre Formierung Europas ist in der von Mense fokussierten Migrationspolitik besonders offenbar. Sie zeigt sich aber auf verschiedenen Politikfeldern, nicht zuletzt in der voranschreitenden Aufrüstung der Polizei mit *Palantirs Gotham* und anderen Überwachungstechnologien.

Statt auf die technologische Aufrüstung Europas zu setzen, braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit den sich brutalisierenden Verhältnissen und der Rolle, die Kapital und Technologie dabei spielen. In München, das treffend als „heimliche Hauptstadt der europäischen Rüstungstechnologie“ beschrieben wird, muss das auch den Bereich des Militärischen beinhalten. Das bedeutet zum Beispiel, die florierende bayrische Start-Up-Szene um KI- beziehungsweise Drohnen-Unternehmen wie *Helsing* oder *Quantum Systems* kritisch in den Blick zu nehmen, wie das Franz Enders in seiner Studie „Neue Waffen, neues Geld? „Defence-Startups“ in der BRD“ tut. Dabei sind Verbindungen zu Peter Thiel, wie dessen Finanzierung von *Quantum Systems*, natürlich wichtig. Oder dass ehemalige *Palantir*-Mitarbeiter*innen heute zentrale Rollen bei *Helsing* haben, etwa Dr. Robert Fink der bei *Helsing* Chief Technological Officer ist. Dennoch sollte sich unsere Beschäftigung mit der rasanten Entwicklung in diesem Bereich nicht darin erschöpfen. Visionen wie ‚Drohnenwälle‘ an der europäischen Außengrenze im Baltikum sind auch jenseits von Verbindungen in die USA erschreckend. <

Fred Heussner
ist freischaffender
Politikwissenschaft-
ler und Polit-Ökono-
mischer Bildner.
Er analysiert, wie
Wirtschaft und Tech-
nologie mit Faschis-
mus, Krieg und
Überwachung
zusammenhängen.
Ihr findet ihn unter:
fred-heussner.de





james blake
trying times

WIE ES SOWEIT
KOMMEN KONNTE?
WEIL IHR DRECKS
HIPPIES WIE IMMER
DAS MAUL NICHT
AUFMACHT! (A)

das neue album
jetzt überall erhältlich

„Wir können nicht alles leisten, was der Staat täglich versäumt“

Vor 15 Jahren sprach die *Hinterland* erstmals mit dem Geschäftsführer von *Madhouse*, dem Familienberatungs- und Kulturzentrum für Sinti und Roma in München. Dabei ging es um Bereiche, in denen Sinti und Roma in Europa diskriminiert werden, etwa im Bildungsbereich, bei Integrationsprozessen, bei politischer Partizipation und nicht zuletzt bei der Wohnsituation. Was hat sich seither getan?

Ein Interview mit Alexander Diepold

Viele Kinder verlieren außerhalb des Familienverbands ihre Sicherheit, sobald sie in die Schule gehen. Das Ergebnis: Zahlreiche Kinder landen in Förderschulen. Gilt das heute noch?

Ja, das ist wieder so, eine Art Fortsetzung. Zur Erinnerung: 2010 gab es die große Zuwanderung von Sinti und Roma aus Rumänien und Bulgarien. Durch den Krieg in Syrien folgten weitere Zuwanderungen 2016 und jetzt durch den Ukrainekrieg nochmals. In den 16 Unterkünften, in denen wir vertreten sind, haben wir festgestellt, dass es bei vielen dieser Kinder durch die Sprachbarrieren dazu geführt hat, dass sie in den Bereich der Lernbehinderten hineingedeutet worden sind, da sie die Tests, die sie machen sollten, gar nicht verstanden haben. Seit

2011 haben wir Schulmediation in manchen Schulen eingeführt. Dort wo Mediator*innen tätig sind, ist es uns gelungen, viele dieser Kinder wieder aus der Förderschule herauszuholen und sie in der Regelschule unterzubringen. Nochmals zum Verständnis, warum diese Kinder vermehrt die Förderschule besuchen: Da ist etwas, das den Familien Sicherheit gibt. Wenn eine Mutter drei Kinder hat, von denen zwei schon in der Förderschule sind, dann könnte das dritte Abiturreife haben, und doch wird sie dieses Kind eher in die Förderschule bringen, weil es da sicher ist. Im Sinne: Da ist schon jemand von uns, die passen auf, dass da nichts passiert.

Alexander Diepold, seit 1987 Geschäftsführer der Madhouse gGmbH, arbeitet im Schwerpunkt mit Sinti und Roma und ist selbst Angehöriger der deutschen Sinti. Er ist zudem Geschäftsführer der Hildegard Lagrenne Stiftung in Mannheim sowie erster Vorsitzender der Bundesvereinigung von Sinti und Roma in Deutschland.



Durch Mediator*innen an den Förderschulen erhalten diese Kinder die passende Bildung?

Ja. Dort, wo Mediator*innen tätig sind, funktioniert es. In diesem Zusammenhang haben wir uns über eine Stiftung an einer Bildungsstudie der Universität Mannheim – Antiziganismus im Bildungsbereich – und an einer Querschnittsstudie 2011 und 2021 beteiligt. Die Studie von 2021 ist jetzt auf alle Bundesländer ausgeweitet worden. Durch Befragungen stellten die Wissenschaftler fest, sobald Eltern und Kinder etwas von der Schule wollen, besteht bereits eine 50-prozentige Erfolgchance für die Kinder zu einem Bildungsabschluss zu kommen. Ist dann noch eine Organisation eingebunden, steigt die Chance auf 80 Prozent. Man hat zudem untersucht, wie es mit der beruflichen Bildung aussieht und stellte fest, dass die Situation seit 50 Jahren gleich ist. Das bedeutet, wir müssen sehr genau hinschauen, warum es nicht funktioniert, von der schulischen Bildung in die berufliche Bildung überzugehen. An der Berufsschule knickt das Scharnier. Bei jungen Frauen mit 18 oder 19 Jahren. Dann spielt beispielsweise die Familienplanung eine große Rolle und ein Bildungsbruch folgt. Bei jungen Männern sieht es etwas anders aus. Viele sind in der Selbstständigkeit.

Was bedeutet das?

Viele von ihnen haben schon mit 18 Jahren einen Gewerbeschein, etwa im Gartenbau oder im Hausmeisterservice. Viele haben noch nicht mal die Schule fertig gemacht, aber einen Gewerbeschein. Da den jungen Männern jedoch die Qualifikationen fehlen, einen Betrieb zu führen, scheitern sie oft. Das heißt, sie sind in Nischenberufen tätig, aber ohne

qualifizierten beruflichen Bildungsabschluss, häufig Schrott- oder auch Teppichhändler. Ein paar hervorragende Geigen- und Gitarrenbauer gibt es auch unter ihnen, nicht aus einem Ausbildungsberuf heraus, sondern die jungen Männer haben das praktisch von der Pike auf gelernt, als Kinder schon mitgemacht. Gleiches gilt für Zirkusartisten und Schausteller, gleich, ob es sich um eine kleine Bude oder ein großes Karussell handelt, als Erbe gehen sie auf die nächste Generation über. Bei den Zirkusleuten ist es ähnlich. Aber das alles wird aus dem Berufsrahmen herausgenommen. Wir müssen die Eltern stärker einbinden, damit sie verstehen, dass es bei uns ein Recht auf Bildung gibt und unterschiedliche Bildungssysteme. Und bei all diesen Bedingungen dürfen wir nicht vergessen, dass es große geologische Unterschiede bei der Herkunft von Sinti und Roma gibt.

Damals hast du gesagt, dass es bei den Eltern, den 28- bis 50-Jährigen, viele Analphabet*innen gäbe und die Ursachen im Bildungsknick während des Nationalsozialismus lägen. Kannst du das erklären?

Ein kurzer Rückblick: Damals in der NS-Zeit sind fast alle Sinti- und Roma-Kinder direkt von den Schulen weggeholt worden, ohne, dass die Eltern das wussten. Aus den Schulen heraus und in die Vernichtungslager. Das bedeutet, diejenigen, die die KZs überlebten, so wie der Münchner Hugo Hölleneiner, der später sogar wieder in die Schule gehen wollte, waren diese Kinder nach dem Krieg denjenigen Lehrern ausgesetzt, die sie vorher weggegeben hatten. Aus dieser Erfahrung heraus hatten die Eltern eine unglaubliche Angst ihre Kinder allein in der Schule zu lassen. Die Folge dieser

Traumatisierung: zahlreiche Analphabeten. Das erkannte man allerdings erst später. Die Eltern der 2. Generation saßen oft vor dem Klassenzimmer ihrer Kinder aus Angst, dass ihr Kind wegkommt.

Haben Eltern jetzt keine Angst mehr?

Nein, so schlimm ist es nicht mehr. Diejenigen, die jetzt noch aus der Kriegs- und Nachkriegszeit hier leben, haben andere Strategien entwickelt, um zu überleben. Entweder füllen ihre Kinder notwendige Formulare aus oder sie kommen in die Beratungsstellen. Im letzten Jahr betreuten wir 413 Familien mit dreieinhalb Stellen. Mit den geflüchteten Ukrainer*innen kamen auch ukrainische Sinti und Roma nach Deutschland. In dieser Zeit durften wir die gesamte Dimension von Antiziganismus wieder neu erleben.

Wie hat sich das bemerkbar gemacht?

Wir haben zwar seit 2023 die Melde- und Informationsstelle für Antiziganismus (MIA) in München für Bayern und wir sind hier Kooperationspartner sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene. Wir tragen nicht unerheblich dazu bei aufzuklären, wie viel Diskriminierung stattfindet. Auch auf Bundesebene hat man festgestellt, dass es eine hohe Anzahl an Diskriminierungen allein im schulischen Bereich gibt. Da werden Sinti und Roma wieder als „Zigeuner“ beschimpft und wieder abgewertet – und man bringt ihre Kinder wieder in Schulen für Lernbehinderte unter. Obendrein nahm die Stadt München Einsparungsmaßnahmen vor. Das Ukraineprojekt fiel nun unter freiwillige Leistungen.

Was bedeutet das genau?

Die Stadt München beschloss, alle freiwilligen Leistungen zum 31.12.2025 zu kappen, um die Standard-Pflichtleistungen aufrecht erhalten zu können. Die Alternative war, nach dem Rasenmäherprinzip allen Organisationen die Geldmittel um zehn Prozent zu kürzen. Das habe ich am 31.7. letzten Jahres erfahren und versucht, eine unabhängige Finanzierung aufzubauen. Schon im Jahr davor war es klar, dieser Ukrainekrieg ist nicht so schnell beendet. Deshalb brauchen wir auch die Hilfe für vulnerable Gruppen länger.

Die Stadt München gab damals den Auftrag für eine Studie zu Antiziganismus unter ukrainischen Geflüchteten. Was macht sie jetzt mit den Ergebnissen?

Das war ebenso meine Frage. Unter anderem stellte ich die Forderung, dass die Stadt München Organisationen dringend einzubinden hat, wenn es um vulnerable Gruppen geht und nicht wieder und wieder darüber selbst zu bestimmen. Ein anderer Aspekt ist: Wie geht man mit Testergebnissen um, die aufgrund von Sprachbarrieren falsche Bilder liefern? Eigentlich müsste man die Tests umstellen. Ein Beispiel: Im Hasenberg, einem Stadtteil von München, sind viele dieser Kinder in der Fördergrundschule. Wir haben gesagt, setzt dort bitte die Mediatoren mit ein. Das Ergebnis: Wenn die Kinder ein Jahr durchgehend in dieser Förderschule sind, können sie in die Regelschule wechseln – zu 100 Prozent. In einem Jahr traten so sieben Kinder in eine Grundschule über. Es lag nur am Sicherheitsbedürfnis der Eltern, dass die Kinder die Förderschule besuchten. Wir brauchen unbedingt andere Ansätze, um mit den Eltern zu sprechen, damit ihre Kinder die Schule erfolgreich abschließen. Die Stadt München

macht Versprechungen, dass sie es ernst nehmen würden, und auch mit uns in Kontakt treten und schauen, was sie daran ändern können. Bisher kam nix.

Laut dieser Studie, ist ein großer Anteil der Geflüchteten Roma. Wie sieht die Situation jetzt aus für Geflüchtete aus der Ukraine?

Eine Position habe ich ja schon deutlich gemacht, nämlich, dass die schulische Unterbringung von diesen Kindern oft falsch ist. Wir sind jetzt finanziell unabhängiger von München, weil ich selbst unsere Finanzierung mit Unterstützung anderer aufgebaut habe. So bin ich an Stiftungen herangetreten, sitze auch im Kuratorium der Stadtwerke Stiftung München, das ist jetzt die einzige Bindung an München. Die aus der Ukraine geflüchteten Roma erhalten in Bayern keine Unterstützung mehr. Dann sind wir als Sinti- und Roma-Träger für alle auftretenden Probleme der hier lebenden Menschen dieser Minderheit verantwortlich. Das ist aber nicht unsere Aufgabe: Wir können nicht alles leisten, was der Staat täglich versäumt. Ich habe das Bildungsministerium, Innen- und Sozialministerium angeschrieben: Es gibt hier einen Bereich, der in eure Verantwortung fällt: Es ist überhaupt keine Antwort gekommen. Inzwischen haben wir für unsere Arbeit für die nächsten zwei Jahre etwa 140.000 Euro finanziert.

In der aktuellen Studie sagen die Ukrainer*innen, wir sind die richtigen Flüchtlinge, die Roma sind es nicht. Das führte zu heftigen Auseinandersetzungen und Hass untereinander.

Das ging am Münchner Hauptbahnhof los. Sofort sind wir hinzugezogen worden, und haben

festgestellt, dass die Ukrainer selbst separieren und dass die ehrenamtlichen Helfer davon überhaupt keine Ahnung gehabt haben. Damit machten sie bei der Separierung mit. Wir sind intensiv eingestiegen damals am Messegelände Riem. Am Schluss waren da fast 2000 Roma und dann sind plötzlich über Nacht mehr als 1000 weg gewesen. Die sind dann in Thüringen aufgeschlagen. Thüringen ist kein Ort für Sinti und Roma – mit der AfD als stärkster Partei in der Landesregierung. Furchtbar, was da abläuft. Der Antiziganismus-Beauftragte wurde dort abgeschafft.

Die Menschen sind von sich aus dorthin gegangen?

Ja, die Behörden hier stellten ihnen in Aussicht, dass sie wieder in Turnhallen untergebracht würden. Klar, war auch, dass man die Unterkünfte auf dem Messegelände auflöst. Und dann hat man hier in München die verschiedenen Auffanglager – das sag ich mal so – aufgebaut und verkleinert, um weniger Menschen betreuen zu müssen. Aber bei 250 Personen sind vielleicht 100 Kinder dabei. Da wäre die Sprengelschule zuständig. Wie soll das funktionieren? Das gilt auch für Kindergartenplätze. In einer Bundsratsaussprache habe ich diese unmögliche Situation angesprochen. Wie kann man eine vulnerable Gruppe wie die Roma, deren Sprache nicht einmal den Behörden zur Verfügung steht, mit den anderen Migranten gleichstellen? Ihre besondere Vulnerabilität einfach aufheben? Und obendrein das Personal in den Unterkünften verringern und denken, die Bewohner kommen schon irgendwie klar. Klar ist allerdings, dass dadurch Probleme entstehen können, soziale Probleme. Und dann kann die Mehrheitsgesellschaft wieder mit dem Finger auf diese Menschen-



Die gemeinnützige Madhouse GmbH entstand im September 1987 als stationäre heilpädagogisch-therapeutische und familienanalog geführte Kleinsteinrichtung. Der Name wurde damals von Jugendlichen gewählt, die es als verrückt ansahen, dass sie trotz unterschiedlicher Charaktere, Erwartungen und Zielsetzungen als Gruppe harmonieren konnten.

Schwerpunkte

- Achtung des kulturellen Hintergrundes und der Lebensrealität von Roma und Sinti
- Ganzheitlicher Arbeitsansatz durch enge interne Vernetzung
- Das Team arbeitet kulturstärkend und kulturfördernd
- Das Team sieht sich als Vermittler zwischen Roma, Sinti und der Mehrheitsgesellschaft
- Initiieren von Kultur- und Fortbildungsveranstaltungen in und außerhalb von München mit dem Ziel der Aufklärung
- Länderübergreifende Vernetzung, etwa bei der Jugendarbeit

Weitere Leistungen:

- Fachberatung im regionalen Fachteam zur Unterstützung bei der Hilferschließung für Sinti und Roma
- Fachberatungen unter anderem für Schulen, Bezirkssozialarbeit, regionale ambulante Erziehungshilfeträger, ARGE, Jugendamt, Jugendgerichtshilfe
- Erstberatung für Sinti und Roma, die Rat und Hilfe in unterschiedlichen Lebenslagen suchen
- Fachveranstaltungen zum Thema Sinti und Roma
- Zusammenarbeit mit den regionalen Anbietern der Jugendhilfe
- Kollegiale Beratung im Einzelfall

gruppe zeigen, sie bloßstellen. Das ist absoluter Antiziganismus.

Der Antiziganismus ist so verbreitet, dass ich mich frage, hat sich überhaupt irgendetwas geändert, etwas verbessert?

Antiziganismus ist jetzt offener, er wird sichtbarer. Ein Beispiel: Als ukrainische Flüchtlinge angekommen sind, bekam keine einzige Roma-Familie eine Wohnung oder ist in unserem

System untergekommen, sondern nur Ukrainer. Das zeigt schon diese Ungerechtigkeit, diese Diskriminierung. Mit dem Beginn der Umsetzung der Forderungen aus dem Antiziganismus-Bericht (2021) von der unabhängigen Kommission zu Antiziganismus ist die MIA eingerichtet und der Antiziganismus-Beauftragte eingestellt worden. Damals hat man die Bund-Länderkommission mit eingerichtet. Gibt es Bereiche, die sowohl den Bund als auch das

einzelne Bundesland betreffen, trägt man das auch in die Länderkommission hinein. Einfach ist das nicht. Bayern hat einen Staatsvertrag und verkennt vollkommen, dass wir die gesamte soziale und politische Arbeit machen in diesem Bereich. Und trotzdem lädt man uns nicht ein, wenn es beispielsweise um Antiziganismus geht, obwohl wir die Stelle sind, die hauptsächlich die Fälle an die Öffentlichkeit bringt. Da gibt es noch viele Herausforderungen, um es positiv zu sagen. Ich befürchte sogar, dass es jetzt durch die Handlungen der AfD noch rassistischer in Deutschland zugeht. Ginge es nach ihnen, sollten nur noch Deutsche als Opfer der NS-Zeit genannt werden. Das ist nicht nur die Verleugnung des Holocaust, sondern es ist sein Wegradieren!

Gibt es noch einen Bereich, der dieser vulnerablen Menschengruppe besonders große Probleme macht?

Der Zugang zu Wohnraum ist nach wie vor ein großes Problem, nicht nur für Sinti und Roma. Wir haben eine angespannte Wohnungsmarktlage insbesondere in München. Unser Oberbürgermeister Dominik Krause will sich ja dafür einsetzen, dass 50.000 Wohnungen neu gebaut werden. Das ist auf jeden Fall sein erklärtes Ziel und das soll dann allen 19.800 Familien im Obdachlosensystem auch zugutekommen. Es war früher nicht denkbar, dass die Stadt München Kinder in Pensionen unterbringt. Inzwischen ist es vollkommen normal, dass Kinder in Pensionen aufwachsen. Und wir bemerken schon, dass Sinti und Roma, ich spreche jetzt mal mehr für Sinti, extrem lange Wartezeiten haben, bis sie an Wohnraum kommen. Es ist schon ein paarmal passiert, dass die Wartezeit 14 Jahre betrug.

Immer die Opferrolle?

Ja, da wollen wir alle raus. Unter uns gibt es beispielsweise hervorragende Musiker. Aber wir sind immer wieder aufs Kulturreferat angewiesen, das die freie Kulturszene und damit uns unterstützt. Es gibt seit zehn Jahren hier diese Gypsy-Jazz-Tage München, das zentrale, internationale und lokale Sinti Festival. Ich war im Silbersaal im Deutschen Theater eingeladen. Weder Musiker noch sonst irgendjemand von uns waren eingeladen worden. Ich war der einzige Sinto aus München.

Seit 1980, also seit 46 Jahren arbeitest du hier im Madhouse beziehungsweise in vorangegangenen Organisationen. Du schaffst es immer noch morgens herzukommen und das ohne Frust?

Schon immer schaue ich zurück: Was ist geschafft, was ist geleistet worden? Das ist nicht allein mein Verdienst. Wenn ich jetzt zurückblicke, was haben wir erreicht? Wir haben jetzt 48 Mitarbeiter*innen – angefangen haben wir mit drei. Wir sind nicht nur im ambulanten Bereich, wir sind überall sehr anerkannt. Wir haben zum Beispiel den Wohnwagenstellplatz, wir arbeiten mit der Initiative München OEZ Erinnern zusammen (Redaktion: Die Initiative erinnert an das Attentat 2016 in und am Olympia-Einkaufszentrum, bei dem ein 18-Jähriger neun Menschen, überwiegend Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus rassistischen und rechtsradikalen Gründen erschoss). Wir haben zwei Familien betreut, die davon betroffen sind. Wir haben politisch vieles geschafft. 2010 haben wir angefangen zu überlegen, auch den kulturellen Bereich stärker werden zu lassen mit einem Sinti- und

Roma-Kulturzentrum. Wir haben diesen kulturellen Reichtum, nicht nur soziale Probleme. Diese kulturelle Fülle sollten wir stärker in den Vordergrund stellen. <

*Das Gespräch führte
Marianne Walther.*

„Ein Wunder!“

In der Serie *The Big Bang Theory* erscheint dem Physikgenie Sheldon in seinem Traum der Geist seines verstorbenen Idols, Professor Proton. Sheldon: „You've come to me because you're my Obi-Wan.“ Professor Proton, ein älterer Mann, der weder von der digitalen Welt noch augenscheinlich von Star Wars eine Ahnung hat, erwidert: „I'm not ... I'm not familiar with that ... is that an ... an internet?“ So oder so ähnlich ratlos sind wahrscheinlich manche, vor allem ältere Menschen, wenn sie sich mit dem Word Wide Web auseinandersetzen. Technische Abhilfe schafft in München das Projekt *Digitale Hilfe* und öffnet gleichzeitig einen Raum für Beratung und Austausch.

Von Aida Bakhtiari

Die Tür geht auf, eine Frau tritt ein. Bei der *Digitalen Hilfe* weiß man nie, wer kommt, welche Hilfe gesucht wird, welcher Wissensstand vorhanden ist oder welche Probleme wir gemeinsam lösen werden. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Menschen zu helfen, ihre Geräte selbst zu bedienen. Digital souverän zu werden. Doch ob sich die Sitzung wirklich um ein digitales Problem dreht oder ganz andere Baustellen bearbeitet werden, können wir nicht wissen. Einsamkeit, Erkrankungen, Wohnungsnot. Klar ist, es gibt ein Gefälle, welches wir zu überwinden versuchen. „Herzlich willkommen! Kommen Sie herein!“ Eine Dame, gestützt auf einem Rollator: „Guten Tag, mein Name ist Papadopoulos“. Ich schiebe einen Stuhl zurecht. Ein alter Laptop wird ausgepackt, ein Thinkpad T60, Baujahr 2006, mit Windows 95. Es scheint eine Ewigkeit her, dass ich diese

Farben und den Look gesehen habe. Die Frau muss gut beraten worden sein – zu seiner Zeit war dieser Laptop ein Vorreiter! Sie zeigt mir ihren Browser. Seitdem sie in Griechenland bei ihrer Familie war, funktioniert ihre Nachrichtenseite nicht mehr. Ich übersetze die Seite mit *Google Lens*. Die Cookie-Zustimmung der Website muss neu eingerichtet werden. Frau Papadopoulos ist begeistert, dass die „magische Kamera“ ihre Sprache für mich übersetzt. „Ein Wunder!“. Die Cookies sind abgelehnt und die Seite funktioniert wieder. Sie erzählt mit Begeisterung von der Technik. Schon immer wollte sie in ihrem Leben auf einen Berg in Griechenland wandern. Ihre Beine haben ihr das nie erlaubt. Aber durch ihr Thinkpad kennt sie jetzt jede Ecke dieses Berges. „Für mich wird jeden Tag ein Traum wahr, ich sitze zu Hause und kann Orte besuchen, von denen ich nur

geträumt habe.“ Die Beratungszeit ist zu Ende. Mit unseren Ressourcen haben wir um die 45 Minuten pro Person. Ein Drittel unserer Klient*innen kommt wieder.

Als nächste holt Frau Kohler ein modernes iPhone aus der Tasche. Sie beginnt ihre Frage, indem sie mir versichert, dass sie keine Ahnung von der Technologie habe. Doch ihre Augen funkeln, während sie – das iPhone schwingend – erzählt, wie sie ihr Leben lang Briefe schrieb und telefonierte, aber nie ein Smartphone nutzen wollte. „Meine Tochter ist wirklich hartnäckig gewesen! Sie wohnt in den USA. Sie brachte mir eines Tages dieses kleine Ding. Sie können sich vorstellen, ich wollte erst nichts davon wissen. Ich bin zu alt für so was. Aber als ich plötzlich das Gesicht meiner Enkelkinder auf dem Bildschirm sah, war es, als hätte jemand ein Fenster zu meiner Familie geöffnet“. Tränen füllen ihre Augen bei der Erinnerung. „Ich konnte mit denen sprechen, als wären sie direkt vor mir! Ein Wunder! Jetzt reden wir zweimal die Woche. Nur so habe ich die Corona-Zeit überlebt! Ich darf miterleben, wie sie erwachsen werden. Jetzt will ich meine Enkeltochter überraschen und ihr meine Urlaubsbilder schicken. Dafür muss ich eine App herunterladen, oder? Können Sie mir dabei helfen?“. Das sind die schönsten Momente im Alltag. Die eine Person ist weniger in Not, die andere weniger einsam. Allein zwischen Januar und April 2026 haben wir mehr als 763-mal beraten. <

Aida Bakhtiari lebt und arbeitet als Medienkünstlerin und Medienpädagogin in München. Sie ist Teil der Hinterland-Redaktion.



Ich will mich nicht für einen möglichen Krieg vorbereiten müssen

Irgendwann in den 90ern – die x-te Aufforderung zur Musterung kann trotz intensiver Versuche nicht mehr ignoriert werden. Ich will mich nicht für einen möglichen Krieg vorbereiten müssen. Ich werde verweigern, wenn es sein muss. Doch vorher läuft die etwas andere Vorbereitung für die bald anstehende Musterung: Trinken und Stinken. Von Christoph Flessa

Christoph Flessa lebt in Berlin und betreibt dort eine Brauerei. Ihm ist wichtig zu betonen, dass das Verweigern des Wehrdienstes keinen Rückzug aus der Verantwortung aus der Gesellschaft bedeutet.

Ankunft beim Kreiswehrrersatzamt mit dezenter Fahne aufgrund intensiven Trinkens in den vorangegangenen Wochen, um richtig gut auszusehen.

Einchecken, ausziehen, sich vorstellen.

Mein Auftritt beginnt:

Die mich musternde Psychologin sieht mich an. Aufgrund meines Geruchs vermutet sie sofort ein Alkoholproblem. Sie fragt mich danach und ich möchte nicht antworten. Wirke dabei verschämt und eingeschüchtert. Immer wieder versucht sie, mir etwas zu entlocken, doch ich bleibe stumm und schaue sie weiter verlegen an. Sie fragt, ob sie meine Lebergegend abtasten dürfe. Ich erlaube es ihr und zucke mit schmerzverzerrtem Gesicht.

Sie versucht mich zu beruhigen und erklärt mir, sie unterstehe der ärztlichen Schweigepflicht. Ich könne reden ohne das jemand etwas erfährt. Erneut fragt sie, ob und wie viel ich trinke. Jetzt gebe ich zu, dass ich wohl zu viel trinke und erzähle ihr, wie viel und wie

oft ... Sie entlässt mich mit Tauglichkeitsstufe 4, Verdacht auf Leberschädigung. Ich wurde also zurückgestellt mit Nachmusterung.

Nächste Aufforderung zur in Aussicht gestellten Nachmusterung zwei Wochen später. Nächste Vorbereitung: Mich nicht mehr waschen, keine Kleidung mehr wechseln. Die Arbeit auf einem Bauernhof mit Tieren ist hier sehr hilfreich.

Ankunft Kaserne. Diesmal laufe ich dreckig und stinkend ein. Wirklich nicht angenehm für die Anwesenden.

Dieselbe Psychologin ist wieder da.

Das Spiel geht weiter. Zunächst muss ich mich ausziehen. Das macht jedoch meinen Gestank auch nicht besser. Dann kommen die Fragen. Die Befragung dauert nicht allzu lange.

Die Rückmeldung an mich lautet: Ausgemustert wegen innerer und äußerer Verwahrlosung.

Die Badewanne wartet! <

440 30 20



Bayerischer
Flüchtlingsrat

rage against abschiebung
das solifestival 2026



Wir feiern

2. Oktober 2026 | Feuerwerk München

Hinterland



Performance INVISIBLE BORDERS
von Anna McCarthy vom 30.11.2025

15:30h Treffen am Odeonsplatz - jeder erhält eine schwarze Sturmmaske und eine Weste - bitte ab 16h Sturmmaske durchgehend anbehalten - Gesicht verdeckt. KLEIDUNG: Schwarz militärisch/polizistisch ;-)

16-19h GRENZKONTROLLEN
ca. 15 Personen im Zelt – kontrollieren Bus & Sprinter + machen Notizen, ca. 8 Personen bewachen Zelt. ca. 10 Personen patrouillieren

Außenlinie des Odeonsplatzes – immer 3 Personen an der Längsseite + 3 an den kurzen Seiten. Währenddessen laufen die 4 Performer*innen drumherum und kommentieren Aktivitäten der POLIZEI – sie lesen Auszüge aus Texten dazu wie man sich solidarisch verhalten kann bei Racial Profiling; wie man sich als Betroffener verhalten kann, Infos zum Schengen Abkommen, Rechte von Geflüchteten etc. vor. Die Performer*innen sind unsichtbar für die Polizei - werden also ignoriert und die Arbeit der POLIZEI wird stoisch durchgezogen - auch das Publikum ist

unsichtbar für die POLIZEI.
Falls jemand auf die Toilette muss oder es zu kalt wird, dann reingehen, sich jemand anderen von der Gruppe aussuchen und antippen und einen Positionstausch machen
19h - DEKONSTRUKTION der GRENZE
Eine GLOCKE ertönt (zusammen mit den Kirchenglocken).

Die Außenpatrouillierenden POLIZISTEN gehen zur nächsten Ecke und bewegen sich dann gradlinig diagonal Richtung Zelt - sie gehen hinein ins Zelt.



CHARLOTTE & ANNA führen alle POLIZISTEN vors Zelt, sie spalten sich abwechselnd in zwei Gruppen nach links und rechts und formen eine gerade Linie über dem Platz. PHILIP steht in der Mitte der Reihe und zieht links und rechts die Sturmmasken der POLIZEI ab. Dies kreiert ein Dominoeffekt und jeder Polizist zieht mit (beiden Händen) die Sturmmaske des jeweiligen POLIZISTEN nacheinander vor ihnen ab. Am Ende der jeweiligen Reihe angelangt machen CHARLOTTE & ANNA eine „Westen Auszieh Bewegung“, dies kreiert wieder einen Domino Effekt und die POLIZEI zieht die

Westen nacheinander aus und lässt sie auf den Boden fallen. PHILIP führt alle POLIZISTEN daraufhin im Kreis um das Zelt im Reißverschlussprinzip. Währenddessen wird das Zelt abgebaut von den vier HELFER*INNEN. PHILIP & CHARLOTTE nehmen sich nach und nach immer wieder POLIZISTEN aus der rotierenden Gruppe heraus um beim Abbau behilflich zu sein. Der Rest geht weiter im Kreis während abgebaut wird. DIE POLIZISTEN sind mit der Demaskierung zu Zivilisten geworden und helfen beim Abbau der Grenze.

ANTON & FABIOLA steigern Musik und Performance im Bus. Die Stangen des Zeltes sind mit Mikros abgenommen und kreieren eine schepfernde Soundkulisse um die Dekonstruktion der Grenze zu unterstreichen.

Um 20h ertönt nochmal eine Glocke. Die POLIZISTEN/ZIVILISTEN holen sich ihre Sachen aus dem Auto und gehen dem Muster auf dem Odeonsplatz nach, um vom Platz zu gelangen. Zelt wird abgebaut und abtransportiert. Bus mit FABIOLA & ANTON fährt davon.
ENDE

Flüchtlingsgespräche

Staffel 2, Folge 5: Haftbefehls Nase

Von Human

DER UNTERSETZTE: Hier schreiben sie, dass seit Monaten sich Hafti in der Öffentlichkeit bis zur Nasenspitze ver mummt. Sein Ayşe hat nun verraten: Er plant eine Rekonstruktion im Gesicht.

DER GROSSE: Rekonstruktion? Ich weiß noch nicht mal, wie das geschrieben wird. Was ist passiert? Ist er mit Trump in den Ring gestiegen oder ist er auf den Spuren von Michael Jackson?

DER UNTERSETZTE: Er hat von seinem Zahnarzt zu viel Koks verkauft bekommen und das Zeug durch die Nase gezogen.

DER GROSSE: Und jetzt sagt er: nie wieder Kokain.

DER UNTERSETZTE: Keine Ahnung. Kannst ihn gleich fragen. Er ist als Überraschungsgast bei der Hefttaufe dabei.

DER GROSSE: Als ob.

DER UNTERSETZTE: Er wird sich eh verspäten, weil er in der Maximilianstraße im Louis-Store mit lila Scheinen schmeißt. Kahos, Yayo, Feierabend denkt er sich.

DER GROSSE: Chaos, Öl, Feierabend dachte sich auch Donald als er den Iran angriff.

DER UNTERSETZTE: Der sagt, ich zahle gar nix. Ich nehme mir alles. Flaschen aufn Tisch, ich zahle gar nix. Ob Venezuela, Grönland oder Iran, ich zahle gar nix.

DER GROSSE: Der sagt aber auch, ob Weißgold, Daytona oder Hublot aus Platin. Oppenheimer Steine nenn' es Blutdiamanten. Was Geldanlage? ICH ZAHLE GAR NIX.

DER UNTERSETZTE: Der tritt die Tür ein und sagt: guck, guck. Heute wird Vermögen verschoben. Eure Mütter werden wein'n, was für Brüder verschonen?

DER GROSSE: Haut mit dem Billard-Queue erst ma' den Deutschen zu Boden. Der Macron will Palaver machen, doch der kriegt 'n Halskick.

DER UNTERSETZTE: Es ist im Lauf der Dinge, warum der Latino sich ein Ice holen wollte und sich im Bau befindet oder wie Alice sagen würde, die Kugel im Lauf der Dinge, die dich trifft und deinen Traum beendet.

DER GROSSE: Meinst du Alice oder Beate?

DER UNTERSETZTE: Beide sagen, ihr habt alle miese Zeiten, der Flüchtling ist dran schuld. Vom Dönerfleisch voll Dünnschiss, der Flüchtling ist dran schuld.

DER GROSSE: Der Döner ist ja auch getreckt.

DER UNTERSETZTE: Die Banken kratzen an den Wolken, der Söder sich am Yarrak und verkauft dir den Döner.

DER GROSSE: Dann ist also der Söder schuld?

DER UNTERSETZTE: An den teuren Döner oder an dem teuren Öl oder an dem bankrotten Deutschland?

DER GROSSE: Hauptsache Bayern geht es gut und er sagt ach, scheiß mal drauf. Lass mal McDonlads chillen.

DER UNTERSETZTE: So 'n Burger wäre jetzt geil. Zahlst du?

DER GROSSE: Mit der Bezahlkarte aka Ausländer-fick-dich-Karte? Geht nicht. Kann nur bei BurgerKing zahlen.

DER UNTERSETZTE: Red' gescheit, das heißt Flüchtling-fick-dich-Karte. Der integrierte Kanak hat immer noch die Sesam-öffne-dich-Karte der Sparkasse in der Hand.

DER GROSSE: Warum brennt eigentlich die Erde lichterloh?

DER UNTERSETZTE: Hundert gute Gründe, dachte ich, sind bestimmt genug. Hundert gute Gründe, das Vernünftige zu tun.

DER GROSSE: Und doch fällt der Menschheit hundert gute Gründe ein, um ein Scheißidee zu haben.

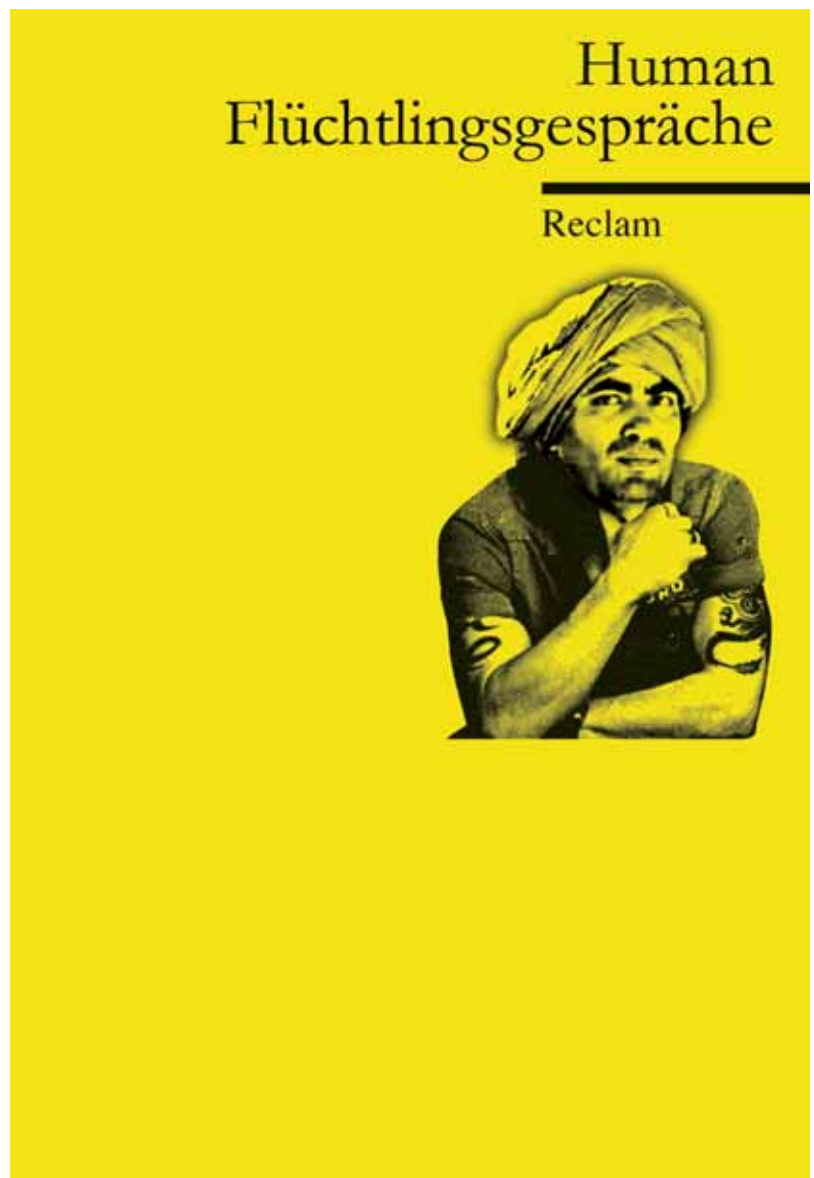
DER UNTERSETZTE: Nämlich nicht ihrer selbst, sondern das Leben aller schwer zu machen.

DER GROSSE: In München aber ist die Welt noch in Ordnung. Hauptstadt der Liebe dank eines grünen Bürgermeisters. Die Wärme wird es auch im Winter geben. Hier wird nie wieder jemand erfrieren oder Angst haben.

DER UNTERSETZTE: Wo wir zusammen sind und tanzen jeden Abend. Dann feiern wir ein Fest, alle fresh und ewig jung. Sogar Peter Thiel würde sich hier wohl fühlen.

DER GROSSE: Sie werden sich anschauen und sagen, wir zwei für immer. Und ich bin verliebt. Mit gekreuzten Fingern in der Tasche ihrer Jeans. Fake Love, Aperol und Easy Talk. Die Lüge macht uns happy, wenn wir nur daran glauben.

DIE REDAKTION: Lasst uns die Korken knallen. 60 Hefte. Jawollja. <



Human
Ist assimilierter Ausländer und lebt an der deutsch-afghanischen Grenze.



Von bescheidenen Erfolgen in einer oberbayrischen Kleinstadt

Wie in einer kleinen Stadt in einem Münchner Nachbarlandkreis, politisch Engagierte mit unermüdlichem Einsatz eine Struktur geschaffen haben, die sich bis jetzt bewährt hat und sich durch gute Vernetzung und Solidarität auszeichnet. Von Stefan Brandhuber

Es war im Jahr 1992, die Sowjetunion war gerade kollabiert und die USA hatten mit ihrem Krieg gegen den Irak der ganzen Welt gezeigt, wer nun die einzige Weltmacht auf Erden war, als der neue Münchner Flughafen eröffnet wurde. Gegen alle Widerstände von Naturschutzverbänden und Anwohner*innen war das monströse Luftdrehkreuz ins Erdinger Moos zwischen die beiden Kreisstädte und S-Bahn-Endstationen Freising und Erding gepflanzt worden. Sehr zur Freude jener, die dort ihr Geschäft mit Immobilien machten, und zum Leid vieler anderer, die unter den steigenden Mieten stöhnten. Wer sich das Wohnen in der Airport-Region nicht mehr leisten konnte, verließ entweder den Großraum München oder zog einfach etwas weiter östlich, zum Beispiel in die Kleinstadt Dorfen.

In diesem Städtchen mit hübschem Zentrum, kaum Industrie und damals 11.000 Einwohner*innen (heute 15.000) waren die Neuankömmlinge aus der Airport-Region aber natürlich kein Thema. Schließlich waren sie als Binnenmigrant*innen in der Regel weiß, hatten einen deutschen Pass und zumindest soviel Einkommen, um eine hier etwas erschwinglichere Bleibe als im Westen des Landkreises zu ergattern. Die Aufmerksamkeit galt hier wie in der ganzen Republik den anderen Migrant*innen, nämlich den mittellos aus vor allem Nordafrika und Osteuropa Zugewanderten, die überall provisorisch in Turnhallen und ähnlichen Notunterkünften untergebracht wurden. 1992 wurden bundesweit 436.000 Asylbeanträge gezählt, fast so viele wie 2015.



*Antifa-Transparente
am Dorfer
Jugendzentrum
aus dem Jahr 2005*

In Dorfen gab es damals schon ein paar Orte, wo sie willkommen waren: In den Kneipen *Soafa* und *Bluespunkt*, dem selbstverwalteten Jugendzentrum (*JZ*) und dem neu eröffneten *Johanniscafé* begegneten sich Einheimische und Geflüchtete, lernten sich kennen und schlossen Freundschaften. Es war ein im Kleinen gelebter Gegenentwurf zur großen Welle des Nationalismus und Rassismus, die durch Deutschland schwappte. Aber allen war klar: Der Rechtsruck ging erst los und für die Zukunft war organisiertes Dagegenhalten angesagt. Wer im Landkreis irgendwie links war und Lust auf kollektive Kunst-, Theater- oder Open-Air-Projekte hatte, fand dies in Dorfen und zog deshalb oft hierher. So entstand eine lebendige kleine Szene, die dem in den 1980er entstandenen öko-alternativem Milieu zwar persönlich und in manchen politischen Fragen eng verbunden war, durch seine

Orientierung an Marx & Co. aber einen neuen politischen Ansatz in die Kleinstadt brachte.

Die Alternativen der 1980er

In dieser kleinbürgerlich-konservativ geprägten Kommune, die mit der Arbeiter*innenbewegung und Klassenkämpfen kaum in Berührung gekommen war, bedeutete Links erst mal nonkon-

Ortsverband im liberalen Mainstream der Partei aufgegangen. Aber kein Schaden ohne Nutzen: Seit dem Erwachsenwerden der Grünen kräht auch in Dorfen kein Hahn mehr nach der FDP.

Zur Entwicklung der links-alternativen Szene Dorfens gehört auch die 1984 gegründete Verbraucher- und Erzeuger Genossenschaft *TAGWERK*. Drei Jahrzehnte war der Öko-Großhandelsbetrieb hier beheimatet und setzte neben seinem Handelsbetrieb auch viele Impulse in Sachen Umweltschutz, Bio-Landbau und genossenschaftliche Organisation.

Zwar hatten schon die Proteste gegen die Planung des neuen Münchner Flughafens im Erdinger Moos bis in die Kleinstadt ausstrahlt, aber so richtig Widerstandsstimmung kam erst auf, als die Pläne für eine neue Autobahn von München nach Passau bekannt wurden, die direkt an Dorfen vorbeilaufen sollte. Jahrzehntlang kämpfte die *Aktionsgemeinschaft gegen die A94* gegen den Bau der Autobahn durchs Isental. Doch all die Großveranstaltungen von Hunderten von Autobahngegner*innen im Streibl-Saal, die spektakulären und me-

dienwirksamen Aktionen mit Promis wie Gerhard Polt und Biermösl Blosn, die vielen Gutachten, Einwendungen und Widersprüche waren letztlich vergebens. Denn auf Bundesebene waren sich Union und SPD einig, das Projekt gegen alle Widerstände durchzuziehen und die Bürgerinitiative unterlag final 2008 mit ihrer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht: Seit 2019 ist dieser Abschnitt der A94 nun in Betrieb.

Nazikampagne gegen Jugendzentrum

Erfolgreicher war dagegen der Kampf gegen eine Kampagne der NPD und bayerischen Kameradschaftszene. Diese hatte 2004 eine Offensive gegen das als antifaschistisch bekannte und ihr folglich verhasste Dorfener Jugendzentrum (*JZ*) gestartet und seine Schließung gefordert. Das selbstverwaltete Haus stand wegen Lärm, Sperrzeitüberschreitungen und dort auftretender Bands, die als linksextremistisch denun-



Blockade einer NPD Demo, Juni 2005

formistisch oder wie man zu jener Zeit oft sagte, alternativ. Dieser Begriff war

damals ja noch progressiv konnotiert und ein Label des linken Flügels der Grünen, das Skepsis über den etablierten Politbetrieb und Distanz zum Realo-Kurs der Partei ausdrücken sollte. So verstanden es auch diejenigen, die 1986 eine *Grün-Alternative Liste* (GAL) aus der Taufe gehoben hatten. Seit 1990 ist sie mit mehreren Sitzen im Stadtrat vertreten, hat mittlerweile allerdings das Label alternativ wieder einkassiert und ist als bündnisgrüner

ziert wurden, stark in der Kritik konservativer Kreise. Doch die Kalkulation der Faschos ging nicht auf: Ihre mehrere Jahre dauernde Kampagne mit Demos, Flugblattaktionen, Presseerklärungen und anderem mobilisierte erheblichen antifaschistischen Widerstand, der auch CSU & Co. ziemlich alt aussehen ließ:

Die Ressentiments im hiesigen Bürgertum gegen das JZ hatten mit den Nazis ungünstige Für- und Lautsprecher bekommen, mit denen man einfach nicht gemeinsame Sache machen konnte. So gab es bald Erklärungen, dass die Stadt Dorfen als Eigentümerin des Hauses nicht an eine Kündigung denke und sich natürlich gegen jegliche Nazi-propaganda wehre. Bizzarrer Funfact: Weil die Stadt anfangs die Gegenaktionen des linken *Bündnis gegen Nazis* formal unterstützte, landete sie im Bericht des Bayerischen Verfassungsschutzes. Der damalige CSU-Bürgermeister konnte das aber mit einer Intervention in dem von seinen Parteikollegen geführten Innenministerium korrigieren lassen. Hilfreich war dabei sicher, dass mittlerweile das bürgerlich-liberale *Bündnis Dorfen ist bunt* gegründet worden war, in dem sich anfangs alle (SPD, Grüne, Kirchen ...) der Forderung der CSU beugten, keine gemeinsame Sache mit dem linken *Bündnis gegen Nazis* zu machen.

Im *Förderverein Dorfen* (FVD), der lokalen Vereinigung von Unternehmer*innen und Gewerbetreibenden, verfolgte man parallel dazu ganz eigene, nämlich geschäftliche Interessen: Um den samstäglichen Naziaufmärschen, Gegendemos und riesigen Polizeiaufgeboten, die immer wieder zentrale Verkehrswege blockierten und das Geschäftsleben beeinträchtigten, ein Ende zu bereiten, wollte der FVD einfach den Anlass der Faschodemos beseitigen: das Jugendzentrum. In einem geheimen Brief versprach der Vereinsvorstand der Stadt Unterstützung für den Fall, dass sie sich für die Schließung des JZ entscheiden sollte. Doch der Brief kam an die Öffentlichkeit, der Stadtrat folgte seinem Ansinnen nicht und der FVD bekannte öffentlich Reue. Von diesem und weiteren Kämpfen, die das Jugendzentrum Dorfen in seiner über 50-jährigen Geschichte durchgestanden hat, erzählt der neue und sehr sehenswerte Dokumentarfilm „Jugend ohne Kontrolle“. Er soll demnächst auf Doku-Festivals laufen und anschließend in Kinos.



Kein Ende der Geschichte!

Anfang der 1990er Jahre hatte sich dann die *Arbeitsgemeinschaft International* (AGI) gegründet, ein lokaler Zusammenschluss von Einzelpersonen, die sich gegen den damaligen T.I.N.A.-Trend, nicht mit dem Kapitalismus abfinden wollten. Schnell hatte sie gemeinsam mit einem caritativen Verein Räumlichkeiten am Ruprechtsberg angemietet und diese für Treffen, Vorträge, Seminare und dergleichen genutzt. Eine politische Abspaltung und das Ende des gemeinsam mietenden Vereins setzten diesem ersten linken Zentrum zwar ein Ende, aber die Rest-AGI blieb durchaus arbeitsfähig. Im mittlerweile etablierten *Johanniscafé* fand sie einen wohlwollenden Ort für ihre Treffen und Veranstaltungen. Bis heute hat die AGI unzählige Veranstaltungen, Seminare, Kundgebungen, Demos und anderes (mit-)organisiert und immer wieder Kontakte zu anderen Linken in der Region gesucht und gehalten. Dabei orientierte sie sich nie an einer Parteilinie, schon aber an Materialismus, Dialektik und der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie. Der zapatistische Aufstand und der kurdische Befreiungskampf waren frühe wichtige Bezugspunkte, und bis heute ist sie immer um einen internationalistischen, globalen Blick bemüht, ohne die Praxis vor Ort zu vergessen: Das *Bündnis gegen Nazis* (bald umbenannt in *Bündnis gegen Rechts*) hatte sie ebenso mitinitiiert wie das *Sozialforum Dorfen*, 2015 das *Forum Links* und 2019 das *Dorfener Klima-* und das *1. Mai-Bündnis*. Auch wenn davon aktuell nur noch das *1. Mai-Bündnis* existiert: Es wurden Debatten geführt, nicht wenige Menschen zu dringlichen Themen angesprochen und die ein oder andere Person aktiviert.

Anti Nazi
Kundgebung
in Dorfen,
Dezember 2004

Hilfe für Geflüchtete

Seit 2015 gibt es auch die *Flüchtlingshilfe Dorfen e.V.*. Sie unterstützt Geflüchtete bei allen erdenklichen Problemen, sei es bei schwierigen Wohnsituationen in Sammelunterkünften, bei der Job- oder



Klimademo
Dorfener
Rathausplatz,
September 2019

Wohnungssuche, bei Ämtergängen, Schriftverkehr oder bei drohender Abschiebung. Von der Stadt hat die Flüchtlingshilfe dafür unentgeltlich Büroräume zur Verfügung gestellt bekommen, in denen ein kleiner Teil der anfallenden Arbeit von einer*in Bundesfreiwilligendienstleistende*r erledigt wird. Alles andere stemmen bis heute ausschließlich ehrenamtlich Aktive und viele sporadische Helfer*innen. Aber deren Kapazitäten und Möglichkeiten reichen bei weitem nicht aus, um all die vielen Probleme (Wohnungsnot, Arbeitsverbot und Bezahlkarte) adäquat zu behandeln.

Zumindest die sprachliche Integration stand bislang auf sehr stabilen Füßen, denn im *Dorfener Zentrum für Integration und Familie e.V.* (DZIF) werden vom BAMF anerkannte und geförderte Sprach- beziehungsweise Integrationskurse angeboten, sogar mit Kleinkindbetreuung. Auch dieser Verein geht auf die private Initiative von Menschen zurück, die im Jahr 2000 zunächst die Unterstützung migrantischer Kinder bei Hausaufgaben im Blick hatten. Mit der Zeit wurde der Verein zu einer vom BAMF zertifizierten Institution, die Deutschkurse anbietet und die entsprechenden Prüfungen abnimmt. Dabei entstanden auch zahlreiche Jobs für Lehrkräfte und in der Verwaltung. Dieses in der ganzen Region bekannte und nachgefragte Projekt sieht sich nun durch die von Bundesinnenminister Dobrindt angekündigten Kürzungen bei Integrationsmaßnahmen in seiner Existenz bedroht.

„Grabe wo du stehst“

Gemäß diesem Motto entstanden in den 1970ern in vielen Städten sogenannte Geschichtswerkstätten, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Geschichte der eigenen Stadt oder Region kritisch und aus Sicht der einfachen, arbeitenden Bevölkerung zu erforschen, insbesondere die NS-Zeit. Rund 40 Jahre später war es dann auch in Dorfen soweit: Die neu gegründete Geschichtswerkstatt stellte in ersten Veranstaltungen verschiedene lokale NS-Täter und -Opfer vor und korrigierte somit manche bislang vorherrschenden Darstellungen. Seitdem forschen ihre Aktiven viel in Archiven und publizieren ihre Ergebnisse in Vorträgen, Broschüren oder bei organisierten Stadtrundgängen. Mittlerweile ist die Geschichtswerkstatt ein gemeinnütziger Verein und Mieterin eines klitzekleinen Raumes an der zentralen Marktkirche, in dem sie Gespräche mit Zeitzeug*innen und deren Nachkommen führt. 2023 erhielt sie für ihre Arbeit den renommierten Tassilo-Kulturpreis der *Süddeutschen Zeitung*.

Während der hier beschriebenen Kämpfe und Initiativen schritt die infrastrukturelle Erschließung der Metropolregion München voran, dazu verlagerte sich der Einzelhandel auf Online-Plattformen und letztlich erfolgte ein Generationenwechsel. Heute leben 35% mehr Menschen in der Kleinstadt als 1990, dennoch gibt es immer weniger Geschäfte in der Innenstadt. Nicht jeder geschlossene Laden kann zur Zahnarztpraxis, zum Versicherungsbüro oder zu einer Wohnung umgebaut werden – das Angebot an kleinen Läden wurde einfach größer als die Nachfrage. Das erhöht die Chance für die gut zusammenarbeitenden linken Gruppen auf eigene Räumlichkeiten.

GIKS

Und schon beim zweiten Projekt, für das man sich bewarb, klappte es: Im Sommer 2024 eröffnete der neue linke und wunderbar zentral gelegene Laden mit dem Namen GIKS. Die vier Buchstaben stehen für Geschichte, Internationalismus, Kultur und Solidarität und jeweils auch für eine der vier Gruppen, die es seit Sommer 2024 betreiben: Die Geschichtswerkstatt, die AGI, der GEW-Kreisverband Erding und die Kunst AG, ein noch junger und eher loser Zusammenschluss künstlerisch Aktiver, die sich mit Kollektiv-Ausstellungen zu diversen gesellschaftspolitischen Themen wie Wohnungsnot, Konsum, NS-Zwangsarbeit oder Mutterschaft äußern.

Finanziell getragen wird das Projekt zu zwei Dritteln aus Eigenmitteln der vier Gruppen und einem Drittel aus Dauerspendsen von fast 40 Unterstützer*innen.

Mit dem GIKS ist ein neuer Ort entstanden, der in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits merklich Menschen aktiviert und verbindet. So nutzen ihn mittlerweile auch andere Gruppen, die zum solidarisch-emanzipatorischen Grundverständnis des Projekts passen: Der *Bund Naturschutz*, die feministische Gruppe *Frauen*sprechen*, die Flüchtlingshilfe, die Linkspartei und die Festival-Initiative *tentaggi*. Gruppen oder Parteien aber, die zum Beispiel den Aufrüstungskurs unterstützen, mehr Abschiebungen fordern oder den Lobgesang auf den Kapitalismus singen, müssen sich andere Räume suchen.

Seit der weltpolitischen Zäsur von 1990 ist es in Dorfen also gelungen, gegen den neoliberalen Trend ein Geflecht an progressiv-solidarischen und linken Strukturen zu entwickeln und zu halten. Viele der Aktiven, die diese Strukturen tragen sind mittlerweile Ü50 oder sogar schon in Rente. Die Generation Y, die mit neoliberalen Illusionen wie Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“ aufwuchs und sich wenig um Kritik und Widerstand scherte, konnte überdauert werden. Die Hoffnung liegt nun auf der GenZ, die in einer krisengetränkten Realität groß wurde und darauf eigentlich mit Politisierung und Widerstand reagieren müsste, oder? <



Jugendzentrum von vorne und hinten

Stefan Brandhuber wurde 1965 in Dorfen geboren und lebt dort seitdem fast durchgängig. In seiner Jugend hat er viel Zeit im und fürs Jugendzentrum verbracht. Seit Anfang der 90er ist er in der AG International, seit 2009 auch in der Rote Hilfe OG Landshut und seit 2024 im GIKS aktiv. Ansonsten arbeitet er seit über 20 Jahren als freiberuflicher Mediengestalter und hat drei erwachsene Töchter.



Pulverfass

Weißhelme auf der Suche nach Blindgängern





Zusammengeschmolzen
Diese verschmolzenen Gläser für Babynahrung
zeugen von der enormen Hitze, die von den
Bombardierungen ausgegangen ist

Gnadenlos

*Die Ruinen dieser Moschee zeugen davon,
dass den Konfliktparteien nichts heilig gewesen ist*



Knapp daneben ...
Vom Hoteldach sieht man die Folgen einer
abgestürzten Kampfdrohne





Nicht ohne stolz ...
Hussein steht vor seiner neuen alten Wohnung

Damaskus und anderswo:

Wiederaufbau zwischen Hoffen und Bangen

Seit der Machtübernahme durch Präsident Ahmed al-Sharaa und der von ihm angeführten HTS-Miliz (Haiat Tahrir asch-Scham) ist es ruhiger geworden in der internationalen Berichterstattung zu Syrien. Wie geht es den Menschen in Damaskus und der dortigen Region? Blicke auf ein Land, in dem die Zerstörung nur eine Querstraße von der Hochkultur entfernt ist. Von Severin Rapp

Anfang Februar, etwas mehr als ein Jahr nach dem Sturz des Assad-Regimes lässt die Sicherheitslage es zu, der Hauptstadt Damaskus und der umliegenden Region einen Besuch abzustatten. Was sagen die Menschen? Wie hat sich ihr Leben seitdem verändert?

Pauschal lässt sich diese Frage kaum beantworten, zu heterogen ist die Bevölkerung, zu unterschiedlich sind die Meinungen.

Gerne hätten wir – Antonia Titze von der österreichischen Tageszeitung *Der Standard*, Michael Kranabetter, freier Fotograf, Ahed Matook, Übersetzer und ich – mit Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen gesprochen. Das jedoch gestaltet sich der schieren Vielzahl wegen als schwierig.

Um mit ersten Beobachtungen anzufangen: An der jordanischen Grenze zu Syrien stauen sich die vollen Lastkraftwagen, die Baumaterial ins Land liefern und leere Laster, die nach Jordanien fahren, um Nachschub zu holen. Nach 15 Jahren Bürgerkrieg ist viel zerstört. Überall wird deshalb gebaut.

Das birgt aber auch ein Risiko, an das man im ersten Moment nicht denken mag: Minen, Streubomben und nicht detonierte Mörser- und Raketen-Munition, die in den zerstörten Stadtteilen unter den Trümmern verborgen liegen.

Gefahren, die unter Trümmern lauern

Wie aufwändig die Beseitigung dieser Überbleibsel ist, erfahren wir bei einem Besuch der Weißhelme – sozusagen dem Technischen Hilfswerk in Syrien. In Jobar, einem Randbezirk von Damaskus arbeiten sie mit dem ICRC, dem roten Halbmond und dem HALO-Trust, einer Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz in den USA Hand in Hand zusammen, um die Sprengstoffe zu bergen und kontrolliert zur Detonation zu bringen.

Sie haben nur selten Medienbesuch, am Tag der Sprengung sind wir die einzigen Journalist*innen vor Ort. Nur eine mutmaßlich israelische Drohne kreist über unseren Köpfen und schaut aus einiger Entfernung zu, was dort am Boden geschieht. Über die mediale Begleitung ist man sehr dankbar.

Es gibt zwar Aufklärungskampagnen in den Schulen, aber immer noch sterben jeden Tag Menschen oder werden schwer verletzt, insbesondere Kinder, weil sie beim Spielen auf Sprengstoff stoßen.

In Jobar selbst sind ununterbrochen Schrottsammler*innen unterwegs, um Metalle aus den Trümmern zu bergen und sich durch den Verkauf ihren Lebensunterhalt zu ermöglichen. Das stößt bei den Helfern vor Ort auf gemischte Gefühle. Weil es unmöglich ist, die Menschen vom Durchsuchen der Trümmer abzuhalten, ist man dazu übergegangen, sie wenigstens über die Gefahren aufzuklären. Tatsächlich melden



Interview mit Silah in seiner renovierten Wohnung in einem ansonsten komplett zerstörten Haus



Obstsalat wird in Damaskus in Krügen serviert

Sammler*innen häufig verdächtige Gegenstände, die ihnen bei der Suche nach Metall auffallen. So seien schon einige Blindgänger gefunden worden, berichtet uns eine Mitarbeiterin vom HALO-Trust.

Die NGO ist gerade dabei, Zufahrtswege freizuräumen und zu sichern. So entsteht nach und nach ein Spinnennetz aus sicheren Fäden, das es ermöglicht, Parzelle für Parzelle freizuschaffen.

Den ersten Schritt macht schwer gepanzertes Gefährt. Große Bagger räumen umsichtig den Schutt beiseite, jede Schaufelladung wird beim langsamen Auskippen genauestens beobachtet. Wenn die Helfer etwas finden, sammeln sie die Blindgänger, um sie später zur Detonation zu bringen. Danach laufen die Weißhelme, gesichert mit Schutzkleidung, die geräumten Wege mit Metalldetektoren ab. Dabei achten sie besonders auf die Wegränder und markieren am Ende mit Farbe aus Spraydosen den gesicherten Bereich. Ganz zum Schluss läuft ein speziell geschultes Team nochmals die Pfade ab und guckt, ob sich verdächtige Gegenstände in den Trümmern verbergen. Wenn von ihnen jemand etwas zu finden glaubt, bleibt auf Kommando der ganze Trupp stehen. Es erinnert ein wenig an das Kinderspiel Ochs am Berg.

Dass die Konfliktparteien zahlreiche Tunnel gegraben haben, um sich vor Beschuss zu schützen, macht die Sache nicht einfacher. Ständig besteht das Risiko, dass der Boden unter einem nachgibt und sich große Löcher auftun. Niemand weiß, was sich in den Tunneln verbirgt. Diese müssten dann in einem zweiten Schritt gesichtet werden. So weit sind die Helfer hier aber noch nicht.

Unter den Weißhelmen ist auch ein ehemaliger Rebell. Einmal kommt er lachend zurück und erzählt, er habe ein Graffiti wiedererkannt, dass er damals in Jobar gemacht hatte. Wir fragen nach und er vergleicht das Gefecht um Jobar mit dem Handyspiel Angry-Birds. Nach dem Motto: „Erst haben die geschossen, dann haben wir zurückgeschossen. Dann haben wieder die geschossen.“

Die Weißhelme und andere NGOs arbeiten unter größten Schutzvorkehrungen. Und dennoch: Ein falscher Schritt, ein falscher Handgriff können verheerende Folgen haben. Trotzdem ist Ahmed stolz auf seinen Job und er macht ihn gerne. Ihre Arbeit sieht er als wertvollen Beitrag zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Wiederaufbau.

Nur eine Querstraße trennen Zerstörung von Hochkultur

Wir sprechen mit Hussein. Er ist Palästinenser, sein Vater stammt ursprünglich aus Israel und hat schon einmal alles verloren. Aufgrund des Bürgerkriegs steht die Familie nun ein zweites Mal vor den Trümmern seiner Existenz. Wir treffen ihn, als er gerade an der Außenfassade Einschusslöcher zuspachtelt. Hussein lädt uns auf eine Führung durch seine Wohnung ein. Die Leitungen für Strom und Wasser sind aus den Wänden gerissen. Plünderer – „Assads Truppen“, sagen die Menschen hier – sind in der Vergangenheit durch die Viertel gezogen. Auch deshalb hat Hussein weder Strom noch Wasser in seiner Wohnung. „Wir leben hier wie die Hunde“, sagt er. Trotzdem bleibt er, trotzdem baut er seine Wohnung wieder auf.

Salih Idris ist schon einen Schritt weiter: Seine Wohnung – die einzige in dem ansonsten bis auf das Skelett zerstörten Haus – ist luxuriös ausgestattet. Die Szenerie erinnert an eine Kommode, der alle Schubladen fehlen – bis auf eine. Vom Balkon hat man einen guten Blick auf Jobar, sieht den zerstörten Wasserturm und die Ruinen dieses nördlichen Stadtteils von Damaskus. Für uns ist es unvorstellbar, wie man dort leben kann. Als wir vor seinem Haus einige Patronenhülsen aufsammeln, eilt er herunter und reicht uns zwei Hände voll davon.

Und dann gibt es jenseits von diesem Damaskus noch die Viertel und auch Dörfer, an denen der Krieg vorübergezogen ist. Der Kontrast ist groß. Die schicken Cafés in der weitgehend unversehrten Altstadt trennen nur gute 15 Autominuten von den ausgebombten Quartieren. Nur eine Querstraße trennen Zerstörung von Hochkultur.

Wo der Krieg nicht gewütet hat, pulsiert das Leben wieder. Seit dem Sturz Assads hat die neue Regierung offensichtlich für die Menschen spürbar das Leben verbessert. Inzwischen gibt es wieder rund um die Uhr Strom. Kleinere Stromausfälle passieren zwar noch, sind aber räumlich und zeitlich stark begrenzt. „Gepriesen sei die neue Regierung“, scherzen sie im Friseursalon, als das Licht wieder angeht und die Rasierapparate erneut surren.

Wir essen Shawarma im *Big Five*, einem kommerziellen Zentrum mit sehr viel gutem Essen und im Laufe der Zeit schauen wir immer mal wieder bei Abu Abdu auf eine Maß Obstsalat vorbei. Überhaupt haben das Essen und Trinken für die meisten Syrer*innen eine immense Bedeutung. Nicht selten werden wir zum

fünften Abendessen eingeladen und verleihen uns gegenseitig scherzhaft den Titel: Stopfgans des Tages.

Für viele Leute bedeutet der Machtwechsel vor allem wirtschaftlichen Aufschwung.

Die neue Regierung hält sich an vielen Stellen eher bedeckt im Hintergrund. Man sieht das am Beispiel der Währungsreform. Auf den neuen Geldscheinen finden sich Feldfrüchte, während auf den alten Scheinen Assad und andere ideologische Symbole zu sehen sind. Man gibt sich betont neutral. Gerne hätten wir auch mit Politiker*innen gesprochen, wie der Ministerin für Soziales und Arbeit, Hind Kabawat, die besuchte jedoch gerade die Sicherheitskonferenz in München.

Der neuen Situation stehen allerdings nicht alle optimistisch gegenüber. Insbesondere in christlichen Kreisen scheut man das Thema Politik eher. Im griechisch-orthodoxen Kloster Saidnaya, nördlich von Damaskus, erklärt man uns auf Nachfrage, man spreche grundsätzlich nicht über (welt)politische Themen innerhalb der Klostermauern. Eine Besuchergruppe vor dem Kloster weicht unseren Fragen aus. Schließlich können wir aber noch mit William sprechen. Er ist Mukhtar des Ortes Saidnaya, eine Art ehrenamtlicher Bürgermeister. Der gelernte Ingenieur spricht seine Forderungen und Hoffnungen sehr geradlinig aus. Er fordert Schutz vor extremistischen Kräften und eine gleichberechtigte Teilhabe an der politischen Gestaltung.

Warum ist es so schwierig nach Deutschland und nach Europa zu reisen?

Ein Mann, der gerne anonym bleiben möchte, sieht pessimistischer in die Zukunft. Wenn er an Syrien denke, fühle er nichts. Er hat seinen Bruder verloren, der im Krieg gegen den IS für Assad gekämpft hat und dabei umgekommen ist. Deshalb würde er oft damit aufgezo-gen, er sei ein „Falloon“. So bezeichnen sie die Menschen, die auf der Seite Assads gestanden hatten.

Ihn treibt die Frage um, wie man all die geflohenen oder vertriebenen und in der Welt verstreuten Syrer*innen zu einer Rückkehr in ihre Heimat motivieren könnte. Er bereue ein bisschen, damals nicht selbst geflohen zu sein. Jetzt sehe er sich dazu gezwungen zu bleiben und blickt mit Sorge in eine ungewisse Zukunft. Man merkt ihm seine innere Zerrissenheit an.

Ein kleines kulturelles Zentrum ist das Sprachen-Institut CCIT in Damaskus für uns geworden. Hier lehren sie Deutsch und Englisch und wir sind gern gesehene Gäste. Oft sitzen wir abends dort im Vorhof und sprechen mit den Lehrkräften und Schüler*innen. Viele der Anwesenden haben große Pläne und immer wieder hören wir den Wunsch heraus, Deutschland zu besuchen, dort vielleicht sogar eine Zeit lang zu leben und zu arbeiten. Und immer wieder sehen wir uns mit der Frage konfrontiert, warum es für die Menschen in Syrien so schwierig ist, nach Deutschland beziehungsweise generell nach Europa zu reisen.

Auch William, der bereits in München bei Siemens gearbeitet hat, würde gerne noch einmal nach Deutschland kommen, denn auch seine Verwandten haben da Zuflucht vor dem Krieg gefunden. So gerne würde er sie besuchen, sagt er. Es beschämt uns, dass wir so wenig für ihn und all die anderen tun können, die sich nichts sehnlicher wünschen, als endlich wieder ihre Familien in die Arme schließen zu können. Es fällt uns schwer, den Menschen vor Ort zu erklären, dass es am Ende rassistische Erwägungen sind, die die Politik in Deutschland davon abhalten, Erleichterungen in diese Richtung zu schaffen.

Die Spuren des Krieges bleiben unübersehbar

Angesichts der extremen Zerstörungen und den unzähligen ungelösten Problemen im Land ist eine Rückkehr-Welle noch nicht zu erwarten. Friedrich Merz will ungeachtet dessen 80 Prozent der in Deutschland lebenden Syrer*innen zurückschicken. Die deutsche Politik verkennt, dass viele von ihnen sich in Deutschland ein neues Leben aufgebaut, Familien gegründet haben und meist hervorragend integriert sind. Ohne sie würde das deutsche Gesundheitssystem schlapp machen. Gleichzeitig steht zu befürchten, dass Syrien einen zu großen Rückstrom gar nicht bewältigen könnte. Das hängt vor allem mit dem fehlenden Wohnraum zusammen.

Eine weitere Gefahr besteht – insbesondere für Angehörige von Minderheiten – darin, Opfer von politischer Verfolgung zu werden. Insbesondere die Alaviten befürchten Repressalien, weil Assad aus ihren Reihen stammt und sich Wut und Rachege-lüste immer wieder an ihnen entladen. Auch in den drusischen Gebieten fürchten die Menschen, wieder zwischen die Fronten zu geraten. Seit dem Beginn des Iran-Kriegs kurz nach unserer Rückreise ist ein immer enthemmter vorgehendes Israelisches Militär zu beobachten. Wir haben die Folgen des Beschusses des syrischen Verteidigungsministeriums selbst gesehen. Das Gebäude ist



William hat bei Siemens in München gearbeitet und würde seine Verwandten in Deutschland gerne besuchen

in grüner Folie verhüllt und stark beschädigt. Und das ist noch vor der Eskalation passiert.

Die Spuren des Krieges bleiben überall unübersehbar. Vor einiger Zeit ist eine mutmaßlich iranische Drohne auf dem Weg nach Israel neben unserem Hotel bruchgelandet, zum Glück ist sie nicht detoniert. Wir sehen auch ältere Beschädigungen. Da ist zum einen die zerstörte und trotzdem immer noch sehr beeindruckende Moschee und zum anderen das Gelände, auf dem früher Baby-Nahrung hergestellt wurde.

Als wir die Moschee fotografieren, werden einige Polizisten auf uns aufmerksam. Sie treten zuerst etwas einschüchternd auf. Als wir uns als Journalist*innen zu erkennen geben, werden sie schlagartig freundlich und erklären uns das Gelände: Ein vom Assad-Regime zweckentfremdetes Areal. Sie zeigen uns eine Stelle, an der Hinrichtungen stattgefunden haben sollen.

Überall liegen die braunen kleinen Fläschchen herum, in die damals die Nahrung abgefüllt wurde.

Einer der Polizisten hebt ein Fläschchen auf und scherzt: „Banane, das war mein liebstes.“ Viele der Fläschchen sind durch das vom Beschuss ausgelöste Feuer so heiß geworden, dass sie zusammenschmolzen. Man kann nur erahnen, wie heftig auf dem Gelände gekämpft worden sein muss.

Severin Rapp, wie das meiste in seinem Leben, ist auch diese Reportage das Resultat streng geplanten Zufalls.

Nicht alle Begegnungen und Interviews haben es in den Artikel geschafft. Sämtliche Interviews samt Fotostrecke und einer knappen Einordnung findet ihr auf: hinterland.de/Syrien. <

Ein besonderer Dank gilt Antonia Titze von der österreichischen Tageszeitung Der Standard für das Führen der Interviews, Michael Kranabetter für Film- und Fotosequenzen und vor allem Ahed Matook, ohne den diese ganze Unternehmung nicht denkbar gewesen wäre als Organisator, Übersetzer und Chauffeur.



vir şpreh'in doyç

Wir sprechen Deutsch. Also ich auf jeden Fall. Ich bin hier aufgewachsen. Bei meiner türkischen Großmutter sah das verständlicherweise anders aus. Sie kam 1969 als Arbeitsmigrantin, als sogenannte „Gastarbeiterin“ nach Deutschland. Sie konnte anfangs kein doyç. Wie auch? Schließlich ging es nicht darum. Die Arbeitsmigrant*innen, die nach Deutschland geholt wurden, mussten sich zwar bevor sie einreisen durften in Istanbul einer Art Musterung unterziehen. Damit sie auch ja gesund und fit genug sind, um sich später hier totschuftun zu können. Aber es wurde nicht bedacht, dass es für die Integration von Vorteil sein könnte, diesen Menschen die doyçe Sprache näher zu bringen. Zumindest als abzusehen war, dass das vielleicht ein etwas längerer Aufenthalt werden könnte. So erzählte mir meine Großmutter, dass sie sich in der Fabrik mit Händen und Füßen verständigen musste. Einkaufen stellte auch eine Herausforderung dar, wenn man zum Beispiel nicht weiß, was süt (Milch) auf doyç heißt. Sie stand also vor der Verkäuferin und probierte es mit Lautäußerungen: „Muh, muuuh!“ Oder vielleicht auch „Mö mööö“ – kein Scherz, das ist die Übersetzung auf Türkisch. An Klischees ist eben manchmal etwas dran. Ich kann sie leider nicht mehr fragen, ob es ein Muh oder ein Mö war, aber sie hat sich durchgekämpft und sich die Sprache selbst beigebracht. Denn Deutschkurse wurden ihr und ihren Kameradinnen nicht angeboten – weder vom deutschen Staat noch von der Fabrik. Besser hatten es in den 90er Jahren die Spätaussiedler*innen. Ihnen wurden glücklicherweise direkt Integrationshilfen zur Verfügung gestellt, darunter auch Sprachkurse. Die ehemaligen Arbeitsmigrant*innen von damals gingen jedoch wieder leer aus. Das Doyçkursangebot wurde nicht auf sie ausgeweitet. Staatlich geförderte Integrationskurse wiederum gibt es erst seit 2005. Ja und wie steht es um die, 21 Jahre später? Ah Doyçlan... <

Gülcan Durak
ist Tagträumerin bei
Nacht und Sozialar-
beiterin am Tag. Sie
ist seit fünf Jahren
Mitglied der Hinter-
land-Redaktion.



Eine katastrophale Entscheidung

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) will die Mittel für die unabhängige Asylberatung komplett streichen. Für queere Menschen ist diese Unterstützung jedoch essentiell.
Von Robert Andreasch

München, 3. Dezember 2025: Im *Schwulen Kommunikations- und Kulturzentrum Sub e.V.* in der Müllerstr. gehen queere Geflüchtete und Mitarbeiter*innen der dort angesiedelten *Besonderen Rechtsberatung – behördenunabhängigen Rechtsberatung* an die Öffentlichkeit. Trans*, Inter* und Queere finden hier für den gesamten Asylprozess rechtliche und psychosoziale Unterstützung – vom ersten Kontakt bis hin zur Begleitung im Klageverfahren. Das Angebot ist unverzichtbar: Drei Menschen, die keine Vollzeitstellen haben, betreuen über fünfhundert Klient*innen. Jedes Jahr kommen zwei- bis dreihundert dazu.

Queere Geflüchtete sind überdurchschnittlich häufig von Verfolgung und Diskriminierung betroffen. Gleichzeitig haben sie größere Hürden im Asylverfahren. Sie müssen ihre queere Identität glaubhaft darstellen. Für Trans* und genderfluide Menschen können Abschiebungen Lebensgefahr bedeuten. Für Suru Emmanuel zum Beispiel, der sich früher in Nigeria für die Rechte von LGBTIQ* eingesetzt hat. Wegen seines Engagements und seiner Sichtbarkeit als genderfluide Person drohten ihm in Nigeria eine Haftstrafe und Gewalt, so dass er von einer Fortbildung in Berlin im November nicht mehr zurückkehren konnte. Oder Kim Kato Hussein: Die 30-jährige trans*Frau musste aus Uganda fliehen, wo sie diskriminiert und bedroht wurde. Nach dem *Anti Homosexuality Act* drohen queeren Menschen dort lebenslange Haftstrafen. Doch das *Bundesamt für Migration und Geflüchtete* (BAMF) lehnte ihren Asylantrag ab, weil die Behörde ihr nicht glaubt, dass sie trans* ist. Althexia Josephine Vasquez musste Peru verlassen. „Peru ist kein guter Platz für eine trans* Frau. Es ist so schwer, als jemand zu erscheinen, der du nicht bist.“ Auch ihr Asylantrag wurde vom BAMF abgelehnt. „Why are human rights something that is discussed but not granted?“ fragt Althexia.

Anita Beneta ist eine der Mitarbeitenden der *Besonderen Rechtsberatung – behördenunabhängigen Rechtsberatung* im Sub e. V. Sie berichtet über die Ignoranz und Unsensibilität in den Entscheidungen des BAMF. Dort fehle es oft an Wissen über die

Thematik von trans* und genderfluiden Menschen. Die Beamt*innen interessierten sich oft nicht für den fehlenden Schutz, für die fehlenden Transitionsmöglichkeiten, für die Polizeigewalt und die systematischen Diskriminierungen im Heimatland. „Die Polizei in Uganda sagt beispielsweise ‚Die Berichte sind gefälscht‘. Und das reicht dem BAMF.“ In der Außenstelle München erlebe man unzulässige, retraumatisierende Fragen und/oder Übersetzer*innen, die gegenüber LGBTIQ*-Themen unsensibel seien. Viele Entscheidungen seien nicht nachvollziehbar, die Entscheidungsbegründungen subjektive Wahrnehmungen der Homosexualität oder des Transseins. „Das ist nicht zulässig!“

An diesem Vormittag im Dezember machen die Versammelten im Sub e. V. ihre Forderungen deutlich: Die Anerkennung gesellschaftlicher und struktureller Gewalt als Fluchtgrund, verpflichtende Schulungen für die BAMF-Mitarbeitenden und die Errichtung spezieller Unterkünfte für trans* und genderfluide Geflüchtete mit geschultem Personal und Schutzkonzept. Und: endlich die langfristige Finanzierung spezialisierter LGBTIQ*-Rechtsberatungen wie im Sub e.V., denn für die Arbeit in ganz Oberbayern steht dort gerade mal eine 50%-Stelle zur Verfügung. Anita Beneta schlägt Alarm: „Das ist unrealistisch, Wir brauchen langfristige Förderungen, damit auch andere Träger solche Beratungen installieren.“ Doch die Entwicklung in den Wochen nach dieser Pressekonferenz ist katastrophal. Statt eine Ausweitung der Angebote zu ermöglichen, passiert das denkbar Schlimmste: *Das Bundesministerium des Inneren* (BMI) teilt Anfang April 2026 mit, dass die Mittel für eine bundesweite Asylverfahrensberatung und besondere Rechtsberatung für queere und andere vulnerable Geflüchtete nun komplett gestrichen werden sollen. Das Sub e. V. reagiert zusammen mit zwölf anderen Fachberatungsstellen aus ganz Deutschland mit einem offenen Brief: „Wir sind entsetzt über diese Entscheidung“, heißt es darin, „eine verlässliche und langfristige Absicherung queersensibler Rechtsberatung ist kein Extra, es ist zwingend notwendig“. <



Suru Emmanuel, Althexia Josephine Vasquez, Kim Kato Hussein bei der Veranstaltung im Sub e.V.



Lina Bamberg, @linabamberg



ERNEUT AUF SCHLEICHWEGEN INS MISSIONSMUSEUM

Oder: Die erstaunlich telefonhaft wirkenden Skapulierbruderschaftsmedallions in Engelshänden

2010 besuchte Thomas Glatz ein Missionsmuseum in der Nähe von München und schrieb für die Hinterland darüber einen Text. Er lässt einen Erzähler aus dem Süden über eine abenteuerliche Reise dorthin berichten, allerdings im Tonfall eines westlichen Forschers und Abenteurers des 19. Jahrhunderts (wie N. M. Prschewalski: Auf Schleichwegen nach Tibet 1870-1873).

Thomas Glatz ist 2026 erneut dort hingereist und gibt Kunde, wie sich der Ort verändert hat. Und das alles wieder im Tonfall eines Forschers und Abenteurers des 19. Jahrhunderts aus dem Süden.

Wir standen in Daressalam im Nationalmuseum vor der Vitrine mit der Dose Wilhelmsthaler Leberwurst, als uns Joshua von einem Missionsmuseum in Süddeutschland erzählte. 1887 habe ein Benediktinerpater eine Ordensgemeinschaft gegründet und Brüder und Schwestern nach Deutsch-Ostafrika, nach Zululand, nach Korea und in die Mandschurei gesandt. Die heimgekehrten Missionsbrüder und Missionschwestern hätten allerhand Artefakte von ihren Reisen mitgebracht und in ihrer Heimat ein Museum eingerichtet. 2010 sind wir schon einmal auf abenteuerlichen Wegen dorthin gelangt und konnten uns einen Eindruck verschaffen. Damals hieß es, das Missionsmuseum sei in die Jahre gekommen. Es solle umgebaut und modernisiert werden. Joshua schlug vor, noch einmal dorthin zu reisen, um nachzusehen, ob und wie sich das Museum voller Merkwürdigkeiten, Rassierungen, Tierpräparaten und wunderbarer Ethnografica heute präsentiert.

Wir reisten also abermals nach O. Seinerzeit vermieden wir es, den Hauptweg einzuschlagen, weil an ihm eine hinlängliche Anzahl von Einheimischen unterwegs war, und wählten eine andere Richtung. Diesmal wollten wir eine List anwenden. Wir zogen uns Trainingsanzüge an, setzten gespiegelte Sonnenbrillen auf, steckten uns Namensschilder an, auf denen „Olympische Delegation“ stand. Hatte man sich doch in München vor kurzem dazu durchgerungen sich erneut für die Olympischen Spiele zu bewerben. Auch ließen wir uns diesmal von einem BMW zu dem Besucherparkplatz des Klosterortes fahren. Freddy Mercury wummerte laut aus den Boxen im Fahrzeug. Es goss in Strömen. Nur wenige Einheimische waren unterwegs, und so gelangten wir unbehindert in das Museum. An der Eingangspforte stand ein hoher, spärlich ergrauter Mann in Mönchstracht, der wie ein magenkranker Vampir auf mich wirkte.

Der Mann deutete auf die Spendenbox am Eingang und wies uns den Weg.

Außer uns war kein Mensch in den Schausälen. Das Photographieren der Schaukästen nach Augenmaß war verglichen mit unserem ersten Besuch ein Leichtes.

Wie sonderbar muss es früher gewesen sein, als im 19. Jahrhundert unterschiedliche Kulturen aufeinandertrafen! Im Nationalmuseum in Daressalam finden sich keine ausgestopften Tiere, Lendenschurze, Kopf- reife, Masken, Speere und Ahnenfiguren. Man kann dort viel über die Geschichte des Landes nachlesen und die Dose mit dem Aufdruck „Leberwurst ff. Cervelatwurst, Westusambara aus der Ersten Deutsch-Ostafrikanischen Fleisch- und Wurstwarenkonser- venfabrik K. Illich, Kwai, Westusambara“ bestaunen. Auch im Museum auf Sansibar stößt man auf seltsame Relikte des Aufeinandertreffens der Kulturen. Die weißen Kolonialherren fertigten aus Elefantenstoßzäh- nen Billardkugeln und Klaviertasten für ihre Salons, die einheimischen Stämme flochten in ihre Halsge- schmeide numismatische Werte wie den Maria-There- sia-Taler.

Ein zu missionierender aus Pappe, als wilder Mann dargestellt, den Speer schwingend, begrüßte uns. Die Vitrinen wirkten diesmal aufgeräumter, die ausgestell- ten Stücke entstaubter.

Das 1920 eingerichtete Tierdiorama als Hauptattrak- tion des Museums, blieb erhalten.

Überall fanden sich rote Texttafeln mit Erklärungen.

Ich las über die Missionsarbeit, über Postkoloniale Theorie, über Dekolonisierung im Museum, über die Erforschung der Provenienz der Museumsobjekte,

Hier findet ihr den Text von 2010 aus der Ausgabe #20 Ich weiß, was gut für dich ist:



und dass kein Unrechtskontext bei dem Erwerb der Objekte festgestellt werden, mindestens aber seien die afrikanischen Objekte unter der Voraussetzung eines Machtgefälles erworben worden.

Plötzlich hörte ich Gabriel schallend lachen. „Sieh Dir das an!“ Er stand vor einer Vitrine, in der eine Kokosnuss ausgestellt war. Ein Missionar hatte diese beschriftet und mit der Post an seine Schwestern und Brüder im Heimatkloster geschickt. „1000 Grüße aus Deutsch-Ostafrika, dem schönen Lande der Palmen! Kath. Mission Daressalam Br. Siegfried“.

Ein skurriles Pendant zu der Leberwurstdose in Daressalam.

Auch fanden wir heraus, dass die Kirche beim Hafen, von wo die Fähren und Dhows nach Sansibar abgehen, vom gleichen Architekten, Hans Schurr geplant worden war wie die Abtei hier in O., deren Besuch uns bei unserer ersten Expedition als zu waghalsig erschien.

Der Wind hatte nachgelassen. Der Regen war ganz fein, wie Wasserstaub. Wir wagten einen Versuch. Einfach reingehen in die Erzabtei, in unseren Trainingsanzügen. Die Sonnenbrillen hatten wir abgenommen. Es gelang. Zum Glück wurden wir kein einziges Mal mit der Kamera ertappt und es merkte niemand, dass ich ihn aufnehme. Die Abtei ist schön und ehrfürchtig.

Godswill war sichtlich enttäuscht. Hatte er sich doch im Kircheninneren bonbonbuntes Barock erwartet oder Rokoko. Gabriel schlug deshalb vor, uns noch ins benachbarte Dorf Eresing fahren zu lassen, wo laut Google eine solche Kirche vorhanden sei.

Das war die eigentliche Überraschung unserer Expedition. St. Ulrich. Waren da doch tatsächlich Engel an die Decke gemalt, die mit Smartphones herumspielten.

Die Malerei stammt von 1756 von einem Martin Kuen. Die Leute hier hatten damals schon das Smartphone gekannt, aber bei uns erst vor wenigen Jahrzehnten in Gebrauch kam! Zumindest hat es der Maler des Freskos, Martin Kuen, vorausgeahnt. Ich lüge nicht! Im Internet fanden wir allerdings nichts darüber. Auch die KI konnte uns nicht weiterhelfen ...

Die Resultate unserer zweiten Reise, welche nach und nach angesammelt worden waren, stellen sich

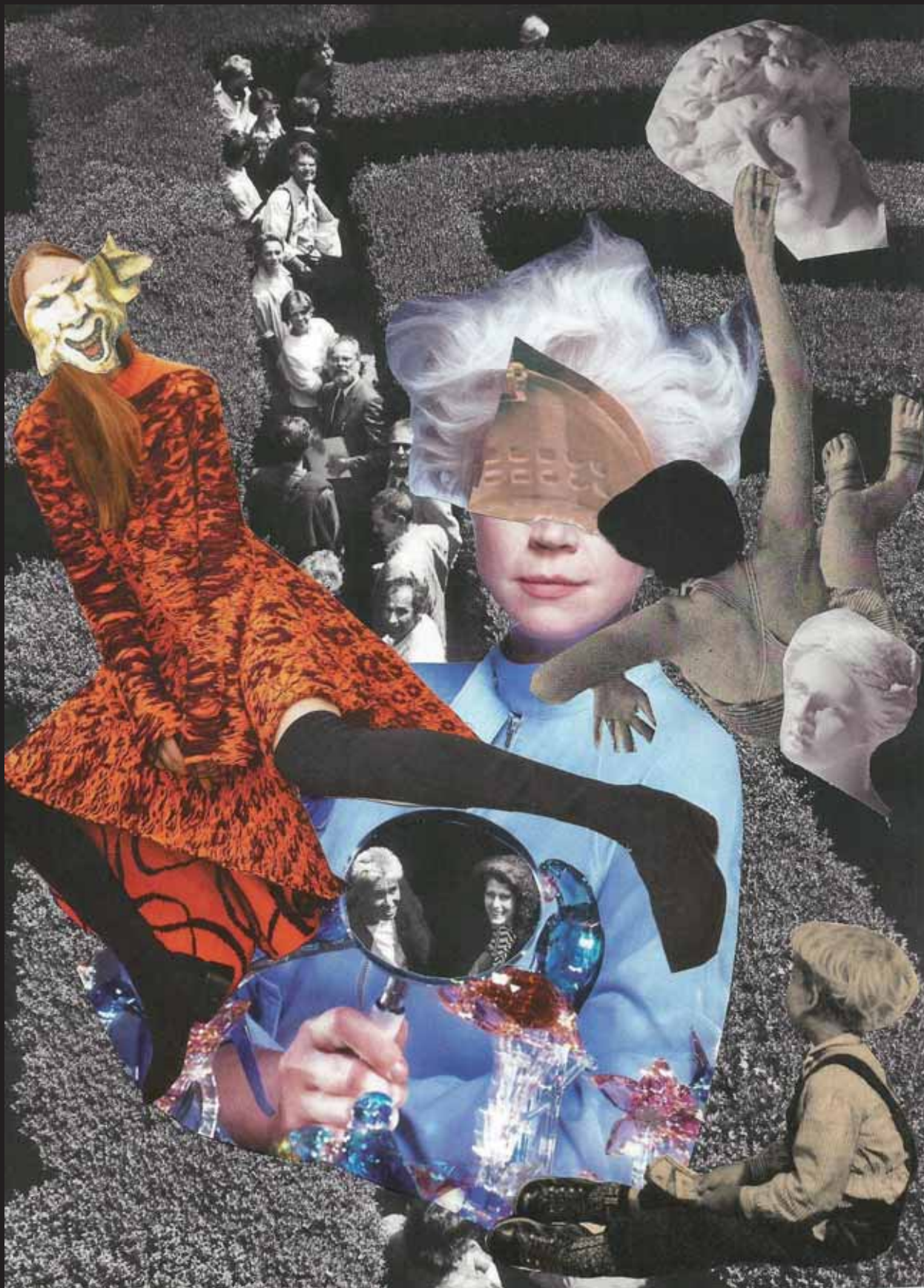
nun klarer heraus. Wir können mit reinem Gewissen sagen, dass wir unsere Aufgabe auch diesmal gelöst haben.<



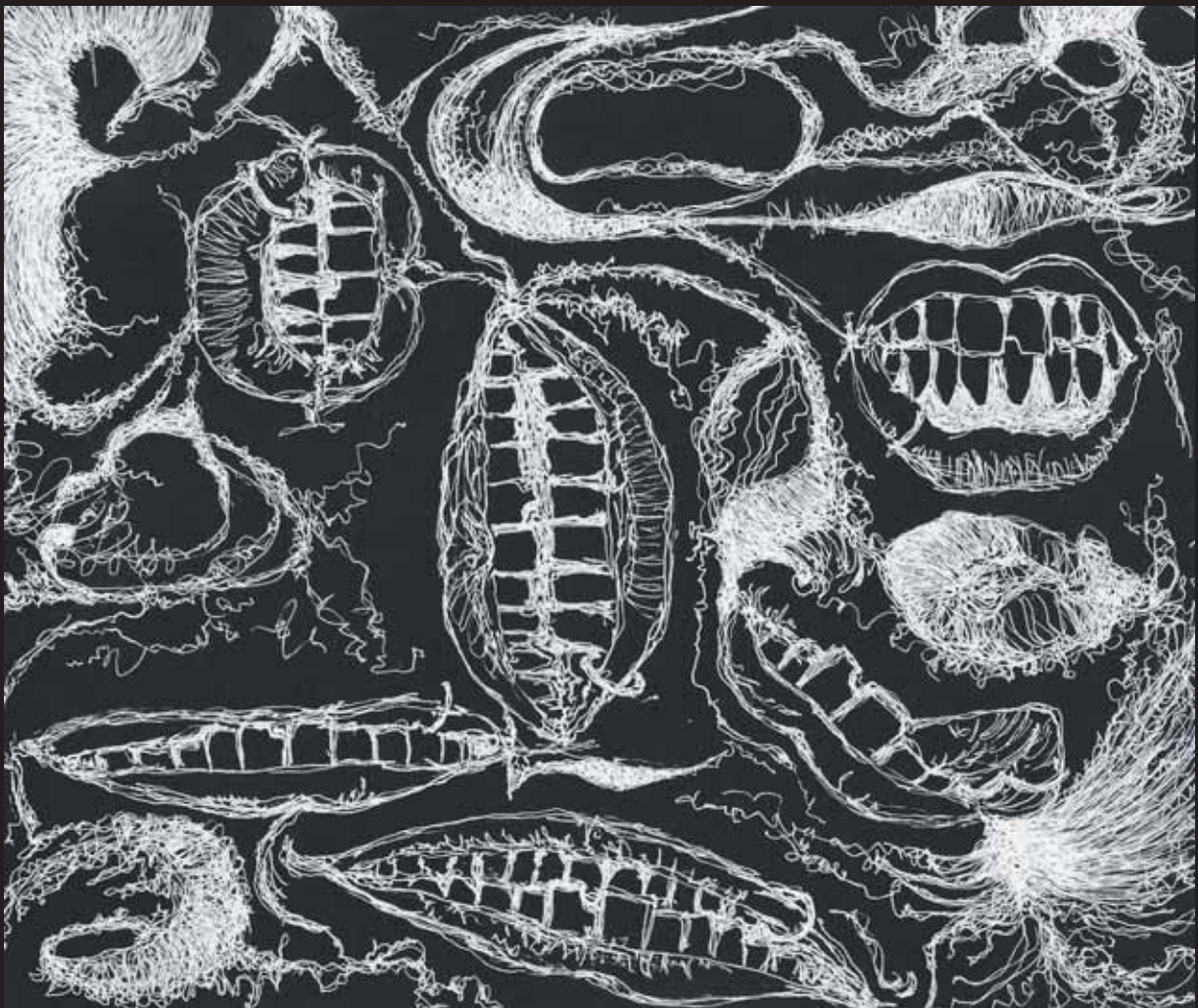


Thomas Glatz,
*(hier schlecht gephotostopt
als Prschewalski), gebo-
ren 1970, lebt als Autor
und Künstler in München
und Buchloe. Im Früh-
jahr erscheint sein Lyrik-
band „Meine Suchmaschi-
ne glaubt an mich, so wie
ich an sie glaube, sagt
sie“ im Verlag Black Ink.*





Pilar Segura, @laartistafuturista



Lisa Neugebauer, @l.i.z.o.r



was bleibt vom Jahr 2025

„Zum Jahresende

Die Angst vorm Silvester-Schlagerboom

82 Hinterland

In der letzten Ausgabe der Hinterland #59 was bleibt vom sommer war leider etwas kaputt beziehungsweise ist ziemlich schiefgelaufen: Mehrere Seiten waren falsch gedruckt und wir haben euch deswegen gebeten, die leere Seite zu gestalten. Danke an A. Gave, der dieses schöne Kunstwerk aus unserer kaputten Seite gemacht hat. Mehr von A. Gave findet ihr hier: <http://a-gave.de>

#privat



Neuer Abschiebeterminal am Münchner Flughafen? Nein. Danke!

Als Mitarbeiterin des Münchner Flüchtlingsrats und Mitinitiatorin der Kampagne *Abschiebeterminal Muc verhindern* berichtet Hannah Sommer über den Stand der Planungen des Münchner Abschiebeterminals und was jetzt noch gegen den Bau unternommen werden kann.

Am Münchner Flughafen soll ein Abschiebeterminal gebaut werden. Was genau bedeutet das?

Auch jetzt schon finden Abschiebungen vom Münchner Flughafen aus statt, aktuell über Terminal 1. Es gibt am Münchner Flughafen die kombinierte Transit- und Abschiebungshafteinrichtung, kurz KTA genannt. Jetzt geht es aber nicht darum, mehr Haftplätze für Geflüchtete in der KTA zu schaffen, sondern wirklich ein eigenes Terminal zu bauen, nur für Abschiebungen, mit einem direkten Zugang zum Rollfeld. Damit werden Abschiebungen noch isolierter vom Rest des Flughafenbetriebs stattfinden können als es ohnehin schon der Fall ist.

Abschiebungen sind bereits jetzt an diesem Ort eine ziemliche Blackbox. Am Münchner Flughafen gibt es kein unabhängiges Abschiebemonitoring wie an anderen deutschen Flughäfen, um Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.

Wann soll das Terminal in Betrieb gehen?

Die Inbetriebnahme des Abschiebeterminals soll nach bisherigen Plänen 2028 erfolgen. Bisher haben wir die Information, dass es damit möglich sein soll, bis zu 100 Personen am Tag abzuschicken und zusätzlich noch zwei Charterflüge pro Tag stattfinden sollen. Auch wenn das maximale Zahlen

sein sollen und davon auszugehen ist, dass es nicht jeden Tag so viele Abschiebungen geben wird, ist das eine politische Absichtserklärung, wohin die Entwicklung geht, und damit wird auch eine dauerhafte Infrastruktur für eine Ausweitung von Abschiebungen geschaffen.

Vor dem Hintergrund von zunehmenden europäischen Kooperationen bei Abschiebungen besteht die reale Möglichkeit, dass dann München zukünftig auch eine zentrale Rolle als Abschiebestadt einnimmt. Auf EU-Ebene wird diskutiert, noch mehr Abschiebungen per Charter zwischen den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam durchzuführen, was ja



auch aktuell schon passiert, und da befürchten wir, dass genau dafür eine bauliche Infrastruktur geschaffen werden soll.

Wie viele Menschen schiebt Deutschland aktuell ab?

Im Jahr 2025 gab es rund 22.700 Abschiebungen aus Deutschland, im Schnitt wurden also 62 Personen pro Tag abgeschoben. Allein durch das Abschiebeterminal in München käme es dann zu einer immensen Steigerung. Mit der Kampagne wollen wir auch darüber aufklären, was bereits jetzt passiert: Dass zum Beispiel 2025 jede sechste abgeschobene Person minderjährig war, also sehr viele Kinder und Jugendliche von Abschiebung bedroht sind; dass vermehrt aus Krankenhäusern und Schulen abgeschoben wird und dass es zu Familientrennungen

kommt. All das, was es jetzt schon gibt, wird sich durch die Politik, die hinter diesem Vorhaben eines eigenen Abschiebeterminals steht, noch weiter verschärfen.

Wie weit sind die Planungen bereits vorangeschritten?

Im Juli 2022 hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die BIMA, den Auftrag bekommen, die Möglichkeit für ein eigenes Abschiebeterminal zu erkunden. Die BIMA hat dann ein geeignetes Grundstück vorgeschlagen, das Eigentum der Flughafen München GmbH ist. In der Folge beauftragte die BIMA die Flughafen München GmbH, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Diese wurde im April 2025 abgeschlossen. Dann kam es zu einer Abstimmung zwischen der Flughafen München GmbH und der Regierung von Oberbayern über die

Genehmigung. Die Planung der Regierung ist jedoch ins Stolpern geraten, weil das Grundstück, das sie rausgesucht haben, sich auf dem Gelände der Stadt Freising befindet. Im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses im Sommer 2025 lehnte der Stadtrat der Stadt Freising die Durchführung der Baumaßnahmen ab. Daraufhin hat die Regierung von Oberbayern ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet, um das Veto auszuhebeln.

Eigentlich sollte schon 2025 im Aufsichtsrat der Flughafen München GmbH über den Bau abgestimmt werden. Das hat sich jedoch nach hinten verschoben. Wir gehen davon aus, dass das im ersten Quartal 2026 passiert sein könnte. Informationen dazu fehlen uns bislang.



Am Gärtnersplatz in München versammeln sich Mitte März 2026 an die 2500 Demonstrant*innen, um gegen das geplante Abschiebeterminal zu demonstrieren.

Gibt es noch Interventionsmöglichkeiten, den Bau zu verhindern?

Im Rahmen dieses Planfeststellungsverfahrens gab es bis Ende März 2026 die Möglichkeit, als Einzelperson Einwendungen oder als anerkannte Vereinigung, wie zum Beispiel Umweltschutzverbände, Stellungnahmen einzubringen. Genauere Infos dazu findet ihr auch auf unserer Homepage. Ist dem Planfeststellungsverfahren inzwischen bereits zugestimmt, wäre es außerdem möglich, Klagen gegen diesen Beschluss einzureichen. Das können dann beispielsweise anerkannte Umweltverbände machen. Sollte die Entscheidung in der Aufsichtsratssitzung der München GmbH jedoch bislang noch nicht stattgefunden haben, könnte man noch mehr politischen Druck erzeugen. Insgesamt geht es natürlich darum, sich auf politischer

Ebene gegen die immer weiter forcierte und als alternativlos dargestellte Abschiebepolitik einzusetzen.

Wer sitzt alles im Aufsichtsrat und sind die Mitglieder öffentlich bekannt?

Ja. Wer drinnen sitzt, ist öffentlich bekannt. Die Stadt München hat auch Anteile an der Flughafen München GmbH, nämlich 23 Prozent. Und von den 16 Sitzen im Aufsichtsrat hat auch die Landeshauptstadt München zwei Sitze inne: einmal der Wirtschaftsreferent Christian Scharpf und der Oberbürgermeister der Stadt München, ehemals Dieter Reiter, seit April 2026 Dominik Krause.

Wisst ihr, wie Dominik Krause sich zu den Planungen verhält?

Wir haben die begründete Hoffnung, dass sich Dominik Krause gegen das geplante Abschiebeterminal positioniert, im Gegensatz zu Dieter Reiter, der sich schon letzten Sommer positiv zu dem Bau äußerte. Falls die Abstimmung also noch nicht stattgefunden hat, ist die Chance schon sehr groß, dass der neue Oberbürgermeister dagegen stimmen wird. Und es gäbe dadurch auch nochmal eine neue Möglichkeit, dass er im Aufsichtsrat Überzeugungsarbeit leisten könnte, warum ein Bau abzulehnen ist.

Gibt es in anderen Städten vergleichbare Einrichtungen oder Planungen dazu?

Ja. Tatsächlich plant man gerade ähnliche Abschiebeterminals am Flughafen Frankfurt am Main und am Flughafen Berlin-Brandenburg.



Die Demonstration auf dem Weg durch die Innenstadt am Oberanger entlang Richtung Marienplatz.

Das zeigt, finde ich, die Dimension, in welche Richtung es politisch bei Abschiebungen gerade geht, also dass es hier nicht nur um lokale Phänomene geht. In Berlin Brandenburg gab es auch ein Protestcamp gegen das geplante Abschiebeterminal.

Kannst du eure Kampagne in München gegen den Bau vorstellen?

Ja, gern: Als die Stadt Freising im Sommer 2025 ihr Veto gegen den Bau eingelegt hatte, gab es vermehrt Berichterstattungen über die Planungen. Verschiedene Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen aus München haben sich daraufhin zusammengefunden, um Widerstand zu organisieren. Wir sehen die Planungen im Zusammenhang mit dem jetzigen gesellschaftlichen Klima von

verstärktem Rechtsruck, autoritären Entwicklungen und massiven Einschränkungen des Asylrechts.

An der Demonstration haben

über 2500

Menschen teilgenommen

Wir haben einen öffentlichen Appell geschrieben, zunächst an die Stadt München, vor dem Hintergrund, dass die Stadt München auch Anteile an der

Flughafen München GmbH hat und im Aufsichtsrat vertreten ist. Inzwischen haben den Appell über 100 Organisationen und Initiativen und über 1000 Einzelpersonen unterzeichnet und fordern damit konkret, das Abschiebeterminal zu verhindern. Das ist ein klares Bekenntnis zu München als solidarische Stadt für alle und sicherem Hafen.

Wie ging es weiter?

Im Februar 2026 hatten wir die Kick-Off-Veranstaltung der Kampagne „Abschiebeterminal MUC Verhindern“, die sehr gut besucht war. Das heißt, es gibt ein großes Interesse in der Bevölkerung, mehr darüber zu erfahren. Mitte März haben wir eine Demo organisiert und dabei noch einmal unsere Forderungen vor das Rathaus getragen. Mit mehr als 2500 Teilnehmenden war das eine



sehr kraftvolle Aktion, die ein klares Zeichen gegen das Abschiebeterminal und für eine offene solidarische Stadtgesellschaft gesetzt hat.

Was sind eure Pläne, wie soll es weitergehen?

Wir haben uns mit Aktiven in Freising vernetzt, weil dort der Bau geplant ist. Und auch dort haben wir eine Infoveranstaltung gemacht, die auf großes Interesse gestoßen ist. Demnächst soll auch eine Demonstration stattfinden und das Thema mehr in die Freisinger Stadtgesellschaft reingetragen werden.

Insgesamt wollen wir mehr Öffentlichkeit schaffen und auf einer politischen Ebene schauen, ob man mit dem neuen grünen Münchner Oberbürgermeister noch mal mehr ins Gespräch kommen kann. Wir

wollen das öffentliche Interesse und den politischen Druck mit verschiedenen Aktionsformen aufrechterhalten.

Konkret können alle Menschen die Kampagne unterstützen: Unterzeichnet den Appell und verbreitet die Informationen und haltet euch auf dem Laufenden über die Kampagne auf unseren Social-Media Kanälen und unserer Website und kommt zu unseren Aktionen.<

Das Gespräch führte Agnes Andrae Anfang April 2026.

Die Kampagne Abschiebeterminal Muc verhindern findet ihr auf Instagram unter @abschiebeterminalmucverhindern oder unter abschiebeterminal-verhindern.de



Eva Z. Schmitt, arteva2013.wordpress.com, @arteva_2013

Strategien gegen die Machtübernahme von Rechtsextremen

Arne Semsrott veröffentlichte 2024 sein Buch „Machtübernahme. Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren. Eine Anleitung zum Widerstand“. Gerade scheint es so, als wären wir schon fast in dem Szenario, das der Politologe und Demokratieaktivist Semsrott als mögliches darin beschrieben hat.

Ein Gespräch darüber, was jetzt konkret zu tun ist!

Wie müssen die Strategien jetzt aussehen? Oder was würdest du vorschlagen?

Vorab: Es ist wichtig festzuhalten, dass wir in einem politischen Moment sind, in dem es tatsächlich erstmals voll angemessen ist, verzweifelt zu sein, sich hoffnungslos zu fühlen und/oder auch erschöpft zu sein. Wir sollten das anerkennen und dem Raum

geben, ebenso wie der Trauer. Der nächste Schritt ist sich umzuschauen und festzustellen, dass es vielen Menschen so geht wie uns: Viele wollen, dass es anders ist. Das ist der wichtigste Ansatzpunkt für ein weiteres Engagement. Denn dann können wir sehen, dass wir in den vergangenen Jahren eine Organisation und eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft erfahren haben,

die es in den Jahrzehnten davor gar nicht gab. Es gibt also ein enormes Potenzial. Beginnen wir mit den 9 Millionen Menschen, bundesweit, die sich im Sommer der Migration engagierten, ebenso in den antirassistischen und hoch demokratischen Protesten, die sich danach in großen Bündnissen bildeten. All die Menschen, die Teil davon waren, sind ja nicht weg – nur weniger sichtbar. Wichtig ist,

das Engagement sichtbar zu machen, das es nach wie vor gibt, es anzuerkennen, sich zu verbünden und gegenseitig zu stärken.

In deinem Buch beschreibst du, wie sehr sich die Entwicklung der politischen Situation anhand des Themas Migration ablesen lässt und wie sich die öffentlich-rechtlichen Medien in ihrer Berichterstattung positionieren. Welche Erklärung hast du dafür?

Bei den öffentlich-rechtlichen Medien gibt es unterschiedliche Ebenen. Eine ist, dass dort auch Menschen arbeiten, die selbst rechts sind und ebenso Menschen, die faschistische Einstellungen vertreten. Das ist also durchaus auch ein Abbild der Gesellschaft. Viele wollen dort, dass die Berichterstattung, wie es sie derzeit gibt, dann auch so abläuft. Das ist keine grüne Wiese, auf der es schöner ist als beim Rest der Gesellschaft.

Zudem gibt es zwei Konzepte in den öffentlich-rechtlichen Medien, wo man ansetzen müsste und die man ändern könnte. Zum einen gibt es eine riesige Angst bei den Verantwortlichen in den Führungspositionen vor insbesondere rechten Medien und Akteuren. Ich spreche hier von diesem Lügenpressegejaule, das von den Rechts-extremen seit vielen Jahren zu hören ist. Dieses war extrem effektiv in den Führungsetagen. Es hat dort enorm eingeschüchtert. Gerade in den Chefetagen bräuchte es Menschen, die sich vor ihre Beschäftigten und vor diejenigen stellen, die bedroht werden, weil sie die Öffentlich-Rechtlichen als Institution der Demokratie offensiv verteidigen. Genau das passiert nicht, sondern wir sehen größtenteils ein Einknicken und eine große Angst. Hier braucht es viel mehr demokratisches Selbstbewusstsein.

Die nächste Ebene ist, was in den Redaktionen an Reaktionen ankommt, oft ein Zerrbild ist, weil von rechts sehr viel organisiert Stimmung gemacht wird. Wenn man sich also mit Leuten der öffentlich-rechtlichen Medien unterhält, erfährt man beispielsweise, dass sie nach Sendungen zum Thema Migration, ein Vielfaches mehr an Zuschriften von rechts bekommen, als aus dem progressiven Teil der Gesellschaft. Da wird geschimpft, kritisiert und beleidigt. Somit entsteht ein Zerrbild, das wiederum in die Redaktionskonferenzen Eingang findet. Demokratische

*Aus dem
gegenseitigen
Rückhalt
entsteht
Solidarität*

Grundprinzipien der öffentlich-rechtlichen Medien werden gezielt genutzt, um dieses Zerrbild herzustellen. Es müssten also alle mehr Zuschriften an die Redaktionen schicken – vor allem, wenn man bestimmte Berichterstattung gut findet.

Die Leute müssten mutiger werden und klare Kante zeigen oder?

Ja auf jeden Fall. Das gilt ja nicht nur für die öffentlich-rechtlichen Medien, aber da ganz besonders.

In deinem Buch schreibst du sehr genau, wie der Rechtsstaat funktioniert, beispielsweise

welche Möglichkeiten man für Anfragen hat. Was muss man wissen, um tatsächlich effektive Gegenstrategien entwickeln zu können?

Vorneweg – ich hatte viele erfolgreiche Kampagnen, bei denen ich nicht wusste, warum die erfolgreich sind. Man muss ein System nicht verstehen, um es zu verändern. Das Wichtigste ist, wie man auf andere Menschen zugeht. Dass man sich als Teil einer Gesellschaft versteht, in der man miteinander solidarisch sein will, sich in die Augen schaut. Klein anfangen und Grundsätzliches tun: In der Nachbarschaft Leute grüßen und schauen, geht's meiner Nachbarin gut? Ihr vielleicht anbieten, den Einkauf zu machen, wenn es ihr nicht gut geht. Diese Basics sehen wir ja in vielen verschiedenen Systemen. Da, wo Vertrauen besteht, wo Leute einander unterstützen, da haben es demokratische Bewegungen viel einfacher. Das kann zum Beispiel in einem Mehrpartei-enhaus bedeuten, dass man eine Chatgruppe mit allen Nachbar*innen einrichtet. Erst geht es vielleicht nur darum, falsch abgegebene Pakete zu koordinieren oder ähnliche Dinge. Doch das sind dann Kommunikationsmittel, die man schnell einsetzen kann, wenn beispielsweise die Heizung ausgefallen ist oder man ein Problem mit dem Vermieter hat, aber auch, wenn eine Abstimmung in der Nachbarschaft stattfindet und man dagegen vorgehen will. Das ist die Grundstruktur. Wenn man Interesse hat und weitergehen will, kann man versuchen, Systeme zu verstehen und mehr Mittel zu nutzen. Doch ich glaube nicht, dass wir alle jeder für sich die Welt verändern müssen. Das funktioniert nicht – zu viel Verantwortung. Nicht alle müssen sämtliche Systeme durchdringen, sondern es fängt in diesem Klei-

nen an: Also dahin zu gehen, wo andere Menschen ähnlich ticken wie man selbst. Aus einem gegenseitigen Rückhalt entsteht dann Solidarität.

Was machst du persönlich, wenn du auf jemanden triffst, der rechtsextrem oder unbelehrbar ist, sodass eine Unterhaltung nicht möglich ist, etwa aus der Familie?

Wenn wir es tatsächlich mit Menschen zu tun haben, die ein gestörtes rechtsextremistisches Weltbild haben, dann ist es schwer, sie davon loszulösen. Das ist wie ein Leben auf einem anderen Stern. Ich denke, es ist eine wichtige Entscheidung für eine*n selbst, ob man Energie darauf verwenden will, damit umzugehen oder ob man lieber auf sich selbst achten will oder – was ich auch sehr wichtig finde –, auf die Umgebung dieser Person. Ist es ein Onkel, der rassistische Sprüche von sich gibt, dann kann ich mich mit ihm immer wieder auseinandersetzen. Ich kann aber auch schauen, was für Auswirkungen hat das zum Beispiel auf meine Cousinen und mich um diese kümmern. Sich nur auf diese eine Person zu fokussieren, ist nicht unbedingt der Weg, den ich gehen würde. Wenn man eine Verbindung nicht verlieren will, funktioniert es am ehesten über einen emotionalen Kontakt. Beispielsweise könnte ich sagen: Mir tut das weh, wenn du so etwas sagst. Oder ich will nicht, dass in meiner Umgebung so etwas passiert.

Mein Weg ist grundsätzlich so, dass ich meine Aufgabe eher darin sehe, zu zeigen, wie schön es ist, wenn Leute gut miteinander umgehen; also weniger auf diejenigen zuzugehen, die andere Menschen diskriminieren und versuchen sie zu überzeugen, sondern eher zeigen: Hey, guck

mal, wie schön es ist, wenn alle Freude miteinander haben, um die Anziehungskraft dieser Bubbles zu stärken.

In Talkshows treten AfD-Leute auch auf. Man hat den Eindruck, dass deren Argumente so viel mächtiger wirken als die von allen anderen. Das hast du auch in deinem Buch geschrieben, dass diese Faktenchecks nicht direkt gemacht werden, sondern erst im Nachhinein, die dann niemand mehr anschaut.

Ja, diese Formate sind nutzlos. Die ursprüngliche Prämisse bei demokratischen Diskussionen ist ja, dass man einen Raum findet, in dem sich alle auf die gleichen Diskussionsregeln einigen. Auf dieser Basis agieren dann alle gemeinsam miteinander. Wenn aber eine Person nach anderen Regeln spielt, etwa Zahlen angibt, die nicht den Fakten entsprechen, dann kann man mit der Person auch nicht diskutieren wie mit anderen. Noch immer müssen Politiker*innen und andere Gäste in Sendungen nicht exakt nachweisen, woher ihre Zahlen, Daten und Behauptungen stammen. Das gilt nicht nur für rechtsextreme Menschen. Die Richtigstellungen im Faktenscheck der einzelnen Sender schaut später niemand mehr an. Rechtsextreme Politiker*innen in einen demokratischen Diskurs einzuladen, macht diesen Diskurs automatisch kaputt und es gibt bislang keinen Weg damit umzugehen. Deswegen sind solche Formate von Anfang an zum Scheitern verdammt.

Welche Strategien würdest du einzelnen Menschen und Gruppen, die sich schon bereits engagieren, noch empfehlen?

Niemand muss ein neues Projekt starten. Der wichtigste erste Schritt, wenn man sich engagieren will, ist, dort hinzugehen, wo andere Menschen schon etwas tun. In Deutschland haben wir das große Glück, dass es überall – bis ins kleinste Kaff hinein – demokratische Projekte gibt. Sei es das Nachbarschaftscafé, die solidarische Kneipe oder das Freeware Café. Es gibt total viel. Dort sich anschließen und engagieren! Das könnte ein erster Schritt sein.

Arne Semsrott leitet die Recherche- und Transparenzplattform FragDenStaat. Er ist Politikwissenschaftler und Journalist. Mit dem Freiheitsfonds befreit er Menschen aus dem Gefängnis.

In Arne Semsrotts aktuellem Buch **Gegenmacht: Die Zivilgesellschaft schlägt zurück** geht es vor allem darum, wie wir in die Offensive kommen.

Am 4. Juni 2026 liest der Autor im Bellevue di Monaco in München.



Demos sind ebenso ein Anfangspunkt. Hier sieht jede*r, wie viele andere Leute sich auch engagieren. Das ist an sich schon heilsam und man kommt raus aus dem Gefühl der Ohnmacht.

Wie siehst du die Rolle der Gewerkschaften in Bezug auf Strategien und Widerstand?

Den Gewerkschaften kommt eine ganz besondere Verantwortung zu. Sie sind die stärksten Organisationen mitten in der Stadt. Zudem sind sie unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen die mächtigsten, die es in Deutschland gibt. Sie haben einen sehr konkreten Hebel, um etwas ändern zu können: den Streik. Das ist eine enorme Macht, die in den letzten Jahrzehnten viel zu selten genutzt wurde. Die Zahl der Streiks in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern lächerlich gering. Gewerkschaften müssten sich stärker als demokratieverteidigende Organisationen begreifen und nicht nur als Organisationen in der Sozialpartnerschaft, in der man sich wegen ein paar Zehntel Prozent Differenz spaltet. Das werden wir jetzt im Hinblick auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im September sehen. Dort gibt es Gewerkschaften, die sich sehr klar positionieren, und zwar: Rechtsextreme in der Regierung geht mit uns nicht. Wenn das passiert, gehen wir auf die Barrikaden. Das ist die Ansicht vieler Leute an der Basis. Nicht jedoch bei den Funktionär*innen der Gewerkschaften. Deswegen ist es umso wichtiger, die Menschen an der Basis zu stärken.

Wie konnte die Stimmung beim Thema Migration so kippen trotz vielversprechendem Anfang?

Nehmen wir mal wieder den Sommer der Migration. Das ist, wenn

man das so sehen will, die größte Bürgerrechtsbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Wenn man von 9 Millionen Menschen ausgeht, die sich engagiert haben und die das nicht nur gut gefunden haben. Sie haben selbst etwa Kleidung, Essen, Wohnplätze organisiert. Auf diese Zeit der größten Bürgerrechtsbewegung wird heute so geschaut, als sei es eine Zeit gewesen, die danach von Kampagnen begrenzt wurde, in dem Sinn, dass Menschen naiv den Staat überfordert haben. Das ist ja nicht das, was passiert ist. Was wirklich passierte, war, dass Leute mit ihnen Unbekannten solidarisch

*Es geht
darum,
jetzt
Strukturen zu
schaffen*

waren, und dann vom Staat im Stich gelassen wurden. Vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer verraten, der 2018 die Migration als die Mutter aller Probleme bezeichnete. Und während sich die Leute engagierten und dabei teilweise ausbrannten, haben sich andere Leute in ihren Chefetagen hingesetzt und Essays darüber geschrieben, warum wir das alles nicht schaffen können.

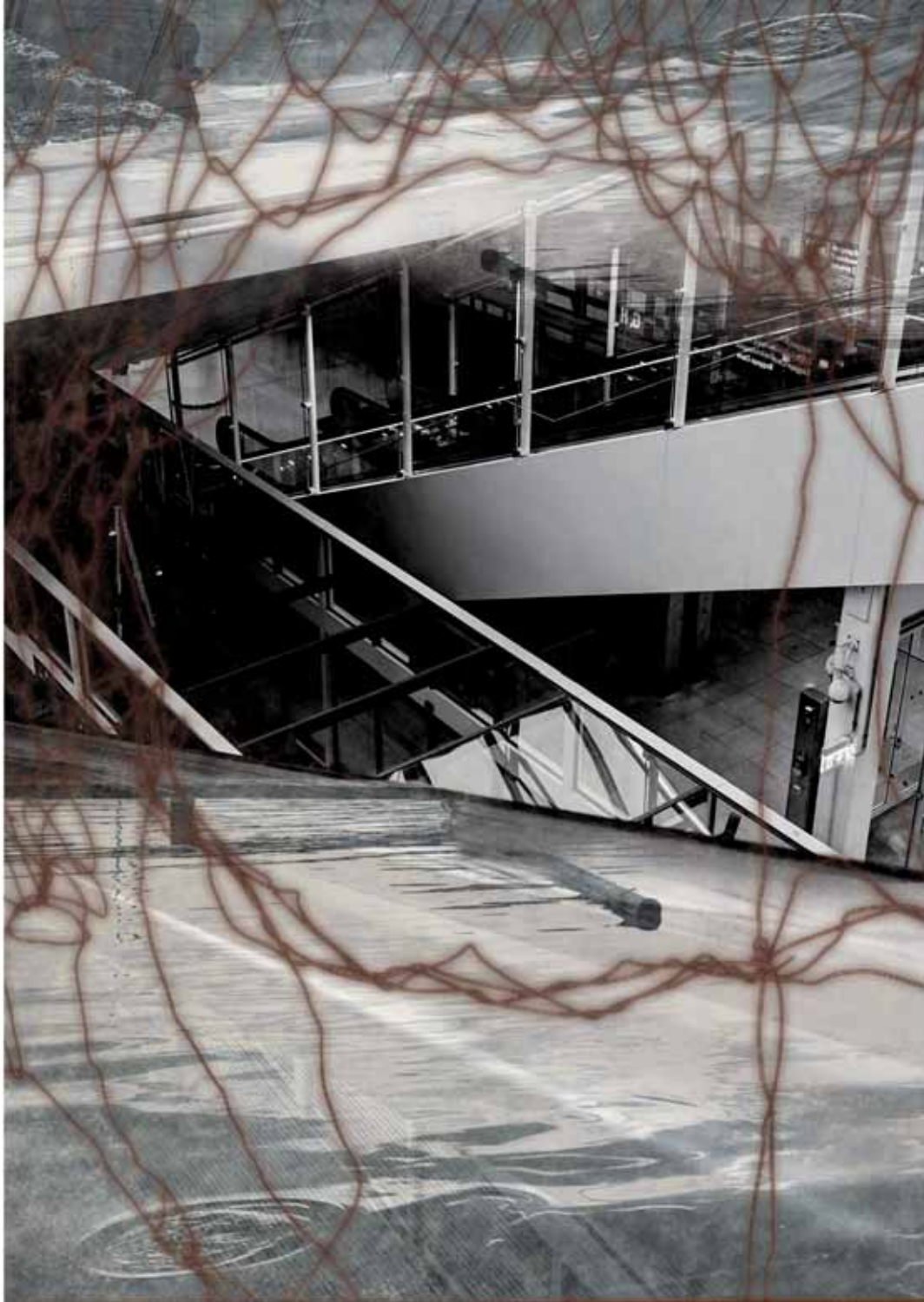
Für mich ist das eher ein Diskursproblem als ein Problem der Fakten, weil sehr klar wurde: Wir schaffen das. Und das ist auch vielfach passiert. Nur haben wir

dann zum Beispiel von Medien gelesen, wie *Die Zeit*, in der Chefredakteur Giovanni di Lorenzo am 12. Januar 2017 auf einmal schrieb, vielleicht sollten wir das doch lassen. Da sage ich: Es ist eher so, dass den Menschen, die sich engagiert haben, zu wenig Energie geblieben ist, auch noch diesen Diskurs zu gewinnen.

Du schreibst über Prepping, wie man sich also für den Ernstfall wappnen könnte. Kannst du das genauer erklären?

Ich spreche von einem Prepping for future – eine andere Form der Vorbereitung. Damit meine ich nicht dieses individualistische Prepping, bei dem sich eine Person auf einen Tag X vorbereitet, für einen Kampf, in dem alle gegen alle ums Überleben kämpfen, sondern ein gemeinsames und solidarisches Prepping. Es geht darum, miteinander zu überlegen, wie wir an einem Tag Y füreinander sorgen können. Das bedeutet dann, auch Vorräte anzulegen, aber nicht nur Toilettenpapier und Ravioli, sondern Vorräte an Verbindungen, Vorräte an dauerhaften Strukturen, Vorräte an Liebe. Ganz viele Ansätze dafür gibt es bereits, wie in den Nachbarschaftsinitiativen, in Häusergemeinschaften. Das alles sind Strukturen aus denen heraus Prepping for future bestehen kann. Man bereitet sich darauf vor, dass es eine Gesellschaft gibt, arbeitet aber auch daraufhin, dass es sie nicht gibt. Es soll ja kein euphorisches Projekt sein, bei dem man sich Landschaften herbeifantasiert. Sondern es geht darum, jetzt Strukturen zu schaffen, um gewappnet zu sein, die auch unabhängig von der Krise bestehen, weil es schön ist, Bindungen zu haben und zu leben.<

Das Gespräch führte Pezi Novi.



#gender





GEAS

Am 12. Juni 2026 wird die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz GEAS, in Kraft treten. Das ist auf jeden Fall ein Meilenstein. In welche Richtung entwickelt sich die europäische Flüchtlingspolitik mit dieser Reform, fragen wir den Rechts- und Sozialwissenschaftler Maximilian Pichl.

Vorab und in Kürze: Die GEAS-Reform legalisiert viele Abschottungspraktiken, die schon bisher in Europa so abliefen: Also vieles von dem, was wir in Griechenland, Spanien oder Italien an den Außengrenzen erlebt haben, wie beschleunigte Grenzverfahren ohne eine inhaltliche Prüfung der Asylanträge. Das wird jetzt Gesetz. Das verändert natürlich auch die rechtlichen Auseinandersetzungen, weil solche Verfahren auf einmal europarechtlich verankert sind. Das ist ein Problem auch für zukünftige Auseinandersetzungen. Im Endeffekt besteht eine große Ambivalenz: Auf der einen Seite haben wir Nationalstaaten, die sich alle über die EU beschweren und sagen, die EU würde eine harte Migrationspolitik verhindern. Auf der anderen Seite geht mit der GEAS-Reform die größte Europäisierung in diesem Bereich einher, die man sich vorstellen kann, weil fast alle Regelungen aus Richtlinien in Verordnungen übertragen werden, die unmittelbar anwendbar sind und dadurch eine viel stärkere Rechtsbindungskraft für die Nationalstaaten haben. Sie engen die Nationalstaaten an vielen Stellen der Migrationspolitik noch mal stärker ein als zuvor. Das ist ein Widerspruch zum öffentlichen Lamento der Nationalstaaten gegenüber der EU. Und trotz alledem darf man nicht vergessen, dass sich die Kräfteverhältnisse in der EU gerade ändern, und es rechte Mehrheiten für genau diesen Kurs der Abschottung gibt, um damit auch das, was die Nationalstaaten machen, zu legitimieren.

Die größte Wirkung wird GEAS an den Außengrenzen entfalten. Kannst du die wichtigsten Aspekte nennen?

Legalisiert wird zunächst das beschleunigte Verfahren in den sogenannten Grenzverfahren. Also etwas, das Griechenland schon lange praktiziert bei Menschen, die über angeblich sichere Drittstaaten kommen, wie die Türkei oder wenn man Syrien auf einmal als „sicheren Drittstaat“ deklariert. Die Anträge werden dann schnell

bearbeitet und im Zweifelsfall abgelehnt. Die Idee ist, dass man aus den Grenzverfahren heraus die Menschen abschiebt. Damit löst man diese Abschiebeprobleme nicht, die es bisher schon gab. GEAS bringt auch hier eine Legalisierung von schon bekannten Praktiken. Neu ist, dass es jetzt eine sogenannte flexible Solidarität geben soll. Also die Mitgliedstaaten müssen in einen sogenannten Solidaritätspool bestimmte Beiträge leisten, das kann finanzieller Art sein oder sie

übernehmen Menschen im Rahmen einer Relocation oder sie liefern operationelle Unterstützung zur Grenzsicherung. Die Idee: Außengrenzverfahren im Gegenzug zur Solidarität mit den Außengrenzen-Staaten der EU. Wir konnten in diesem ersten Zyklus, in dem diese Beiträge verhandelt werden sollten, aber schon sehen, dass eigentlich alle Mitgliedstaaten sehr zurückhaltend reagierten. Fast alle haben behauptet, sie seien überlastet und seien deshalb von den Solidaritätsleistungen ausge-

OBSERVED

nommen. Der große Wurf – gemeinsam die Verteilungen Geflüchteter in Europa zu organisieren – ist ausgeblieben. Das, was die südeuropäischen Staaten haben wollten, ist nicht eingetreten und so ist der Anreiz für diese Staaten gering zu sagen: Wir nehmen diese Leute alle in diese Grenzverfahren auf und sind verantwortlich für die Verfahren. Die Konsequenz dürfte deshalb noch mal verschärfte Pushbacks sein um Leute abzuhalten, reinzukommen, und bei den Menschen, die drin sind, nicht so genau hinzuschauen und hoffen, dass die sich von alleine in andere EU-Staaten aufmachen.

Die Aufnahmerichtlinie ist das einzige Regelwerk, das keine Verordnung wurde. Sie regelt unter anderem die Unterbringung, die Gesundheitsversorgung, die Bewegungsfreiheit, das Recht zu arbeiten, den Schulbesuch. Warum ist das noch eine Richtlinie?

Es gibt große Schwierigkeiten, dass sich die EU-Mitgliedstaaten hier auf eine Verordnung einigen und die Aufnahme mit einer so starken Rechtsverbindlichkeit festschreiben wie etwa beim Thema Abschiebung. Das bedeutet jedoch, dass wir ein zentrales Problem im GEAS fortführen, nämlich die miserablen Aufnahmebedingungen in den Staaten an den Außengrenzen. Menschen werden der Obdachlosigkeit anheimgestellt, haben keinen Zugang zu

Leistungen, keine ordentlichen Unterkünfte. Zwar sagt die Aufnahmerichtlinie eindeutig, dass all das gewährleistet werden muss, aber wie sie es tun, das steht den Nationalstaaten offen. Zudem besteht ein Durchsetzungsproblem des Europarechts an dieser Stelle. Es gibt ja beispielsweise als eine der wenigen positiven Aspekte der GEAS-Reform Verbesserungen des gleichen Zugangs zur Gesundheitsversorgung und zur Schulpflicht für junge Geflüchtete wie für die Einwohner*innen des jeweiligen Nationalstaats. Ob sich das aber in allen Staaten durchsetzen lässt, ist die große Frage. Die Reform zeigt, dass man da, wo es um die Aufnahme der Leute geht, sehr zurückhaltend ist mit durchsetzungskräftigen Rechtsinstrumenten.

Kommen wir mal zur Situation in Deutschland. Was bringt GEAS mit für Geflüchtete in Deutschland?

Ich denke, ein großer Unterschied wird sein, dass wir mehr Inhaftierungen erleben werden. Wo Transitbereiche bestehen, wird es Grenzverfahren an den Flughäfen in Deutschland geben. Da baut man jetzt bereits Haftzentren stärker aus, weil die Menschen in den Grenzverfahren erst mal in diese de facto Inhaftierung kommen. Die Fiktion der Nichteinreise kennen wir schon aus dem deutschen Flughafenverfahren. Das wird nur ausgeweitet auf eine erheblich größere Gruppe und auch über eine längere Zeitdauer.

Bisher lief das Flughafenverfahren relativ zügig innerhalb von gut zwei Wochen ab. Jetzt bekommen wir eine Situation, in der Menschen sich 12 Wochen im Grenzverfahren befinden und vielleicht anschließend noch mal 12 Wochen in einem möglichen Rückkehrverfahren. Da werden wir ein vermehrtes Aufgreifen von Personen erleben, die sich nach Deutschland durchgeschlagen haben und die dann von der Bundespolizei in diese Grenzverfahren gebracht werden. Diese Menschen müssen einem Screening unterzogen werden, das kann man nicht einfach an der Grenze durchführen, sondern das wird in bestimmten Aufnahmeeinrichtungen stattfinden. Auch das wird ein großer Unterschied sein.

Die GEAS-Reform tritt am 12. Juni in Kraft, und zugleich wird schon an Änderungen gearbeitet, gibt es eine Reform der Reform? Welchen Stellenwert wird diese GEAS-Reform haben?

Die Europäische Union hat mit der GEAS-Reform drei Ziele verbunden: die Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten herzustellen, die extreme Rechte zu schwächen und Schengen, das Bewegungsfreiheit ohne Grenzkontrollen in der EU garantiert, zu erhalten. Und ich denke, alle drei Ziele hat die Kommission nicht erreicht. Also bereits kurz nach Verabschiedung der Reform sind viele Nationalstaaten einen eigenen Weg gegangen,

wenn man sich das Albanien-Italien Modell anschaut oder auch das einseitige Außerkraftsetzen des Asylrechts in Griechenland oder in Polen. Was wir auch sehen können, ist, dass die extreme Rechte überhaupt nicht geschwächt ist, sondern im Europaparlament werden mit ihr Mehrheiten gefunden für härtere Abschieberegelungen. Und entgegen der Ankündigung, man wolle die Binnengrenzkontrollen wieder aufheben, werden die ja auch über die Inkraftsetzung von GEAS fortgeführt, wie das deutsche Bundesinnenministerium mitgeteilt hat. Fazit: Alle drei Ziele sind bisher fehlgeschlagen.

Ist es plausibel, dass viele Menschen in Zukunft durch die Zunahme der Repressionen und der wachsenden Kontrolle der Bewegungsfreiheit versuchen, sich dem zu entziehen und sich in irreguläre Verhältnisse und Arbeitsmärkte zu flüchten?

Das ist eine Annahme, die viele Migrationsforscher*innen teilen, und

erhöhte Anzahl von Personen bekommen, die natürlich auch Opfer von Ausbeutung werden können. Es könnte ein Nebeneffekt dieser GEAS-Reform sein, dass sich auch Schleusernetzwerke in Europa darauf einstellen und Menschen beraten oder dahin lotsen, wo sie vermuten, dass man sich behördlichen Zugriffen entziehen kann.

Wenn es mehr Kontrollen gibt, mehr Versuche, die Leute fernzuhalten, ist das eine Entwertung dessen, was wir als europäisches Asylsystem kennen?

Es gab in den vergangenen zehn Jahren sehr hohe Anerkennungsquoten Geflüchteter, was darauf hindeutet, dass es viele Menschen mit nachweisbarem Schutzbedarf gab. Natürlich unterliegen solche Asylverfahren auch immer politischen Konjunkturen und werden gesteuert. Jetzt sehen wir, dass versucht wird, politischen Einfluss zu nehmen und die Zahlen zu drücken. Wenn die Quoten nach unten gehen, bedeutet das, dass Menschen weiterhin hier sein wer-

Das sind Nebeneffekte dieser Reform, die auf lange Sicht große Probleme bereiten können.

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez hat eine Regularisierung angekündigt, das heißt, eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus von Personen, die sich mindestens ein Jahr illegalisiert im Land befinden und einen Job haben. Ist zu erwarten, dass das jetzt auch wieder zu Kritik bei den anderen EU-Staaten führt? Wären Regularisierungen etwas, worüber wir in Europa debattieren sollten?

Spanien hat eine Sonderrolle. Erstens diese lange Geschichte der Regularisierungskampagnen. Zweitens ist Spanien von der demografischen Krise deutlich schärfer betroffen als andere Länder. Aufgrund der Wirtschaftskrise Anfang der 2010er Jahre sind viele junge Menschen aus Spanien zumindest zeitweilig ausgewandert. Ich glaube, in die Regularisierung spielen auch spezifische politische Faktoren hinein, weswegen nicht zu erwarten ist, dass das überall in Europa Nachahmer finden wird.

Menschen rutschen in die Rechtlosigkeit ab und werden

der ich mich anschließen würde. Wichtig ist hier auch die Vorenthaltung von Sozialleistungen für Menschen, die sich im Dublin-Verfahren befinden. Bisher haben sich Geflüchtete bei den Behörden gemeldet, und haben versucht, über einen Asylantrag eine Regularisierung zu erreichen. In Staaten wie Italien oder Spanien war der Grad der Illegalisierung höher als in Deutschland. Ich denke, wir werden dann in der Schattenwirtschaft und in irregulären Arbeitsverhältnissen eine

den, aber viel weniger Rechte haben werden. Und ich glaube, über diese Effekte macht sich die Politik bisher noch nicht so große Gedanken, obwohl es für eine Gesellschaft problematische Spaltungseffekte haben kann. Menschen rutschen vermehrt in die Rechtlosigkeit ab und werden dadurch leichter Opfer von Ausbeutungsstrukturen. Problematisch finde ich auch, dass es keine Anreize gibt sich in die Gesellschaft zu integrieren, weil die Gesellschaft das ja nicht will.

Einen europäischen Effekt kann es trotzdem haben, weil durch eine Regularisierung in Spanien nach bestimmten Fristen auch die Möglichkeit der Weiterreise in andere EU-Staaten besteht. Es gibt massive Kritik an den Regularisierungsplänen innerhalb Spaniens von rechten Parteien wie VOX. Zugleich wurde die Regularisierung in Spanien von einer großen zivilgesellschaftlichen Bewegung, den Kirchen und den Willkom-

mensbewegungen nach 2015 gestützt und gefordert. Ich glaube aber nicht, dass die Regularisierung eine wirkliche Kompensation sein kann für das, was durch GEAS wegfällt oder wo die Zugänge gekappt werden. Für viele der Migrantinnen und Migranten, die nach Spanien kommen, bräuchte es eigentlich ganz andere Modelle, etwa Visa für eine zirkuläre Migration. Viele wollen vielleicht gar nicht die ganze Zeit in Europa bleiben, sondern für eine Weile in Europa sein und arbeiten und dann wieder in ihre Herkunftsstaaten zurückkehren. Und dann vielleicht wieder mal nach Europa kommen. Aber solche Modelle zirkulärer Arbeitsvisa gibt es nicht. Also entweder du kommst rein und bleibst oder du kommst nicht rein. Wir haben hier eine Situation, die sicherlich nicht sinnvoll ist für die Arbeitsmarktverhältnisse. Und es stellt sich die Frage, ob fern des Asylsystems in Europa angesichts der virulenten Demografie-Krise, die alle Staaten betrifft, nicht eine wirtschaftliche Ratio verlangt, in der Arbeitskräfte-Einwanderung noch mal kreativer zu werden. Hier kann ich mir schon vorstellen, dass kapitalistische Logiken mehr

gime unglaublich viel Geld verschlingt, Milliarden von Euro in der ganzen *Europäischen Union*, die man nicht in Integration und Aufnahme steckt, sondern in den Versuch des Festsetzens der Menschen in Lagern und in den Aufbau von Lagern. Das wird noch mal verstärkt der Fall sein bei den Return Hubs, die jetzt angedacht werden. Zur Erinnerung: Das Ruanda-Modell hat fast 800 Millionen britische Pfund gekostet. Das Albanien-Modell 600 Millionen Euro. Das sind wahnsinnige Summen, die da verpulvert werden. Und da sieht man zugleich, dass diese europäische Migrationspolitik nicht in jeder Hinsicht der ökonomischen Logik folgt, sondern ganz andere Fragen eine Rolle spielen, wie Abschottung und Rassismus sowie Menschen fernhalten und Menschen kontrollieren wollen. Auch ein System, das auf de facto Inhaftierung setzt, wird massiv Ressourcen verschleifen.

Einige Staaten, wie Ungarn und Polen haben schon gesagt, dass sie sich bei GEAS vor allem nicht an den Solidaritätsmechanismus halten. Wir sehen beim deutschen Innenminister Alexander Dobrindt, dass dessen Binnen-grenzkontrollen und Zurückweisungen

hingegenommen werden, jetzt auch zu Rechtsbrüchen innerhalb von Europa führen. Und ich sehe da auch nicht, dass das sich abmildern würde. Ganz im Gegenteil. Auch im neuen GEAS gibt es keine wirksamen Instrumentarien, um das bestehende Recht durchzusetzen. Allein bei dem Solidaritätsmechanismus, vertraut man auf den Goodwill der Staaten sich daran zu beteiligen. Und wenn Ungarn oder Polen sagen, wir machen das nicht mit, dann hat die Kommission nicht mehr viel in der Hand, um das durchzusetzen. Ich glaube, hier sieht man ganz deutlich, dass eines der zentralen Ziele von GEAS, nämlich den Streit zwischen den Mitgliedstaaten beizulegen, nicht erreicht wird. Und diese Hervorhebung angeblicher nationaler Interessen durch zum Beispiel Ungarn oder Polen existiert ohne große Unterschiede zwischen rechtsautoritären Kräften und den demokratischen Kräften in Europa.<

Maximilian Pichl ist Rechts- und Sozialwissenschaftler. Seit 2025 ist er Professor für Recht der Sozialen Arbeit an der Frankfurt University of Applied Sciences.



dadurch leichter Opfer von Ausbeutungsstrukturen

Möglichkeiten der Anwerbung oder der Einreise verlangen.

Wenn wir die Folgen der GEAS-Reform in den Blick nehmen. Braucht es mehr Polizei und Behörden, um das überhaupt umsetzen zu können?

Es fällt in der Diskussion oft hinten runter, dass dieses Grenzre-

auch Asylsuchender europäisches Recht missachtet. Ist diese verstärkte Ignoranz und offene Missachtung des europäischen Rechts etwas, das wir bei GEAS mitbedenken müssen?

Wir sehen, dass Rechtsbrüche an den europäischen Außengrenzen, die schon seit Jahrzehnten

Das Gespräch führte
Stephan Dünnwald.



#kriminalisierung



Anton Kaun, @rumpeln0001

Zwei Tafeln



Laura Pöhler ist Teil der *Hinterland*-Redaktion.

Zwei steinerne Tafeln am Eingang zum Gedenkort, Aufnahme 2026 von Laura Pöhler



Die Tötungsanstalt Hartheim im gleichnamigen Renaissanceschloss im oberösterreichischen Alkoven bei Linz war von 1940 bis 1944, also nach Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich, ein Ort systematischer Massenmorde.

Zunächst wurden dort im Rahmen der sogenannten *Aktion T4* (benannt nach dem zuständigen Zentraldienst in der Tiergartenstraße 4 in Berlin) vor allem als psychisch krank und behindert deklarierte Menschen ermordet. Diesen im Täterkreis als „Euthanasie“ verharmlosten Morde fielen bis 1941 allein etwa 18.000 Menschen zum Opfer. Nach dem offiziellen Ende der *Aktion T4* setzten die Nationalsozialisten ihr Vernichtungsprogramm im Schloss Hartheim fort und ermordeten bis 1944 rund 12.000 „arbeitsunfähige“ KZ-Häftlinge im Zuge der *Aktion 14f13* (ein Code für deren Vergasung). Viele dieser Häftlinge stammten aus dem nahegelegenen KZ Mauthausen, aber auch Häftlinge aus Dachau und Ravensbrück waren unter ihnen sowie viele ausländische Zivilarbeiter*innen.

Seit 2003 befindet sich ein Lern- und Gedenkort im Schloss. In den einstigen Tötungsräumen sowie im Innenhof der ehemaligen Tötungsanstalt befinden sich heute eine Gedenkstätte und zwei Ausstellungsbereiche, die den Besucher*innen die Geschichte des Massenmordes im Schloss näherbringen sollen. Die Ausstellung „Wert des Lebens. Der Umgang mit den ‚Unbrauchbaren‘“ wurde erst 2021 neueröffnet und beansprucht für sich, die Unterscheidung von ‚brauchbarem‘ und ‚unbrauchbarem‘ Leben historisch aufzuarbeiten. Zu den Ausstellungen selbst gäbe es viel zu sagen, etwa, dass nationalsozialistische Erzählungen und Täterbiografien darin immer wieder mehr Raum einnehmen als die Geschichte der an diesem Ort ermordeten Menschen. Oder, dass der nationalsozialistische Euphemismus „Euthanasie“ von den Aussteller*innen unhinterfragt übernommen wird. Oder, dass nicht auch nur einmal erklärt wird, was „T4“ beziehungsweise „14f13“ bedeutete, geschweige denn, wie denn der Anschluss Österreichs vonstatten ging – ein waghalsiges Vertrauen in die

Vorbildung der Besucher*innen, wenn man mich fragt.

Doch man muss sich nicht durch die Ausstellung quälen, um erahnen zu können, wie wenig wir uns als Gesellschaft von der nationalsozialistischen Logik entfernt haben: Um zu den Ausstellungen und Gedenkorten zu gelangen, muss die Besucherin am Eingang an zwei in der Wand eingelassenen Tafeln vorbei. Die obere der beiden Tafeln stammt aus dem Jahr 1898 und markiert die Schenkung des Hauses durch dessen damaligen Besitzer an den *Oberösterreichischen Landeswohlthätigkeitsverein*, der im Schloss eine „Anstalt für Schwach- und Blödsinnige, Idioten und Cretinöse“, wie es auf der historischen Tafel heißt, einrichtete. Die Sprache des 19. Jahrhunderts über die Menschen, die hier ein paar Jahrzehnte später gewaltvoll ermordet wurden, schockiert – dafür muss man keine Expert*in in Fragen der Inklusion sein. Halt suchend blickt man also auf die Tafel darunter, Erstellungsdatum unbekannt, vermutlich irgendwann in den 60er oder 70er Jahren, vielleicht aber auch viel später, und erhofft sich eine aktuellere Einordnung des Geschehenen. Auf der Tafel wird zunächst der Massenmord benannt, dann werden verschiedene Opfergruppen aufgezählt, Zitat: „darunter auch gesunde Kinder“. Eine weitere Einordnung beider Tafeln sucht man im gesamten Schloss vergebens.

Schloss Hartheim ist ein, wenn nicht der zentrale Ort der NS-Krankenmorde. Dass man es selbst an einem solchen Ort nicht schafft, die Differenzkategorien „krank“ und „gesund“ beziehungsweise „Behinderung“ und „Nichtbehinderung“ (oder: ‚normal‘) an den Stellen zu entlarven, an denen sie auftreten, zeigt, dass wir als Gesellschaft in Fragen der Behindertenfeindlichkeit unseren Großeltern oder Urgroßeltern in Uniform näher sind, als wir es uns gerne weismachen. Dass „Gesunde“ hier gesondert als Opfergruppe aufgeführt werden, und dass dies wiederum nirgends im Haus thematisiert wird, verrät, dass die nationalsozialistische Dichotomie in unseren Köpfen weiterlebt.

Mit Unbehagen liest man entsprechend auch den letzten Satz auf der Tafel: „Landesregierung und Wohlthätigkeitsverein errichteten 1965 als fortlebende Tat der Sühne und des Gedenkens in Schlossnähe das Pflegeinstitut für Schwerstbehinderte Kinder.“<



Lina Bamberg, @linabamberg

Staatenlosigkeit gemeinsam überwinden!

Statefree ist eine gemeinnützige Organisation, die aus einer Idee entstanden ist: Christiana lebt in Deutschland und ist seit ihrer Geburt staatenlos. Sie entdeckt, auf der Suche nach Antworten, riesige Informationslücken über Staatenlosigkeit und einen Mangel an Kommunikation, insbesondere zwischen staatenlosen Menschen und Organisationen, die sich für die Rechte staatenloser Menschen einsetzen. Deshalb beschloss sie 2021, **Statefree** zu gründen. Eine Plattform, die es von Staatenlosigkeit betroffenen Menschen ermöglicht, eine Gemeinschaft aufzubauen und Geschichten zu teilen. Denis Neselovskyi, der Experte für Rechtspolitik bei **Statefree**, schließt für uns im Gespräch einige der Informationslücken und zeigt Wege aus der Staatenlosigkeit auf, die vor allem politisch bereitet werden müssen.

Ein Ziel von Statefree ist, das Thema Staatenlosigkeit ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Ganz grundsätzlich am Anfang: Was bedeutet Staatenlosigkeit?

Staatenlosigkeit bedeutet, dass ein Mensch von keinem Staat als Staatsangehörige*r anerkannt wird. Jeder Mensch hat entweder eine Staatsangehörigkeit oder ist staatenlos. Für die Staatenlosigkeit ist nicht nur entscheidend, ob eine Person ein Recht auf eine Staatsangehörigkeit hat, sondern ob die Staatsangehörigkeit tatsächlich erworben wurde.

In Deutschland ist die Besonderheit, dass viele Personen keine anerkannte Rechtsstellung haben, also weder eine Staatsangehörigkeit nachweisen können, noch anerkannt staatenlos sind. Diese Personen werden oftmals in einer administrativen Kategorie registriert: Ungeklärte Staatsangehörigkeit oder ohne Angabe. Diese Personen leben also ohne Rechtsstellung und haben keine „rechtliche“ Identität. Eine staatlich

anerkannte Identität ist essenziell, um Zugang zu Rechten zu haben und im Sinne des Artikel 1 Grundgesetz, elementarer Bestandteil der Menschenwürde.

Was sind typische Wege in die Staatenlosigkeit?

Staatenlosigkeit ist immer unverschuldet und hat sehr große Auswirkungen auf den weiteren Lebensweg. Es ist kein Unfall, dass Menschen staatenlos sind. Es ist ein von Staaten geschaffenes Phänomen: Menschen wurden staatenlos gemacht, um ihnen alle Rechte zu entziehen und um Genozide zu ermöglichen, wie das in Deutschland der Fall war und wie es heute in Myanmar der Fall ist. Es gibt viele unterschiedliche Gründe für Staatenlosigkeit, zum Beispiel Vererbung: Eine der weltweit häufigsten Ursache für Staatenlosigkeit ist, dass sie von einer Generation an die nächste weitergegeben wird. 48.000 Staatenlose und Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit in Deutschland sind hier geboren, aufgewachsen und sozialisiert. Es

gibt ein Recht von staatenlos in Deutschland geborenen Kindern auf die deutsche Staatsangehörigkeit, gemäß Art. 2 Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit, dieses wird jedoch kaum angewandt und ist kaum jemandem bekannt. Obwohl 30.000 Kinder auf diese Weise eingebürgert werden könnten, werden jährlich nur knapp 50 Kinder auf diese Weise eingebürgert. Ein anderer Grund für Staatenlosigkeit ist der Zerfall von Staaten, wie beim Zerfall der Sowjetunion oder Jugoslawien. Weitere Gründe können administrative und strukturelle Hindernisse sein: Staatenlosigkeit kann durch unzureichende Personenstandsregister, fehlende Dokumente oder unzugängliche oder diskriminierende Verfahren verursacht werden, von denen insbesondere Minderheiten und marginalisierte Gruppen betroffen sind wie Sinti*zze und Romn*ja, die von Geburtsregistrierung und in der Praxis anderen administrativen Verfahren ausgeschlossen werden. Es gibt zahlreiche weitere Gründe wie patriarchale Gesetzgebungen, Es

die eine Weitergabe der Staatsangehörigkeit der Mütter auf Kinder verhindern; koloniale Kontinuitäten, rechtliche Lücken, Menschenhandel, illegale und willkürliche Verweigerung und Aberkennung der Staatsangehörigkeit und der Verlust der Verbindung zum Herkunftsland in Folge von Migration.

Wie wirkt sich der fehlende Zugang zu Rechten im Alltag aus? Welche Herausforderungen bestehen hier für von Staatenlosigkeit betroffenen Menschen?

Ohne anerkannte Identität und Staatenlosigkeit können Personen keinen Aufenthalt erwerben und sich nicht einbürgern lassen, sie können auch oftmals nicht studieren, ein Bankkonto eröffnen oder ein Paket von der Post abholen. Auch das Recht zu heiraten und die Reise- und Bewegungsfreiheit ist verletzt.

Staatenlosigkeit kann nicht nur auf der individuellen Ebene gesehen werden, sie ist ein fundamental politisches und gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland. Quasi eine gesamte durchschnittliche deutsche Großstadt, derzeit 123.500 Personen, ist von zentralen Aspekten gesellschaftlich-politischer Teilhabe und Zugehörigkeit ausgeschlossen. Dennoch sind diese Menschen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs kaum sichtbar, auch zentralen Entscheidungsträger*innen ist Staatenlosigkeit häufig kein Begriff.

Wie überwinden oder umgehen die Betroffenen diese Herausforderungen? Wie können sie sich behelfen?

Staatenlosigkeit ist kein Problem auf einer individuellen Ebene, sondern eine systematische und

institutionelle Frage, die auf Bundesebene geregelt sein muss. Bisher gibt es kein formalisiertes Verfahren, was dazu führt, dass gleiche Fälle unterschiedlich behandelt werden, je nachdem, wer entscheidet und wo entschieden wird.

Deswegen ist ein zentrales Anliegen von *Statefree* ja auch, der Vereinzelung entgegenzuwirken, die Erfahrung von Staatenlosigkeit oft verursacht, das Gefühl, nirgendwo dazuzugehören. *Statefree* bietet eine Community Plattform und arbeitet daran, Staatenlosigkeit sichtbar zu machen, sodass ihre Rechte besser durchgesetzt werden.

Die Vernetzung untereinander ist ein zentrales Tool, jedoch ist die Position und Rolle des Staates und der Behörden entscheidend, um die Rechte von Staatenlosen anzuerkennen. Momentan wissen viele in den Behörden und in der Politik weder, was Staatenlosigkeit ist, noch wie damit umzugehen ist. Es gibt bis heute kein formalisiertes Verfahren, um Staatenlosigkeit anzuerkennen und daher braucht es vor allem eine politische und administrative Lösung, damit alle in Deutschland eine Rechtsstellung und anerkannte Identität erhalten und nicht in administrativen Kategorien für unbestimmte Zeit verbleiben.

Wie könnte der Nachweis der eigenen Staatenlosigkeit vereinfacht werden?

Statefree arbeitet momentan an einem *Case Assistant*, ein digitales Tool, das staatenlose Menschen auf ihrem Weg zur Anerkennung ihrer Staatenlosigkeit begleitet. Das Ziel dieser Plattform ist es, Betroffenen dabei zu helfen, ihre Angaben, Dokumente und Gründe für ihre Staatenlosigkeit



Paneldiskussion im Februar 2026 zu Staatenlosigkeit in Deutschland, mit Bernd Krösser (Staatssekretär, Bundesministerium des Innern), Ingo Dietz (Bereichsleiter Standesamt & Staatsangehörigkeit, Landeshauptstadt Hannover), Christiana Bukalo (*Statefree* e.V.), Maximilian Müller (Sachverständigenrat für Integration und Migration) | Foto: Maximilian Klemp, MOV Production



Impressionen vom parlamentarischen Frühstück im Oktober 2024 zu Staatenlosigkeit | Foto: Maximilian Klemp, MOV Production



Vortrag von Guest Speaker Jireh Emanuel beim *Statefree* Community Lab im Juli 2025 über Radical Hope and Collective Power | Foto: Patrick Tjorven Stein

Statefree

ist eine community-zentrierte Organisation, die Staatenlosigkeit sichtbar macht und sich für die Gleichberechtigung staatenloser Menschen einsetzt.

Ausgehend von der Community schafft

Statefree Räume für Austausch, Verbindung und Zugehörigkeit und bringt gleichzeitig die Perspektiven staatenloser Menschen stärker in die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit. Darauf aufbauend setzt sich Statefree für strukturelle Veränderungen ein, insbesondere für ein einheitliches Verfahren zur Feststellung von Staatenlosigkeit in Deutschland, das rechtliche Sicherheit schafft und den Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe öffnet.

*<https://statefree.world>
Instagram:*

@statefree.world

strukturiert zu erfassen und zu verwalten, sodass staatenlose Personen eigenständig Nachweise und Informationen über ihre Staatenlosigkeit strukturieren können. Hierfür möchten wir mit Behörden und Städten zusammenarbeiten, um auch ihre Anforderungen einzubauen und eine nachhaltige Lösung zu entwickeln.

Viele Behörden wie Ausländerbehörden, Standesämter und Einbürgerungsstellen haben Kontakt zu staatenlosen Personen. Staatenlosigkeit spielt in verschiedenen Verfahren eine wichtige Rolle und muss nachgewiesen werden. Außerdem führen fehlende spezifische Verfahrensregeln zu widersprüchlichen Entscheidungen. So gibt es Unterschiede von Stadt zu Stadt oder sogar innerhalb der gleichen Behörde. Die Anerkennung der Staatenlosigkeit hängt oft von der Expertise und der Praxis der einzelnen Sachbearbeitenden ab und es kommt zu unterschiedlichen Entscheidungen in identischen Fällen wie bei Geschwistern in derselben Situation.

Internationale Standards und Empfehlungen, etwa von UNHCR und zivilgesellschaftlichen Organisationen, fordern seit Jahren ein klar geregeltes Verfahren zur Feststellung von Staatenlosigkeit. Auch in Europa gibt es Best Practice Beispiele, wie zum Beispiel in Spanien, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Ungarn. In Deutschland gibt es bisher kein standardisiertes Verfahren. Dieses könnte Rechtssicherheit für Betroffene und Behörden schaffen.

Was sind mögliche Wege aus der Staatenlosigkeit? Gibt es sie und mit welchen Hürden ist das aktuell in der Realität verbunden?

Es gibt verschiedene Hebel zur Beendigung von Staatenlosigkeit. Der einfachste ist, bei staatenlosen Kindern anzusetzen. Wenn alle Kinder, die staatenlos geboren werden, eine Staatsangehörigkeit bekommen würden, wie es nach der Kinderrechtskonvention vorgesehen ist, gäbe es in einer Generation keine Staatenlosigkeit mehr. Ansonsten ist in Deutschland vor allem auch

In Deutschland scheitert die Anerkennung an den Behörden

erstmal die Anerkennung der Staatenlosigkeit ein zentraler Punkt, denn dies führt zur rechtlichen Identität, zum Aufenthaltsrecht und zur Möglichkeit die Voraussetzung der geklärten Identität und Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung zu erfüllen: Eine rechtliche Identität und Rechtsstellung (Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit) ist Grundlage für alle Rechte. Auf ihr beruhen dann alle weiteren Maßnahmen, die angestoßen werden können, um Rechte einzufordern. Um Staatenlosigkeit zu beenden, ist es notwendig, dass staatenlose Personen Zugang zu ihrem Recht auf Staatsangehörigkeit bekommen. Häufig scheidet es in Deutschland daran, dass, zwar alle Voraussetzungen erfüllt

werden, die Behörden jedoch die Staatenlosigkeit nicht anerkennt und Nachweise zur „Staatsangehörigkeit“ verlangt, die aufgrund der Staatenlosigkeit unmöglich und unzumutbar zu erbringen sind.

Was sind Eure Forderungen an die Politik in Deutschland?

Wir fordern die Einführung eines formalisierten Verfahrens zur Anerkennung der Staatenlosigkeit. Jeder Mensch hat entweder eine Staatsangehörigkeit oder ist staatenlos. Ein „dazwischen“ darf es nicht beziehungsweise nur für eine bestimmte und angemessene Zeit geben.

Daher fordern wir die Befristung der Nutzung administrativer Kategorien, zum Beispiel Personen können, außer in atypischen Fällen, maximal fünf Jahre ohne anerkannte Rechtsstellung in Deutschland leben, bis eine Entscheidung getroffen wird. Weiterhin muss sich der Kenntnisstand zur Staatenlosigkeit erhöhen, sodass eine Einheitlichkeit im Umgang mit Staatenlosigkeit herbeigeführt wird.

Staatenlosigkeit muss in Politik und Verwaltung mitgedacht werden, insbesondere bei Reformen des Staatsangehörigkeitsgesetzes und der Digitalisierung der Migrationsverwaltung. Wir fordern auch, dass für Personen mit gelebter Erfahrung der Staatenlosigkeit und ihren Vertreter*innen Räume geschaffen werden und ihnen zugehört wird, da sie die aktuellen Problematiken am ehesten kennen.

Auf statefree.world gibt es ein Forum und den Aufruf zur Beteiligung am Diskurs. Wer darf sich alles davon angesprochen fühlen? Und wie können Euch Interessierte sonst unterstützen?

Statefree und insbesondere auch die Community wurde für Menschen gegründet, die von Staatenlosigkeit betroffen sind und für diejenigen, die sich als ihre Verbündeten verstehen. Wir freuen uns über einen regen Austausch und schätzen es, wenn eigene Erfahrungen, Perspektiven und Erkenntnisse mit verschiedensten Expertisen geteilt werden, solange der Respekt vor gelebten Erfahrungen und was damit einhergeht bestehen bleibt. Denn auch Neugier hat seine Grenzen.

Wir möchten mit Behörden, Politik und Gesellschaft in den Diskurs kommen, da Staatenlosigkeit unsichtbar ist, bis wir dafür besser sensibilisiert sind und als Gesellschaft entscheiden, dieses Phänomen anzugehen und zu lösen.

Für all diese Arbeit freuen wir uns natürlich über finanzielle Unterstützung durch Spenden. Sonst können wir unterstützt werden, indem Menschen dazu beitragen, dass Staatenlosigkeit in Deutschland, in ihrer eigenen Arbeit und die Arbeit von *Statefree* sichtbar wird. Folgt, teilt und likt unsere Social Media Beiträge.<

Das Gespräch führte Simon Fiedler.

In Deutschland sind 123.500 Personen staatenlos, darunter befinden sich 45.665 Minderjährige (unter 18 Jahre).

Knapp 29.000 sind als staatenlos anerkannt, 94.715 Personen leben ohne rechtlichen Status, in einer administrativen Kategorie: „Ohne geklärte Staatsangehörigkeit“. Während die anerkannte Staatenlosigkeit ein Rechtsstatus ist und mit gewissen (international vereinbarten) Rechten einhergeht, stellt die ungeklärte Staatsangehörigkeit lediglich einen Arbeitsbegriff dar.

Weitere 60.000 Personen sind laut *destatis*, dem Statistischen Bundesamt in Deutschland, in Kategorien registriert von Ländern, die entweder nicht mehr existieren (Sowjetunion, Jugoslawien, Serbien und Montenegro) oder von Ländern, die von Deutschland nicht anerkannt werden (Palästina).

Denis ist Legal & Policy Officer bei Statefree. Er arbeitet an der Schaffung von Kooperationen mit Politik und Verwaltung sowie an Lösungen zur Anerkennung von Staatenlosigkeit und zum Zugang zu Rechten. In diesem Zusammenhang setzt Denis sich für die Einführung und Umsetzung eines Verfahrens zur Feststellung der Staatenlosigkeit in Deutschland und darüber hinaus ein.



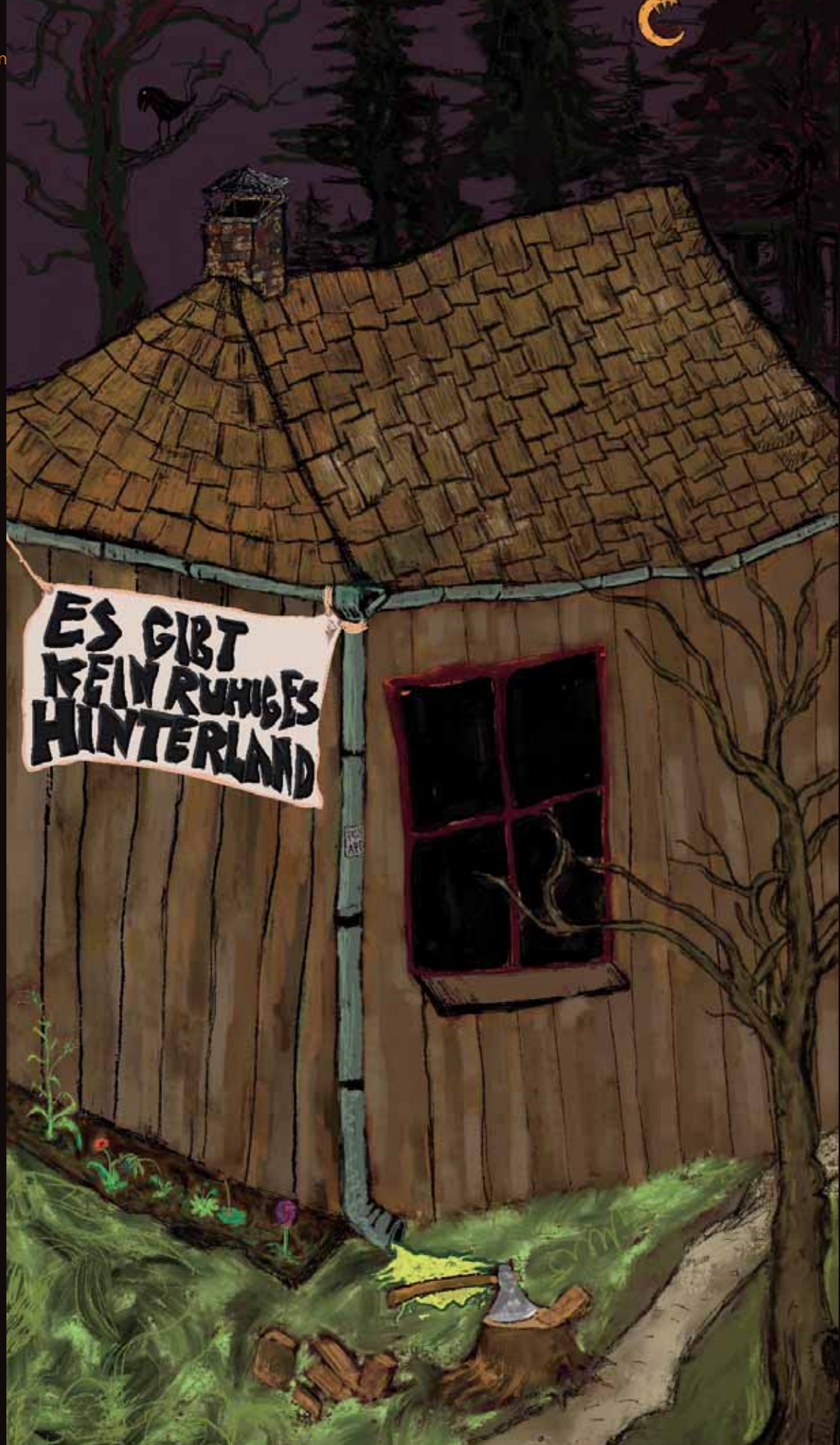
#jung sein

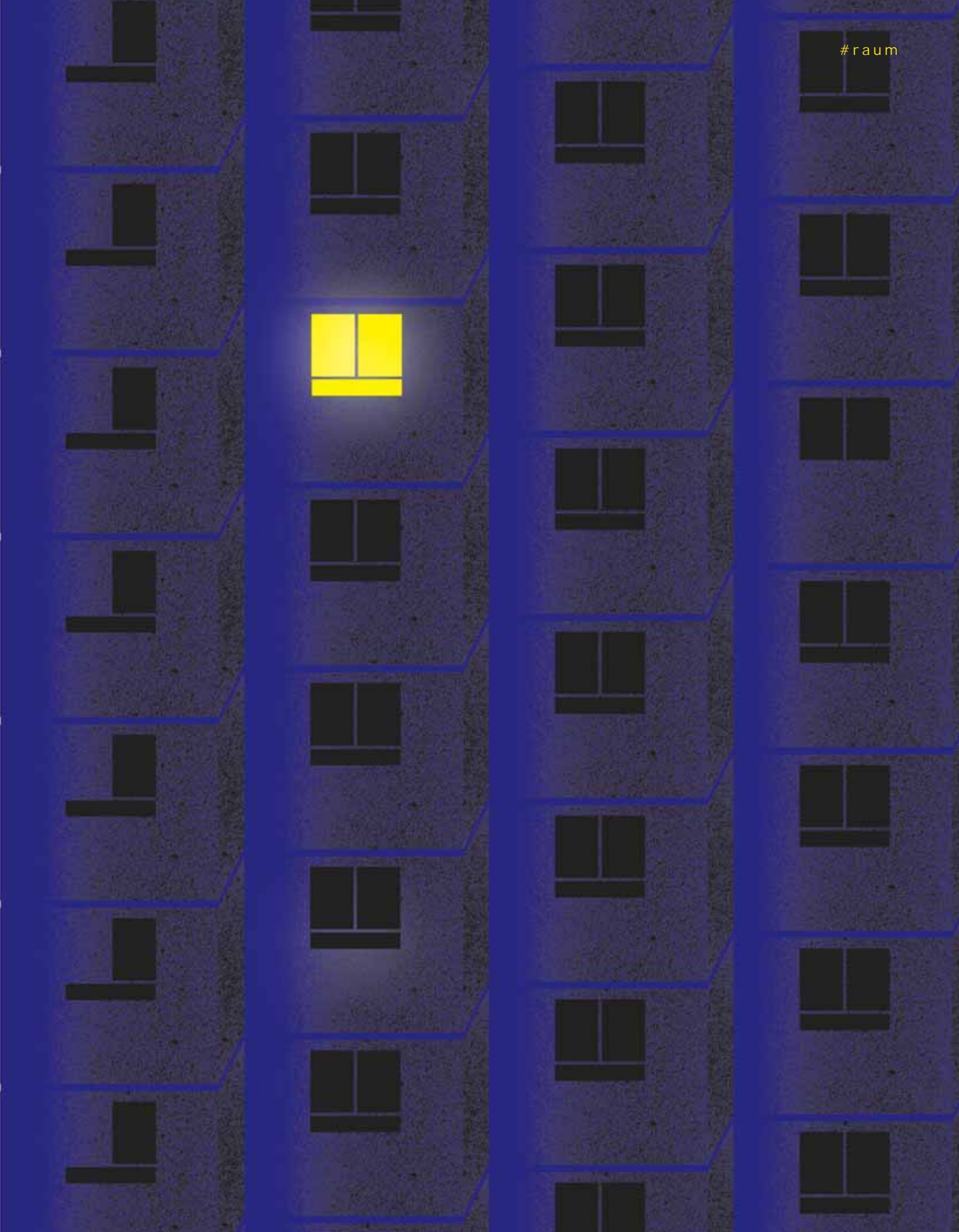




Lina Bamberg, @linabamberg

#raum





#raum

Coca-Cola – Ya Basta!

Sauberes Wasser für einen Konzern, schmutziges für die Bewohner*innen: Warum im mexikanischen Bundesstaat Chiapas mehr Cola als Wasser getrunken wird. Von Hannah Mühlich

Porfavor aqui no pidas Coca-Cola!“ - „Bitte trinke hier keine Cola!“, ermahnt mich mein **//** Chiapaneco-Freund, als wir in San Cristóbal de las Casas in einer Bar sitzen und gerade bestellen wollen. Zugegeben: Coca-Cola ist nicht das Gesündeste, doch zu einer Flasche Bier ist der Softdrink für mich ab und zu eine gute Alternative. Meinen fragenden Blick erwidert Pablo mit ungewohnter Härte. Er meint es ernst. Ich entscheide mich für etwas anderes. Er sieht mir an, dass ich auf eine Erklärung warte, also holt er aus. Die folgenden 30 Minuten erläutert er mir die ganz spezielle Beziehung zwischen der Stadt San Cristóbal, der Region Chiapas und dem Konzern Coca-Cola. Danach bin ich auch erstmal baff.

Dafür muss man wissen, dass in Chiapas - Mexikos südlichster und ärmster Bundesstaat - so viel Coca-Cola konsumiert wird wie in keiner anderen Region der Welt. Jede*r Einwohner*in von Chiapas trinkt im Durchschnitt mehr als zwei Liter Cola am Tag, das sagt eine Studie des *Multidisziplinären Forschungszentrums für Chiapas und die südliche Grenze* (CIMSUR) aus dem Jahr 2019. Schmeckt den Chiapanecos die braune Brause so gut?

Diese Frage stelle ich dem Mediziner und Anthropologen Marcos Arana Cedeño vom Nationalen Institut *Salvador Zubirán* für Medizinische Wissenschaften und Ernährung und Berater für UNICEF. „Grund für diese einseitige Getränkewahl ist die schlechte Wasserversorgung in Chiapas“, lautet seine Antwort. Vor allem die Einwohner*innen von indigenen Gemeinden haben kein fließendes Wasser und müssen Stunden laufen, um an Wasser zu gelangen und selbst dieses ist häufig von schlechter Qualität. Die Gefahr, sich Typhus oder Hepatitis einzufangen, ist immens. Zum Kochen, Geschirr waschen, Gemüse und Zähne putzen, sind die Menschen gezwungen, Trinkwasser zu kaufen und in Kanistern nach Hause liefern zu lassen. Auch mir wurde immer wieder von den Einheimischen geraten, niemals rohes Obst oder Gemüse vom Markt zu essen, sondern alles vorher zu kochen – das Risiko einer Erkrankung sei schlicht zu hoch. Cedeño: „Coca-Cola dagegen gibt es an jeder Ecke zu kaufen und oft für weniger Geld als für abgefülltes Wasser.“ Doch was haben die schlechte Wasserqualität und der Softdrink Coca-Cola miteinander zu tun?

Der weltweit führende Anbieter von Erfrischungsgetränken eröffnete in den 1920er Jahren sein erstes Ab-

füllwerk in Mexiko. Ausschlaggebend dafür: die Nähe zum Stammsitz des Konzerns in den USA, die hohe Qualität und leichte Verfügbarkeit von Süßwasser zu minimalem Preis. Bis 1934 existierten bereits acht Coca-Cola-Abfüllbetriebe im ganzen Land. Mit der Liberalisierung der Wirtschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts profitierten vor allem ausländische Investoren. Der Wettkampf internationaler Akteure um die Zugänge von essenziell wichtigen Ressourcen war damit schier unaufhaltbar. Die Investoren begannen Milliarden zu scheffeln, die Kehrseite der Medaille lastete auf dem Rücken der lokalen Bevölkerung.

Durch den Beitritt Mexikos zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) 1994 fielen die Zölle auf viele aus den USA und Kanada importierten Waren. Dies führte dazu, dass die Ware - Coca-Cola - in Mexiko stetig günstiger wurde. Bereits im Jahr 2001 überholte Mexiko die USA und wurde das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Coca-Cola-Produkten. Sichtbar ist dies vor allem in einigen der ärmsten Bundesstaaten, wie zum Beispiel Chiapas, in dem Coca-Cola eine überwältigende Präsenz aufzeigt.

„No es sequía, es saqueo“ („Es ist keine Dürre, es ist Raub“)

Am Rande von San Cristóbal befindet sich eine gigantische Coca-Cola-Abfüllanlage, geführt vom mexikanisch-US-amerikanischen Konzern Coca-Cola FEMSA. Dieses 1994 errichtete und damals größte Coca-Cola-Abfüllwerk Lateinamerikas erhielt die Genehmigung von der Nationalen Wasserkommission (*Comisión Nacional del Agua*, CONAGUA), Wasser aus den wichtigsten Grundwasserquellen des Landes zu entnehmen. Allein in Chiapas zieht FEMSA heute 1,3 Millionen Liter Wasser am Tag aus dem Boden: Für Coca-Cola und für Trinkwasser, das - meist teurer als Cola - in Kanistern verkauft wird. Den indigenen Gemeinden hingegen ist das Graben von Brunnen verboten. Die Quellen aus denen sich die lokale Wasserversorgung speist, liegen oberirdisch und sind meist verunreinigt. Durch die defizitäre Kanalisation und dem Mangel an Kläranlagen, läuft das Abwasser direkt in die Flüsse und Keime siedeln sich im Trinkwasser an.

Die Coca-Cola Produktion läuft durch die Wasserkonzessionen munter weiter. Allein 2023 wurden 3,6 Milliarden Getränkeboxen verkauft. Das sind rund 20 Milliarden Liter Cola! Die Privatisierung des wichtigsten Lebensmittels des Menschen hat verheerende Folgen. „Die Menschen erkrankten durch den exzessiven

Coca-Cola-Konsum verstärkt an Bluthochdruck, Herzinfarkten, Karies, Übergewichtigkeit und Diabetes“, prangert Mediziner Cedeño an. Dies hat zur Folge, dass in Regionen, wie beispielsweise Chiapas, mit einer Bevölkerung von 5,6 Millionen Menschen, jedes Jahr 3000 Menschen an Diabetes erkranken. Nach Herzin-

Früh übt sich, wer süß stirbt

farkten ist dies die häufigste Todesursache. Bereits Kinder und sogar Babys trinken die ‚refrescos‘ (Softgetränke) statt Wasser. Pablo bringt es mit bitterer Ironie auf den Punkt: „Euch Deutschen wird Bier in die Wiege gelegt – uns Mexikanern Coca-Cola. Früh übt sich, wer süß stirbt.“

Für die Abhängigkeit von dem zuckerhaltigen Getränk (in einem Liter Cola stecken 35 Zuckerwürfel!) sorgen auch fulminante Marketingkampagnen von Coca-Cola. Gemeinsam mit Pablo reise ich durch verschiedene Regionen Chiapas. Bis in die kleinsten Dörfer lächeln uns nicht nur indigene Models von riesigen Plakatwänden zu, sondern es finden sich religiöse Anspielungen und in indigenen Sprachen verfasste Werbeslogans wieder. Egal wie abgelegen ein Dorf ist – wir begegneten einem roten Coca-Cola-LKW und in jeder Tienda (Dorfladen) den doch so bekannten roten Kühlschränken. Mit steigender Popularität hat Coca-Cola neben Weihrauch, Kerzen und Opferhühnern sogar einen Platz bei spirituellen Ritualen und Zeremonien gefunden. Als uns Pablos Freunde in eine Kirche mitnehmen, sehe ich dort überall auf dem Boden die vertrauten Flaschen stehen. Dem Getränk wird eine heilende Wirkung zugeschrieben, und durch seine Süße seien Geister genauso davon angetan wie wir es sind. Immer mehr ersetzt die kohlenensäurehaltige Limo den traditionellen Likör aus Weizen, Mais und Zuckerrohr, auch *Pox* genannt – vor allem seit evangelikale Kirchen sich in der Region verbreiten und Alkohol verteufeln.

Viva sin agua – Die Brutalität des neoliberalen Systems

Nicht erst seit der Zollandrohung Trumps erlangt Mexiko in der globalen Berichterstattung traurige Berühmtheit als extrem gewaltförmiges Land. Die Themen ‚Femizide‘ und ‚Drogenkriege‘ beherrschen die Schlagzeilen. In keinem anderen lateinamerikanischen Land habe ich so viele Plakate in den Straßen hängen sehen, die auf verschwundene oder getötete Personen hinweisen – ein sichtbarer Ausdruck der all-



19A



GALERIA

STUDIO CERRILLO

MR. DEKA

DEKADENZIA ESTA EN LA KASA

Graffiti, das die Wasserentnahme durch Coca-Cola kritisiert: „robar“ heißt übersetzt „klauen“.

gegenwärtigen Gewalt und gleichzeitig die unermüdlige Energie derer, die nicht schweigen wollen. Bei einem Besuch in Mexiko-Stadt fiel mir auf, dass in der U-Bahn zwei Waggons ausschließlich Frauen* und Kindern vorbehalten sind – ein Ergebnis langjähriger feministischer Kämpfe, das zugleich auf die hohe Zahl sexueller Übergriffe verweist. Eine wichtige Errungenschaft, deren Notwendigkeit jedoch tief traurig stimmt. Die zugrundeliegende strukturelle Gewalt des neoliberalen Systems bleibt oft ausgeblendet, die vor allem durch die enge Verflechtung von Regierung, Weltbank und Industrie und den daraus resultierenden erleichterten Privatisierungen herrscht. Beispielhaft steht dafür die Regierungszeit von Vicente Fox (2000-2006), dem ehemaligen Chef von Coca-Cola für Mexiko und Zentralamerika, der diese Privatisierungen, unter anderem und vor allem von Wasser, beförderte. Seitdem zahlt der Großkonzern lächerlich geringe Wassergebühren im Vergleich zu den Gewinnen aus dem Verkauf der Flaschen. Für jede wasserrechtliche Genehmigung zahlte FEMSA, laut eines Berichts zur Missachtung des Menschenrechts auf Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen in Mexiko von 2017, nur 2600 Pesos (146 Dollar).

FEMSA betreibt außerdem die in vielen Ländern Lateinamerikas bekannte Supermarktkette Oxxo. Allein in Mexiko gibt es 20.000 Filialen. In Stadtzentren, Dörfern, an Autobahnraststätten: Oxxo-Läden sind allgegenwärtig. Rund um die Uhr geöffnet, bieten sie ein breites Sortiment an Alltagswaren, Fastfood, Getränken, Telefonkarten und mehr an. Unabhängige Geschäfte, die FEMSA-Produkte verkaufen, erhalten kostenlos Kühlschränke vom Unternehmen – eine Strategie, mit der FEMSA seine Marktpräsenz ausbaut.

Als ich selbst in einem kleinen Oxxo in einem abgelegenen Dorf einkaufte, fiel mir sofort auf, wie selbstverständlich diese Läden Teil des Alltags sind. Es war spät am Nachmittag und die Regale waren gut gefüllt. Ich brauchte dringend Wasser und ein paar Snacks – alles war sofort verfügbar. Die Verkäuferin lächelte freundlich, kassierte schnell und schon konnte ich das Nötige mitnehmen. Solche Läden sind immer offen, sodass man fast alles erwerben kann, was gerade fehlt, egal wie klein oder abgelegen der Ort ist. Gleichzeitig fiel mir auf, wie stark dieser Laden von den traditionellen Tiendas abwich: Diese kleinen, meist familiär geführten Läden sind eng, bescheiden und geprägt von persönlichen Beziehungen – man kennt die Besitzer, man kennt die (eher regionalen) Produkte. Oxxo dagegen strahlt Effizienz, Standardisierung und ständige Verfügbarkeit

aus. Dabei wird mir der Einfluss von FEMSA auf den Alltag deutlich, selbst in den entlegensten Dörfern – praktisch, allgegenwärtig und doch auch ein Symbol der wachsenden Präsenz multinationaler Konzerne. „Die starke Monopolstellung des Konzerns führt mit

Der Kampf ist wie ein Kreis

der Verdrängung des lokalen Einzelhandels zu einer Änderung der traditionellen Essgewohnheiten mit katastrophalen Folgen für die Gesundheit“, beklagt Marcos Arana Cedeño.

Braune Brause – reingewaschen

FEMSA beschäftigt in San Cristóbal etwa 400 Menschen und trägt mit rund 200 Millionen Dollar zur Wirtschaft des Bundesstaates bei. Die Menschen schätzen die Jobs, graben sich aber mit dem Konzern buchstäblich selbst das Wasser ab. Um Boykott zu verhindern und den Namen von Coca-Cola reinzuwaschen, baut der Konzern Schulen und Spielplätze in der Region. Zur gut vermarkteten ‚sozialen Verantwortung‘ betreibt Coca-Cola auch Greenwashing. 2024 baute es eine PET-Recyclinganlage im mexikanischen Bundesstaat Tabasco. Durch das Joint Venture wurden etwa 60 Millionen US-Dollar in die neue Anlage *Planeta* investiert, die jährlich mehr als 50.000 Tonnen gebrauchte PET-Flaschen recyceln soll. Angesichts der Müllmassen und der Verschlechterung der Lebenssituation in den indigenen Gebieten sind das nur Tropfen auf den heißen Stein.

“La lucha es como un círculo.

*Se puede empezar en cualquier punto,
pero nunca termina.“*

(Subcomandante Marcos, *Zapatistas*, 1994)

„Der Kampf ist wie ein Kreis.

*Er kann an jedem Punkt beginnen,
aber er endet nie.“*

Resistencia

1994 – das Jahr, in dem Coca-Cola seine Fabriktore das erste Mal öffnete, ist nicht nur der Beginn eines traurigen Schicksals für das Wasser in Chiapas. Das Jahr steht auch sinnbildlich für den Widerstand der Zapatistas, der den Bundesstaat Chiapas ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit rückte. Die autonome Gruppe der Zapatistas war der erste Zusammenschluss mehrerer indigener Gruppen, die bis heute -



Mais als zentrales Grundnahrungsmittel in Mexiko – kulturell, historisch und wirtschaftlich tief verankert in der Ernährung und Identität vieler Gemeinschaften.

inzwischen stark dezentralisiert - gegen Unterdrückung, Marginalisierung, Negierung, Ausbeutung, gegen das Töten und Zerstören, gegen die Ungerechtigkeit, die Dominanz des Kapitals und für Freiheit, Autonomie und Gerechtigkeit kämpfen.

Das Motto „Land denen, die es bearbeiten!“ ist heute noch aktuell. Autonomie bedeutet für die indigenen Gemeinschaften kollektiven Landbesitz, ein eigenes Bildungs-, Gesundheits- und politisches System. Teil ihres antikapitalistischen Kampfes ist die Bewahrung von Kultur, Wissen und Sprache. Dies führt zu Selbstvertrauen und zu einem Bewusstsein für das eigene Erbe und zum Aufzeigen von Alternativen zu einer Lebensweise in einer kapitalistischen Welt mit all ihren aktuellen Konflikten. Basis der Bewegung ist die ‚Cosmoverision‘ indigener Gemeinschaften, um mit sich selbst, den anderen und der Natur besser in Einklang zu gelangen. Sie appellieren an die Solidarität und Selbstorganisation, um das Wasser, die Wälder und das Gemeinschaftliche zu verteidigen. Immer häufiger geraten internationale Konzerne wegen Wasserraub ins Visier der lokalen Gemeinschaften. Bis heute ist Chiapas für seinen Widerstand gegen Konzerninteressen berühmt. Dafür kommt es zu Zusammenschlüssen zwischen indigener und nicht-indigener Gruppen, sogar über Ländergrenzen hinweg.



Graffiti in Mexiko, das auf verschwundene Personen (hier: Geflüchtete) aufmerksam macht – Ausdruck einer gesellschaftlichen Realität, in der viele Menschen durch Gewalt und organisierte Kriminalität verschwinden.

Dank Pablo hatte ich die Möglichkeit, selbst in diese Gemeinschaften einzutauchen. Einen Zugang, den ich ohne seine engen Beziehungen und das Vertrauen, das er bei Gemeinden genießt, niemals gehabt hätte. Er nahm mich mit, zeigte mir ihre Kämpfe, ihre Strategien und ihren Alltag. Ich konnte direkt miterleben, wie sie ihre Kultur, Sprache und das kollektive Wissen verteidigen, und habe dabei selbst unglaublich viel gelernt. Bis heute mobilisieren die Proteste der Zapatistas einen transnationalen und globalen antikapitalistischen politischen Kampf, der auch Themen wie Rassismus und Patriarchat miteinschließt. Das Zusammendenken von verschiedenen Kämpfen inspiriert und bewegt viele. Darum laden sie immer wieder die nationale und internationale Zivilgesellschaft ein, zu ihnen nach Chiapas zu kommen – zur Vernetzung, und um miteinander und voneinander zu lernen, so wie auch ich es durch Pablos Vermittlung erleben durfte.



Typische Straßenszene in San Cristóbal de las Casas: alltägliche Wasserversorgung durch die Anlieferung von Kanistern.

Ein Beispiel für den Erfolg des indigenen Widerstands zeigt die Besetzung und zeitweise Übernahme einer von Danone betriebenen Abfüllanlage im mexikanischen Bundesstaat Puebla im Jahr 2020 durch Aktivist*innen. Der französische

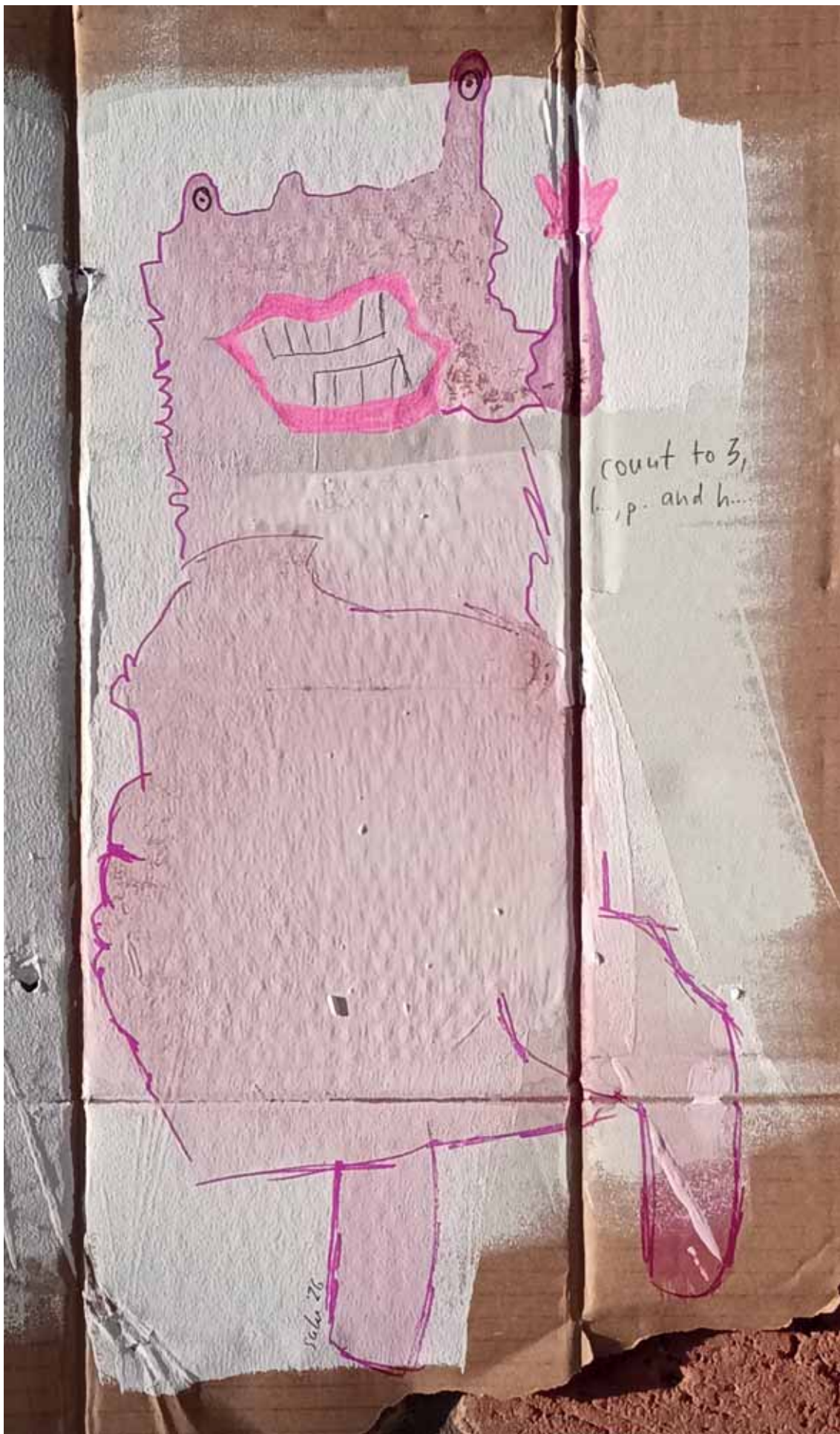
Lebensmittelkonzern entnimmt dort täglich 1,8 Millionen Liter Wasser aus dem Grundwasser. Ähnliche Erfolge gibt es auch international: In Uruguay konnte 1992 durch eine Abstimmung der Verkauf von Staatsunternehmen verhindert werden, 2004 wurde ein Referendum gegen die Privatisierung der Wasserversorgung erfolgreich durchgeführt. Dort gilt Wasser als Menschenrecht und darf ausschließlich von staatlichen Institutionen bereitgestellt werden.

Die Chiapanecos werden auch in Zukunft ihren Protest auf die Straße tragen. Denn der Konzern sucht für weitere Fabriken Wasserquellen in den indigenen Gemeinden Hixtán und Zinacantán. „Das wird die Probleme weiter verschärfen“, warnt Arzt und Aktivist Marcos Arana Cedeño. „Wir wollen, dass Coca-Cola sich zurückzieht und die Wasserbrunnen der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Die aktuelle Entnahme ist nicht nachhaltig. Es dürfen keine weiteren Konzessionen vergeben werden.“ Der Konzern müsse für die verursachten Umweltschäden aufkommen und soziale Verantwortung übernehmen, verlangt er: „Coca-Cola muss die entstandenen Schäden wiedergutmachen und die Rechte seiner Arbeiter schützen – das heißt, sie dürfen nicht einfach auf der Straße landen.“ Solange das nicht geschieht, geht der Widerstand weiter – der sichtbare, auf den Straßen, und der unsichtbare, in der Bar, wo Pablo und ich keine Cola, sondern ‚Pozol‘ trinken, ein Getränk aus der indigenen Tradition, hergestellt aus fermentiertem Mais und Kakao – schmeckt sowieso viel besser!<



Hannah Mühlich
studiert Internationale Studien-/Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt und arbeitet parallel in der psychosozialen Beratung mit Geflüchteten. Dieser Artikel entstand nach längerem Aufenthalt in Lateinamerika, insbesondere in Mexiko, wo sie sich intensiv mit feministischen, fluchtspezifischen und sozial-ökologischen Themen auseinandersetzt.

utopie



count to 3,
b, p. and h...

Sich. 76

Zitiert und kommentiert

Das GEAS-Anpassungsgesetz setzt die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in deutsches Recht um, anwendbar ab dem 12. Juni 2026. Es zielt auf schnellere Asylverfahren, verpflichtende Grenzverfahren für Personen mit geringer Bleibeperspektive (unter 20% Anerkennungsquote) und eine umfassende Registrierung ab, um irreguläre Sekundärmigration zu begrenzen. Der Entwurf sieht verschärfte Regelungen wie haftähnliche Unterbringung an Außengrenzen vor. (AI-Overview)

Mit dem GEAS-Anpassungsgesetz bringt die Bundesregierung eine Reihe von Verschärfungen im Asylrecht auf den Weg und schießt dabei an so mancher Stelle über europäische Umsetzungsvorgaben hinaus: Geschlossene Zentren, Haft für Kinder und umfassende Leistungskürzungen sind nur ein Teil von dem, was auf Schutzsuchende zukommt. (Mitteilung PRO ASYL 16.9.2025)

Seit 60 Heften berichtet *Hinterland*, eine Publikation des 40-jährigen *Bayerischen Flüchtlingsrates* über Flucht und Migration und andere politische und kulturelle Themen der progressiven Linken und setzt sich für die Rechte der Betroffenen ein. Die Flüchtlingsräte und andere ehrenamtliche Organisationen sind zu relevanten Akteur*innen in ihren Fachgebieten geworden, die die Politik beachten muss.

Einigen Erfolgen standen viele Niederlagen gegenüber. Die Schwerste ist der *Europäischen Union* zu danken. Die jetzt in Kraft tretenden Änderungen der einschlägigen Richtlinien und Verordnungen durch das *Gemeinsame Europäische Asylsystem* (GEAS) können – wenn sie in Kraft sind und funktionieren – mit Trumps ICE-Maßnahmen mithalten. Sie verschärfen die Lage der Geflüchteten ohne echte Lösungen zu bieten.

Konkret drohen:

- Einführung von Asyl-Grenzverfahren in haftähnlichen Einrichtungen; keine Ausnahmen für Familien mit Kindern; Durchführung in höchstens zwölf Wochen inklusive Gerichtsverfahren
- Beschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten
- Schaffung von haftähnlichen Lagern für Binnen-Geflüchtete (sogenannte Dubliner) und anderswo Schutzberechtigte mit bis zu 24 Monaten Aufenthaltspflicht
- Verlassensverbote auch der anderen Einrichtungen, jedenfalls während der Nachtzeit
- bei Verstößen: Asylverfahrenshaft (auch für Kinder)
- Ausweitung des Flughafenverfahrens: zwölf Wochen statt 19 Tagen; Ausweitung des betroffenen Personenkreises (bereits anderswo Schutzberechtigte; Personen aus sicheren Herkunftsländern; sogenannte Dubliner).
- Benennung von sicheren Herkunftsländern

ohne Gesetz (nur durch Verordnung); Ausweitung, dass Teile des Landes als sicher gelten

- Ausweitung der sicheren Drittstaaten-Regelung
- Erweiterungen der Möglichkeiten der Freiheitsbeschränkung und Inhaftnahme
- Ermöglichung der Inhaftierung Minderjähriger und besonders schutzbedürftiger Personen
- Verschärfungen (bis zum Ausschluss) des Asylbewerberleistungsgesetzes

Diese Änderungen werden voraussichtlich zum 21.6. 2026 in Kraft treten. Allerdings werden die Asylverfahren, die bis dahin eingeleitet wurden, nach dem alten Verfahrensrecht fortgeführt. Es gelten jedoch die Aufnahmebedingungen – also zum Beispiel die Unterbringungsregelungen – des neuen Rechts.

Wegen zahlreicher Überschneidungen bleiben viele Fragen offen; die neuen Bestimmungen werden ihre volle Wucht erst in den nächsten Jahren entfalten.

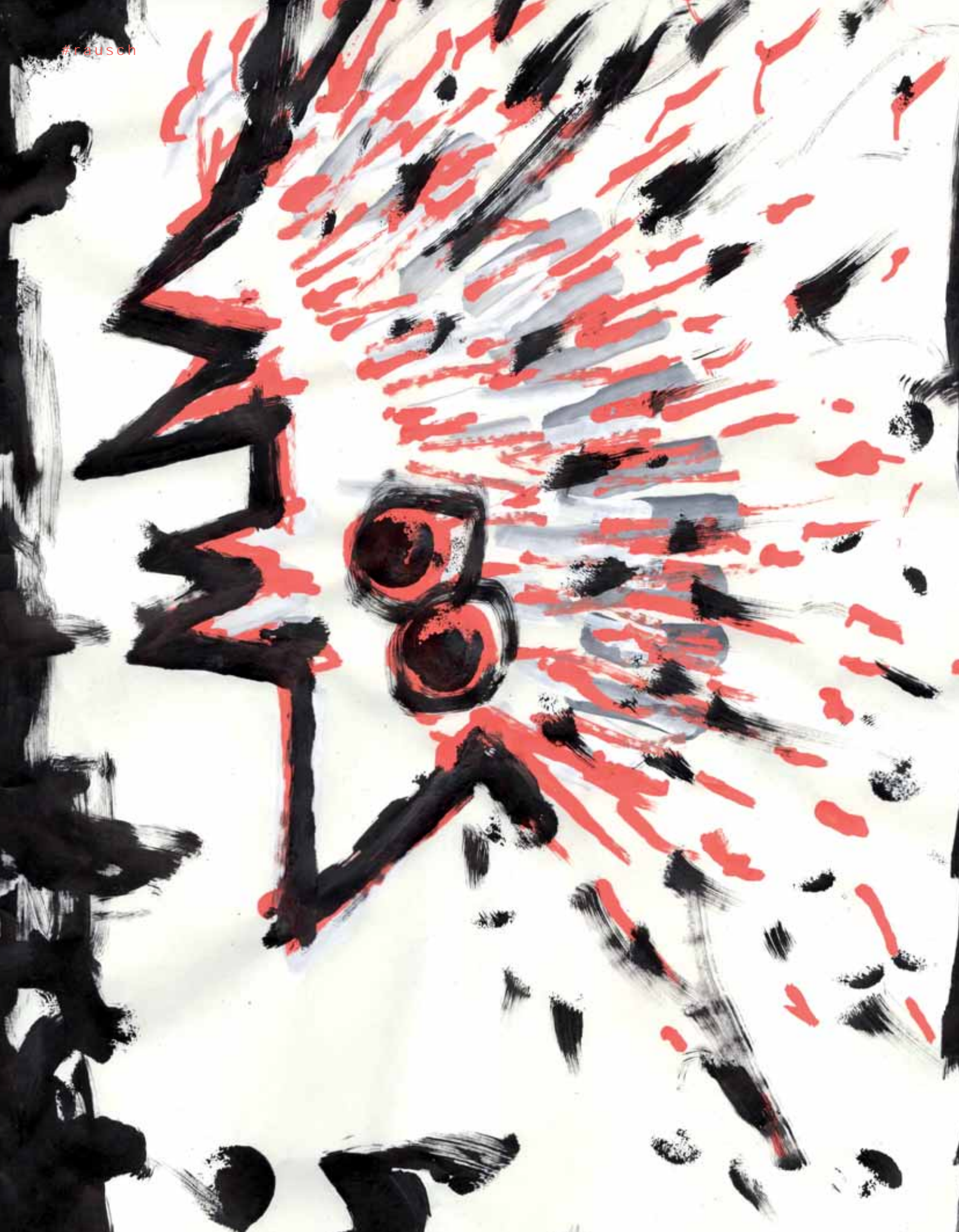
Wenn europäische Pläne/Träume von Asyl-Lagern in Albanien oder Afrika umgesetzt werden, bleibt von dem humanitären Versprechen Europas, den Schutzbedürftigen eine Zuflucht zu bieten, nichts übrig. Stattdessen wird Europa diese Menschen dann als „Arbeitssuchende“ zu Marktbedingungen anwerben. Bleibt zu hoffen, dass jede*r seine Fähigkeiten anzubieten versteht.

Falls nicht:

Wenn wir 100 Hefte *Hinterland* und 60 Jahre *Bayerischer Flüchtlingsrat* feiern, werden diese wahrscheinlich eine Jobbörse betreiben in der die politische Aktivist*in seine technischen Kenntnisse und die verfolgte Trans-Person ihre Fähigkeiten als IT-Techniker*in anpreisen. Ob wir den anderen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Not, dann noch beistehen können, ist ungewiss.<



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt und im
Vorstand von PRO
ASYL.



Wohin die Gelder fließen

Grenzkontrollen, Abschiebegefängnisse, *Frontex* – für jede fucking Dystopie ist immer Geld da.
Von Ruth Lieser



Was bemerken Sie auf diesem Bild? Den Wanderweg, die Wanderin, die Bäume – fällt Ihnen der Schlagbaum dazwischen überhaupt noch auf? Denn für einen Nationalpass interessiert sich an dieser Stelle seit 1994

niemand mehr. Aus *weißer* Sicht ist hier einfach ein Wanderweg zu sehen.

Reisen, ohne sich um einen Pass zu kümmern, ohne Formulare für ein Visum auszufüllen – einfach aufbrechen ohne aufgehalten zu werden, für uns ist das keine utopische Lebensform.

Klar, an einigen Autobahnabschnitten läuft es gerade anders, aber für europäisch gelesene Menschen sind das Ausnahmen.

Bei einer Zugfahrt nach Prag beispielsweise bestand die sogenannte Grenz-Kontrolle darin, dass ein Bundespolizist den Kopf ins Abteil gesteckt und gefragt hat, ob alle 'nen deutschen Pass haben. Sechs Köpfe nickten und er ging weiter. Und die Minute, die es dauern würde, den Pass aus der Tasche zu ziehen, ist nicht der springende Punkt. Die Abgrenzung besteht unter anderem darin, dass andere Menschen sich entscheiden müssen, mit den eigenen Pass-Gebühren die Diktatur in Eritrea, die Taliban oder Putin zu finanzieren – oder eben auf Reisen zu verzichten.

Kommen wir zum utopischen Teil – dazu wie wir leben könnten, was wir uns leisten könnten, wenn die Grenzen-Losigkeit, die wir für uns praktisch schon erwarten, auch für alle gälte, wenn Grenzen

überall so aussähen wie auf dem Bild: Das Budget von *Frontex* – der europäischen Abschottungsagentur – betrug im Jahr 2005 sechs Millionen Euro. Im Jahr 2015 waren es 142 Millionen. Im vergangenen Jahr (2025) durfte *Frontex* mit einer Milliarde und 124 Millionen Euro planen. Das Budget von *Frontex* hat sich in den 20 Jahren des Bestehens der *Hinterland* ver-200-facht! Eine Milliarde und 124 Millionen, das sind 3,08 Millionen am Tag. Und wer sich jetzt vielleicht kurz gedacht hat, die -,08 hätte die Autorin abrunden können: Diese Nachkommastellen des *Frontex*-Tagesbudgets sind höher als das Jahresbudget der NGO, für die ich arbeite.

Aber ein menschenwürdiges Existenzminimum, kostenloser Nahverkehr (gerne europaweit), kostenlose Bildung – das sollen alles utopische Forderungen sein? Und *Frontex* kümmert sich ‚nur‘ um die Abschottung der Außengrenzen. Dazu kommen zum Beispiel noch Abschiebegefängnisse – also Gefängnisse für Menschen, die nichts getan haben außer einen Asylantrag zu stellen, der ihnen nicht geglaubt wurde. Rheinland-Pfalz betreibt so ein Abschiebegefängnis in Ingelheim und andere Bundesländer können sich da dauerhaft Haftplätze mieten. Thüringen hat das gemacht. Ein Platz im Abschiebegefängnis kostet schlappe 455 Euro – pro Tag. Bei Nicht-Belegung sind es 11 Euro weniger. Dafür ist Geld da. Für jede fucking Dystopie ist immer Geld da.

Abgesehen davon, was wir mit diesem Geld alles solidarischeres aufbauen könnten, in Klimaschutz investieren könnten – es macht auch was mit den Köpfen, wenn wir Grenz-Kontrollen, Stacheldraht, Nachtsichtgeräte, Drohnen und auch das Wort ‚Grenz-Schutz‘ normalisieren. Schutz impliziert ja, dass da eine Gefahr vorm Schlagbaum steht (kleine Leseempfehlung dazu, weil auch dieser Text eine Grenze hat: ‚Hinter Mauern‘ von Volker Heins und Frank Wolff). Menschen, die das Wort Grenz-Schutz nicht irritiert, sind dann auch Menschen, die Utopien für utopisch halten.<

Ruth Lieser
wohnt in Trier und
arbeitet dort im
Multikulturellen
Zentrum.

Mein Anwalt in Unterhosen ...



Im Dezember letzten Jahres ist der Anwalt Hartmut Wächtler gestorben. Hartmut hatte es geschafft, schon zu Lebzeiten als wandelnde Legende wahrgenommen zu werden. Hartmut, der Linke-Stinker-Anwalt schlechthin, mit seinem schelmischen Grinsen im Gesicht, um dessen Person sich Mythen und Geschichten stapelten wie Brennholz vor einer Gebirgshütte.

Natürlich gibt es sehr viel berufenere Stimmen als mich, die ihm einen grandiosen Nachruf verpassen könnten, aber da sich unsere Wege auch einmal kreuzten, möchte ich es nicht verpassen, meine kleine Hartmut-Geschichte hier mit euch zu teilen.

Also ...

Anfang dieses Jahrtausends machte sich eine kleine Fahrradkarawane Richtung Mittenwald auf den Weg, um sich dort an den Protesten gegen die sich selbst feiernden Gebirgsjäger anzuschließen. Die kleine Gruppe hatte bereits ab der Reichenbachbrücke die volle Aufmerksamkeit der Polizei.

In Wolfratshausen, dem Wohnort des damaligen Ministerpräsidenten, machten die Radler*innen eine Pause, um Nachzügler*innen, die per S-Bahn kommen sollten, einzusammeln. So lagerten wir mit Bier

und Brotzeit vor dem Wolfratshausener Bahnhof und präsentierten stolz unsere selbstgemalten Transparente den lokalen Pressevertreter*innen, die hinzugekommen waren und sich für uns interessierten. Als wir unsere Tour fortführen wollten, wurden wir wenige hundert Meter später von der Polizei aufgehalten, die hinter einer Hecke bereits auf uns wartete. Es folgte langes Warten und eine lange Diskussion und wir durften unsere Reise erst wieder antreten, nachdem von allen die Personalien aufgenommen wurden. Soweit die undramatische Vorgeschichte.

Viele Monate später flatterte ein Brief der Staatsanwaltschaft in meinen Briefkasten. Mir wurde vorgeworfen, Rädelsführer einer nicht angemeldeten Demonstration in Wolfratshausen gewesen zu sein. Warum ich? Na, da meine Eltern eine kleine Ferienwohnung in der Nähe von Wolfratshausen hatten, kannte ich die Strecke gut und war häufig bei unserer Radtour vorausgefahren. Das machte mich in den Augen der Polizei und des Gerichts automatisch zum Rädelsführer mit dem wenig schmeichelhaften Codenamen „Müllmann“, weil ich damals ein orangefarbenes T-Shirt trug.

Ich wurde zum Prozess vorgeladen. Ich bekam es mit der Angst zu tun. Ich hatte keinerlei Prozess-erfahrung, war also kein erfahrener Polithase, sondern eher ein Polithäschen und ich wusste überhaupt nicht, was da auf mich zukommen sollte. Was also tun? Meine Freundin Gisi, selbst eine erfahrene Polithäsin und Asylanwältin, wusste sofort Rat und vermittelte mir einen versierten Politanwalt – Hartmut Wächtler – und vereinbarte ein erstes Treffen mit ihm.

Dieses erste Treffen war schon skurril, denn neben Hartmut nahm noch ein SZ-Journalist am Treffen teil, der über meinen Fall berichten wollte. Berichten? Mir wurde umgehend heiß und ich fing an zu schwitzen. Wie komme ich nur aus dieser Nummer wieder raus? Ich will doch nur, dass alles schnell vorübergeht. Gänzlich absurd wurde es, als die beiden, die sich offensichtlich gut kannten und befreundet waren, anfin-

gen sich über ihre lang zurückliegende Bundeswehrzeit auszutauschen, in Erinnerungen schwelgten und dann auch noch Lieder aus dieser Zeit anstimmten. Wo war ich denn hier gelandet? Der Anlass für den ganzen Schlamassel war ja der Protest gegen die Gebirgsjäger und jetzt war ich an einen Anwalt und seinem Journalisten-Spezl geraten, die sich vor meinen Augen an ihre Militärzeit mit Wehmut erinnern. Ich fühlte mich wie im falschen Film und blickte mit Sorge Richtung Prozess.

Der Prozesstermin wurde angesetzt und sollte unter der Woche an einem Vormittag in Wolfratshausen stattfinden. Ich war tierisch aufgereggt und wollte nur eines: Lass das Ganze ganz schnell vorübergehen – Augen zu und durch. Ich fuhr mit einem kleinen Unterstützer*innen-Komitee, bestehend aus Freund*innen, nach Wolfratshausen und fühlte mich wie auf dem Weg zur eigenen Hinrichtung. Vor dem Gericht trafen wir auf Hartmut, in meiner Erinnerung trug er seine Anwaltsrobe und wirkte auf mich äußerst gut gelaunt.

Der Prozess begann. Die Anklageschrift wurde vorgelesen, der Text war noch nicht fertig vorgetragen, da hörte ich schon ein „Einspruch“ durch den Gerichtssaal schallen. Es stammte aus dem Mund meines Anwalts. Und sofort folgte der nächste Satz: „Ich beantrage den Prozess zu unterbrechen, um festzustellen, was meinem Mandanten eigentlich vorgeworfen wird.“

Ich erstarrte, ich wollte doch, dass das Ganze schnell vorüber sein soll und jetzt nach nur fünf Minuten: die maximale Eskalation. Hartmut machte sich keine Mühe, vor dem Gericht zu verbergen, wie empört und unzufrieden er über deren unfähige Arbeit war und legte nach: „Über was verhandeln wir hier eigentlich?“, hektisch machte er dabei Notizen und riss geräuschvoll ein vollgeschriebenes Blatt nach dem anderen aus seinem Block.

Man konnte sehen, wie sich in dem Gesicht des Staatsanwaltes ein Unwohlsein breitmachte. Die Unterbrechung wurde genehmigt, wir verließen den

Saal und aus dem Berserker Hartmut war wieder der gutgelaunte Grinsemann geworden. Kein Anflug mehr von der gerade zur Schau gestellten Empörung. Hartmut besprach sich kurz mit mir und gab mir das gute Gefühl, einen Plan zu haben und genau zu wissen, was er da tut. Plötzlich meinte ich, seine große Lust am Spiel zu erkennen und dass er die Gegenseite nur zu gut kannte und einfach wusste, was zu tun war. „Die wollen eure Radtour schon zur Demonstration erklären und das lassen wir denen nicht durchgehen.“

Nach fünf Minuten gingen wir wieder in den Saal. Hartmuts Auftritt ging weiter und ich hielt den Atem an. Wieder das hektische Notizenmachen und Blätter rausreißen. Verunsicherung und Unbehagen bei Staatsanwalt und Richter stiegen ins Unerträgliche. Ich wagte einen Blick über die Schulter meines Anwalts und war verblüfft: Auf dem Blatt entstanden Raketen und andere fantastische Fahrzeuge und Kringle – aber kein einziges Wort.

Und ...

Der Prozess fand schnell sein Ende und ich wurde in allen Punkten freigesprochen. Ein kleiner Geröllhaufen löste sich von meiner Brust. Wir verließen das Gericht, es war Mittag in Wolfratshausen und zudem schönsten Sommerwetter. Was konnten wir mit diesem Tag noch anfangen?

Wir, also ich, mein liebenswertes Unterstützungskomitee und mein Anwalt bewegten uns flugs zu den nahegelegenen Isarauen, um in die erfrischenden Fluten zu hüpfen. Von dort rief ich meine Eltern an, um ihnen den erfreulichen Ausgang des Prozesses mitzuteilen und schwärmte von meinem großartigen Anwalt, der gerade vor meinen Augen in Unterhosen in der Isar planschte.

Wo immer Hartmut jetzt auch planschen mag, so wird er mir in Erinnerung bleiben und das ist verdammt gut so.<



Matthias Weinzierl
ist freier Grafiker und
engagiert sich bei Offen!



Guy-El Mabiala ist Pianist und Sänger aus Brazzaville, Kongo. Mittlerweile lebt er in München. Sein Lied

Death by the Ocean ist Teil seines kollaborativen Projektes **KIMUNTU** und soll all jenen Tribut zollen, die ihr Leben auf der Flucht verloren haben. In seiner Kunst greift Mabiala Themen wie Armut, erzwungene Migration und Menschenrechte auf. Mit der Konzertreihe

Guy-El Invites ist er monatlich mit anderen Künstler*innen live im Bellevue di Monaco zu sehen.

Foto: Rick Wiegerinck

Hier findet ihr das Lied **Death by the Ocean**:



Death by the Ocean

Vana jila kue ba sadisi ba sadisa mono

Er stieg in dieses Boot, dieser Junge,
Mit dem Ziel, eine bessere Welt zu entdecken.

Er geht, ohne zurückzublicken,
Lässt seine Familie, alle, die er liebt, hinter sich.
Das Leid in seinem Land drängt ihn zu fliehen,
So weit zu gehen, bis er seine Seele verliert.

Ich habe mein Kind im Ozean verloren!
Ich habe meine Zukunft auf diesem Weg verloren,
Ein Boot, das seit Jahrhunderten meinen Reichtum und unser Volk hinwegträgt,
Ohne Erbarmen.

Das Leben könnte für uns besser sein,
Wir haben alles, was wir brauchen!
Lasst uns nicht in unseren Träumen verlieren, wir müssen dieses Blutvergießen stoppen.
Wo sind die starken jungen Menschen und wahren Führungspersönlichkeiten?
Wir brauchen politische Macht,
Und eine Welt, in der Menschlichkeit regiert.

(Kimuntu mpe tu losela ka bue tu nungina)
(Ta kaleno ku mbongi, ka zola mpe yi weri tu vukasa yi kondolo)
Sie alle träumen davon, dorthin zu gehen, wo der Reichtum ist.
Sogar bis sie ihre Seelen verkaufen.

Ich habe mein Kind im Ozean verloren!
Ich habe meine Zukunft auf diesem Boot verloren,
Ein Boot, das seit Jahrhunderten unseren Reichtum und unser Volk hinwegträgt,
Ohne Erbarmen.



„Es ist halt wichtig, das gesamte Ding zu sehen“

Paul ist bei der Initiative *Nein zur Bezahlkarte Leipzig* aktiv. Im Interview erzählt er von der bundesweiten Vernetzung der Kartentausch-Initiativen und deren Forderung nach gleichen sozialen Rechten für alle.

Ist die Bezahlkarte jetzt schon überall in Deutschland eingeführt?

Nein. Das ist ein ziemlicher Flickenteppich. In Schleswig-Holstein etwa ist die Bezahlkarte zwar beschlossen, aber noch nicht überall eingeführt. Berlin und Bayern sind sowieso Sonderfälle mit ihren ganz eigenen Bezahlkarten: Bayern, weil sie es noch restriktiver haben wollten, und Berlin, weil sie als einziges Bundesland das Gleichstellungsgesetz haben und es dort rechtlich völlig fragwürdig ist, diese restriktive Karte umzusetzen. Deswegen denken die sich jetzt eine etwas weniger restriktive Karte aus.

Gibt es überall dort, wo sie eingeführt ist, Kartentausch-Initiativen?

Es gibt fast in allen Bundesländern Initiativen, aber natürlich nicht überall dort, wo Menschen dazu gezwungen werden, die Karte zu benutzen. Denn: Initiativen gibt es hauptsächlich in den Städten. Nordrhein-Westfalen ist übrigens bisher das einzige Bundesland, in dem sich Kommunen gegen die Nutzung der Bezahlkarte entschließen können. Das haben dort auch

sehr viele Städte getan, weil sie den Verwaltungsaufwand absurd finden. Dort gibt es dann Städte, wo es Initiativen gibt, aber gar keine Menschen mit Bezahlkarten leben. Die unterstützen dann oft den Tausch in ländlicheren Kommunen oder anderen Bundesländern, oder machen politische Arbeit zum Thema.

Aus welchem Spektrum kommen die Engagierten?

Das ist sehr unterschiedlich: Das sind häufig Menschen, die schon in anderen Bereichen mit Unterstützungsarbeit für Geflüchtete zu tun hatten. In Leipzig etwa waren es linke, antirassistisch arbeitende Menschen, die das gestartet haben. An anderen Orten waren es zivilgesellschaftliche Gruppen oder Flüchtlingsräte, kirchennahe Menschen oder aus dem Umfeld der Linkspartei. Aber auch von den Grünen, die die Bezahlkarte ja im Bund in den Ländern, in denen sie in Verantwortung sind, mittragen. Und natürlich auch geflüchtete Menschen selbst.

Gibt es zwischen den Kartentausch-Initiativen bundesweit eine Vernetzung? Und wie sieht die aus?

Es gibt einen bundesweiten Erfahrungsaustausch, in dem Gruppen, die sich gerade erst gegründet haben oder noch nicht viel Praxiserfahrung haben, Fragen und Probleme mit erfahreneren Initiativen besprechen. Und dann gibt es Vernetzungstreffen in denen es um eher politische Arbeit am Thema geht, um rechtliche Aspekte oder auch Öffentlichkeitskampagnen. Diese gehen zurück auf die Kampagne *Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen*, die es schon länger gibt.

Was hat denn das Asylbewerberleistungsgesetz mit der Bezahlkarte zu tun?

Die Bezahlkarte ist eine Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Dieses wurde Anfang der 90er Jahre eingeführt, und ist von Anfang an immer sehr restriktiv und unmenschlich gewesen. Die Kampagne *Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen* kritisiert, dass es Menschen im Asylprozess auf eine noch niedrigere Stufe stellt als Menschen, die Sozialleistungen beziehen und einen deutschen Pass haben. Damit werden gerichtlich festgeschriebene Mindeststandards unterlaufen: Asylsuchende bekommen weniger als das, was

eigentlich als Existenzminimum in Deutschland schon definiert ist. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat mehrmals festgestellt, dass das nicht rechtskonform ist.

Was ist das dahinterliegende System?

Die Bezahlkarte kann als Ziel eines größeren politischen Projekts verortet werden, welches zum Ziel hat, Kontrolle über Menschen auszuüben und bisher geltende soziale Standards zu unterlaufen. Und: Asylsuchende sind mit ziemlicher Sicherheit nur die erste von vielen sozial schlechter gestellten Gruppen, die perspektivisch mit dieser Karte kontrolliert und drangsaliert werden sollen. Praktisch schon umgesetzt wird das in Hamburg. Voriges Jahr wurde da ein Pilotprojekt angeschoben, in dem Jugendliche, die im Jugendhilfesystem versorgt werden, die Bezahlkarte bekommen.

Wieso trifft es deiner Meinung nach diese Gruppen zuerst?

Asylsuchende haben eine sehr schwache Lobby, denen konnte man das leicht aufdrücken – vor allem im Kontext der derzeitigen

Diskurse über ‚Migration als Problem‘ und ‚Asylsuchende als Gefahr‘. Jugendlichen im Jugendhilfesystem kann man ebenfalls leicht vorwerfen, nicht richtig verantwortungsbewusst zu sein. Diese

Die Bezahlkarte ist nur eine Schikane in einem ganzen System

Logik kann beliebig auf andere vulnerable Gruppen ausgeweitet werden. Ein Slogan, der aus der Vernetzung hervorgegangen ist, ist deshalb *Gleiche soziale Rechte für Alle*.

Wie geht es weiter mit der Bezahlkarte, dem Widerstand dagegen und den bundesweiten Strukturen?

Auf der einen Seite gibt es Ankündigungen von vielen CDU-Landesregierungen, dass sie gerichtlich gegen den Kartentausch vorgehen wollen. Das wurde schon mehrfach angekündigt, aber ist laut der von uns konsultierten Jurist*innen wahrscheinlich gar nicht so einfach durchzusetzen. Die Migrationspolitik der jetzigen Bundesregierung ist in vielerlei Hinsicht restriktiver und menschenfeindlicher, da ist ja die Bezahlkarte nur eine Schikane in einem ganzen System. Auf der anderen Seite gibt es die juristische Einschätzung, dass – wenn der Rechtsweg einmal durchgefochten ist bis zum Bundesverfassungsgericht – die Karte juristisch gekippt werden wird, weil sie mit dem Grundgesetz einfach nicht vereinbar ist. Die *Gesellschaft für Freiheitsrechte* kümmert sich gerade um diesen Weg.

Was macht Dir Hoffnung?

Gutscheine und Sachleistungen für Geflüchtete gab es seit den 90ern regional immer wieder, im Leipziger



Die Initiative Nein zur Bezahlkarte Leipzig findet ihr hier: neinzurbezahlkarte.de/leipzig oder auf Instagram: [@nein_zur_bezahlkarte_leipzig](https://www.instagram.com/nein_zur_bezahlkarte_leipzig)

ger Landkreis zum Beispiel, auch in Berlin. Und es gab immer Initiativen dagegen, die im Prinzip genau das gemacht haben, was wir jetzt machen: das Tauschen gegen Bargeld. Aber die meisten dieser Maßnahmen wurden auf juristischem Wege irgendwann wieder gekippt. Jetzt gibt es dieses bundesweite Projekt der CDU, die AfD in ihren Forderungen und ihrer Rhetorik zu kopieren. Aber vielleicht gelingt es ja auch diesmal wieder, juristisch dagegen vorzugehen.<

*Das Gespräch führte
Paula Brücher.*

Die diskriminierende Bezahlkarte wird an immer mehr Orten eingeführt. Zusammen mit [pena.ger](#) hat die Seebrücke Initiativen zu Bezahlkarten aufgelistet.

Die Karte zum Anklicken der Orte findet ihr hier: seebruecke.org/aktuelles/kampagnen/bezahlkarte



هر یک نفر کشته شه، هزار نفر پشتشه

„Für jeden, der getötet wird, stehen tausend andere hinter ihm“

Nach dem Protestauftakt der Basarhändler Ende 2025 führten die Unterstützungszusagen von Donald J. Trump und Reza Pahlavi zu dem Aufflammen der Massendemonstrationen am 8. und 9. Januar 2026 im Iran. Es kam zu einem Massaker, dessen Ausmaße bis heute nicht abschließend geklärt sind. Von Aida Bakhtiari

Gekappte Kommunikation, eingekesselte Menschen, brennende Fluchtwege, Schüsse in die Menge, verschleppte Verletzte, gestürmte Krankenhäuser – nach Angaben der Islamischen Republik kam es hierbei zu 3.117 Toten, darunter auch Polizeikräfte. Den eigenen Angaben, so wissen die Iraner*innen, ist nicht zu trauen. Oft werden Zahlen um das Zehnfache untertrieben. Die Menschenrechtsorganisation HRANA hat bisher 7.007 Personen identifiziert. Politiker*innen und Medien sprechen von 20.000 bis 40.000 getöteten Protestierenden. Würden wir die HRANA-Zahlen als Grundlage annehmen, müssten wir von zusätzlichen 25.000 verletzten Zivilist*innen und von 53.777 Verhafteten ausgehen.

Im Anschluss an die Proteste suchten Angehörige in Leichenbergen nach Vermissten. Die Freigabe der Leichen erfolgte oft nur gegen horrende Zahlungen und die Unterzeichnung erzwungener Geständnisse. Seither reißen tägliche Berichte über Massenverhaftungen und Hinrichtungen nicht ab. Eine historisch beispiellose Internet-Sperre kappt die Bevölkerung von der Außenwelt ab.

40 Tage danach

Die Zeremonie Chehelom markiert am 40. Todestag den Abschluss der Trauerzeit und wird traditionell mit Gebeten und Klageliedern abgehalten. Dieses Mal ist es anders: Die Gedenkzeremonien werden zu Akten des Widerstands. Die Veranstaltungen werden allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz von tausenden

Menschen besucht. Familien tanzen zur Lieblingsmusik der Getöteten, vollziehen Hochzeitsrituale auf den Gräbern ihrer Liebsten und rufen Kampfparolen. Die vorliegenden Screenshots und Videos sind Momentaufnahmen eines jahrelangen, gewaltfreien Kampfes für die Menschenwürde. Es sind Zeugnisse eines unbezähmbaren Widerstandes.<

Aida Bakhtiari *lebt und arbeitet als Medienkünstlerin und Medienpädagogin in München. Sie ist Teil der Hinterland-Redaktion.*

Hier findet ihr die Videos gesammelt auf unserer Homepage:







مادر مهرداد صادقی با لباس فرزندش به تنی
آرزوها، اهداف و راه بچه من را نمی‌توانید بکشید.

Die Mutter von Mehrdad Sadeghi, gekleidet in der
Kleidung ihres Kindes: „Ich kenne die Wünsche,
Ziele und den Weg meines Kindes nicht sitzen.“

Erstmal großen Respekt, dass ihr es bis hierhin geschafft habt liebe Leser*innen!

So ein dickes Heft ist kein Zuckerschlecken.

Unser Ziel für diese Ausgabe war es, alle Schwerpunktthemen der letzten 59 Ausgaben erneut zu beleuchten – wir waren hungrig nach Updates! Wir wollten wissen, was sich innerhalb dieser 20 Jahren getan hat. Einige wenige Heftthemen konnten wir leider nicht wieder aufleben lassen. Wir hoffen jedoch, dass diese Diamanten nicht ungeschliffen bleiben und in einer der nächsten Ausgaben erneut ihren Platz finden.

Und jetzt schleifts ... ähem, schleichts eich!



Bettina Mechtersheimer, @mechtelsberger

Hinterland

Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #60
Frühjahr/Sommer 2026

IMPRESSUM

in Kooperation mit

Umschlag: Marion Blomeyer

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München



mit Unterstützung von

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Agnes Andrae
& Matthias Weinzierl



Redaktion: Agnes Andrae, Aida Bakhtiari,
Gülcan Durak, Simon Fiedler, Caroline Mulert,
Pezi Novi, Laura Pöhler, Severin Rapp, Marianne
Walther, Matthias Weinzierl, Christine Wolfrum

(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de
Gestaltung: Matthias Weinzierl (S.1-62),
Agnes Andrae (S.63-124),
Druck: deVega Medien GmbH,
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg
Auflage: 1.500 Stück
Website: Anton Kaun, Jonas Langreuter
Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de
Jahresabo: 21,00 Euro
Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.



